



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Für Bonn im Bundestag

Pressespiegel

**März 2008 -
Juni 2008**

Umzug der Ermekeilkaserne erfolgt zwei Jahre später

Bund will das Gelände in der Südstadt bis 2012 nutzen - Nur 340 statt 1 000 Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums werden nach Berlin versetzt

Von Holger Willicke



Südstadt. Die geplante zivile Nutzung der Ermekeilkaserne wird sich voraussichtlich um zwei Jahre bis Ende 2012 verzögern. Das teilte jetzt Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) seinem Parteikollegen, dem Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, schriftlich mit.

Der Bund wird das 26 000 Quadratmeter große Gelände in der Südstadt erst dann freimachen, wenn der beabsichtigte Umzug des Bundesamtes für Wehrverwaltung (BAWV) auf die Hardthöhe abgeschlossen ist.

Die Verlagerung steht laut Jung aber "in direkter Abhängigkeit zum weiteren Ausbau des Bendlerblocks in Berlin und der Verlagerung weiterer ministerieller Organisationselemente von Bonn nach Berlin, die sich in mehreren Schritten bis voraussichtlich Ende 2012 vollziehen wird". Solange wird die Ermekeilkaserne von den 400 zivilen Mitarbeitern des BAWV genutzt werden.

Der Bundesverteidigungsminister sagte zu, dass alle weiteren Planungsschritte zuerst mit der Bonner Stadtverwaltung abgesprochen werden. Eisel begrüßt die Aussagen des Ministers und erinnerte daran, dass Jung bereits vor Weihnachten eine Entscheidung zugunsten Bonns gefällt hatte.

Und zwar hob er die Entscheidung der Vorgängerregierung auf, mehr als 1 000 Stellen im Verteidigungsministerium von Bonn nach Berlin zu verlagern. Es sollen jetzt nur noch 340 Stellen, überwiegend militärische Dienstposten des Einsatzführungsstabes der Bundeswehr, in die Bundeshauptstadt umziehen. SPD-Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber bestreitet die Zahl 1 000. Es seien nie mehr als 500 gewesen.

Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums in Berlin sagte dem General-Anzeiger am Freitag zu dem Zahlenstreit, dass er weder die Zahl 1 000 noch die Zahl 500 bestätigen könne. Hingegen stimme, dass jetzt nur noch 340 Stellen nach Berlin verlagert werden sollen.

Die Stadtverwaltung war bislang davon ausgegangen, dass der Bund das Gelände im Laufe des Jahres 2010 freimachen wird. Bund und Stadt sind sich darin einig, dass das Areal künftig zivil genutzt werden soll. Gedacht wird an Wohnungen und Kleingewerbe. Bestandspläne der Gebäude liegen der Stadt noch nicht vor.

Für das Gelände der Ermekeilkaserne besteht Planungsrecht in Form eines Bebauungsplanes aus dem Jahr 1964. Darin wird das Areal als Baugrundstück für den Gemeinbedarf ausgewiesen. Maximal vier Geschosse sind zulässig. Die Stadt will aber einen neuen Bebauungsplan aufstellen, um moderne städtebauliche Zielsetzungen darin verankern zu können. Die Öffentlichkeit wird nach Auskunft der Stadtverwaltung frühzeitig über die Pläne informiert und an der künftigen Gestaltung beteiligt.

Die "Initiative für eine zivile Nutzung der Kaserne" hat im vergangenen Jahr 500 Unterschriften für ein generationsübergreifendes Wohnen, Kindertageseinrichtungen und ein internationales Kultur- und Dialogzentrum gesammelt. Das Gelände soll offen, begrünt und autofrei werden, so Sprecher Wolfgang Alt. Ein entsprechender Bürgerantrag wurde im September im Bürgerausschuss eingebracht.

Seinerzeit sagte die Verwaltung zu, die Ideen der Initiative bei den Überlegungen für eine künftige Nutzung zu berücksichtigen. Nach Einschätzung der Stadt wird eine öffentliche Erörterung nicht vor 2009 als sinnvoll erachtet. Erst einmal müsste der Bund der Stadt Bonn alle Pläne zur Verfügung stellen.

Die Kaserne wurde im Jahre 1880 erbaut. Das Gelände gehörte vorher dem Bonner Witsehepaar Ermekeil, das das Grundstück an das kaiserliche Heer verkauft hatte.

(01.03.2008)

Generalanzeiger, 1./2.03.08

Das fehlt noch

Artikel „Eisel: Jamaika auch für Bonn“ vom 26. Februar

Das hat uns gerade noch gefehlt, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Eisel empfiehlt, in Bonn nach der nächsten Stadtratswahl 2009 eine Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen zu gründen. Er müsste doch wissen, dass ein Stadtrat keine gesetzgebende Versammlung ist und deshalb auch keine Regierungskoalition oder Opposition braucht.

Einziger Maßstab für die Entscheidungen des Stadtrates sollte das Wohl der Bonner sein und nicht irgendwelche Ideologien, die von den Bundesparteien vorgegeben werden. Was dabei herauskommt, wenn CDU und SPD sich im Stadtrat absprechen, sieht man ja an der Verschleppung wichtiger Entscheidungen, weil sie wohl nicht gewillt ist, dem Bürgerwillen zu entsprechen, wie das Beispiel „Bonner Loch“ zeigt.

Christel Nienhaus, Bonn



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 15/08

02. März 2008

Die Museumskonzerte stehen nicht in Frage

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel, Mitglied im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages, ist zufrieden mit der Entwicklung der Bundeskunsthalle und kritisiert zugleich Intendant Vitali wegen dessen Ablehnung der Konzerte auf dem Museumsplatz: „Nach allem Ärger im letzten Jahr ist die Bundeskunsthalle auf gutem Weg und dazu gehört auch die Fortsetzung der Konzerte auf dem Museumsplatz.“

Eisel erinnerte daran, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages die Fortführung der Konzerte ausdrücklich ermöglicht hatte: „Ich habe mit Herrn Vitali, den ich persönlich schätze, mehrfach darüber gesprochen. Natürlich hat er das Recht auf seine persönliche Meinung zum Zeltdach. Aber als Intendant der Bundeskunsthalle muss er die Beschlüsse der zuständigen Gremien nicht nur respektieren, sondern ihnen auch zum Erfolg verhelfen. Seine letzten Äußerungen waren dazu kein Beitrag. Das ändert aber nichts daran, dass die Konzerte fortgesetzt werden. Ich wünsche den neuen Konzertveranstaltern Erfolg, weil es hier um einen Erfolg für die Menschen in Bonn und der Region geht.“

Zu den Fortschritten bei der Bundeskunsthalle zählt Eisel neben der erfolgreichen Ausschreibung der Konzerte die schnelle Berufung eines neuen Geschäftsführers Bernhard Spies. Entscheidend sei, dass das Ausstellungsprogramm auf dem bisherigen Niveau fortgeführt werde: „Hier leistet Herr Vitali gute Arbeit und ist auf dem Weg, eine ganze Reihe sehr interessanter Ausstellungen zu realisieren. Mit seiner Idee einer Ausstellung zu Picasso, Miro und Dali peilt er z. B. wieder ein großes Highlight an wie es zur Bundeskunsthalle gehört.“ Eisel unterstützt Vitalis Idee eine „Gesellschaft der Freunde der Bundeskunsthalle“ zu gründen: „Da werden viele mitmachen und ich gehöre dazu.“ Außerdem gab er der Hoffnung Ausdruck, dass der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) aus der Kritik am Ausstieg an der artcard gelernt habe: „Es gibt Anzeichen dafür, dass die wieder aufgenommenen Verhandlungen mit mehr Vernunft und Kooperationswillen geführt werden.“

60 Jahre Bonner Grundgesetz

Von Dr. Stephan Eisel MdB

Unsere Bundesrepublik Deutschland hat den Menschen ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglicht. Diese Erfolgsgeschichte ist untrennbar mit Bonn verbunden. Hier wurde mit dem Grundgesetz das Fundament unserer freiheitlichen Demokratie gelegt, hier hat Konrad Adenauer die Westintegration durchgesetzt und die europäische Einigung in Gang gebracht, hier hat Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft mit Leben erfüllt, hier haben Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Helmut Schmidt die Politik geprägt und hier hat Helmut Kohl die deutsche Einheit vollendet.

Wenn wir in ganz Deutschland im nächsten Jahr den 60. Geburtstag des Grundgesetzes feiern, muss deshalb Bonn eine wichtige Rolle spielen. Dafür habe ich mit verschiedenen Initiativen gesorgt: Der Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert ist meinem Vorschlag gefolgt, der Konstituierung des Parlamen-

tarischen Rates im September 2008 und der ersten Sitzung des Bundestages im September 2009 mit großen Veranstaltungen in Bonn zu gedenken. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland werden sich dabei im nächsten Jahr die jetzigen Bundestagsabgeordneten mit allen noch lebenden früheren Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu einer großen Konferenz treffen.

Außerdem hat der Bundestagspräsident zugestimmt, das Original des Grundgesetzes in Bonn auszustel-



Dr. Konrad Adenauer



len. An die Bundesregierung habe ich den Vorschlag gerichtet, zum Jubiläum mit dem Kabinett wieder einmal in Bonn zu tagen. Des Weiteren bin ich mit dem Bundespräsidenten und dem Bundesrat hinsichtlich möglicher Feierlichkeiten in Bonn in Kontakt getreten. Dem Bundesfinanzminister habe ich vorgeschlagen, zur Verabschiedung des Grundgesetzes in Bonn am 23. Mai 1949 eine Sonderbriefmarke herauszubringen.

All das ist jetzt auf gutem Weg. Die nationalen Jubiläumsteilnehmlichkeiten bieten für Bonn eine große Chance. Diese müssen wir nutzen. Die Oberbürgermeisterin und auch mein SPD-Kollege im Bundestag haben das Thema zwar zunächst verschlafen, aber ich freue mich, dass sie jetzt meine Initiativen unterstützen. Wenn es um Bonn geht, sollten wir alle an einen Strang ziehen: Danun geht es mir bei meiner Arbeit für Bonn im Bundestag.

www.stephaneisel.de



Dr. Stephan Eisel MdB

Wolkeis Katz 2008

GA, 03.03.08

Politiker machen sich für Konzerte stark

MUSEUMSMEILE Der Ruf von Bundeskunsthallen-Chef Christoph Vitali nach Beendigung der Musikveranstaltungen stößt bei Bonns Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) auf Kritik

Von Rita Klein

BONN. Elton John war da und Joe Cocker, Paolo Conte, Liza Minelli und The Who, um nur einige zu nennen. Und in diesem Jahr sind Jethro Tuil, Nena und Wir sind Helden bereits gebucht. Seit Jahren erweisen sich die Konzerte auf der Bonner Museumsmeile als Publikumsmagnet, und dass der neue Bundeskunsthallen-Chef, Christoph Vitali, sie lieber heute als morgen vom Platz zwischen den Museen verbannen würde, wie er öffentlich äußerte, ruft nun Politiker von SPD und CDU gleichermaßen auf den Plan. Ihre Forderung: Die Konzerte müssen fortgesetzt werden.

Ende vergangener Woche hatte Bundeskunsthallen-Intendant Vitali auf einer Ausschußsitzung der Industrie- und Handelskammer kein Hehl aus seiner Einstellung gemacht: Wenn es nach ihm ginge, solle nach der Saison 2008 Schluss mit den Konzerten sein. „Schon das mordsässliche Zeit stört mich unheimlich“, sagte er. Die Konzerte seien am falschen Ort.

Das aber sehen viele Bonner ganz anders. Und auch Bonns Politiker, wie aus entsprechenden



Sir Elton John auf dem Museumsplatz. Der Auftritt des britischen Musikers zog nicht nur Fans aus der Region nach Bonn. Wie viele andere Konzerte war er ein Publikumsmagnet. FOTO: HORST MÜLLER

Erklärungen der Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) und dessen Bonner Kollegen, CDU-Fraktionschef Benedikt Hau-

ser, hervorgeht. So hat Kelber nach eigenen Angaben Intendant Vitali aufgefordert, sich für die Fortsetzung der Konzerte auf dem Museumsplatz auszusprechen, zumal sich dafür nach der Affäre 2007 um die geschassten Geschäftsführer Wenzel Jacob und Wilfried Gatzweiler ein privater Betreiber gefunden habe. Diese

Linie dürfe nun nicht aufgekin- digt werden. „Die Künstler lieben den Platz zwischen den Museen. Die Konzerte müssen über 2008 hinaus stattfinden“, so Kelber. „Bei den Debatten über die Zukunft der Kunst- und Ausstellungshalle nach den Personal-Skandalen 2007 haben sich Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und ich uns in Berlin für die Fortsetzung der Konzerte stark gemacht und die klare Zusicherung von Bundesregierung, Kulturausschuss und Haushaltsaus- schuss erreichen können.“

An diese Zusicherung erinnert auch Stephan Eisel, der erklärt: Vita- li müsse die Beschlüsse dieser Gremien nicht nur respektieren, sondern ihnen auch zum Erfolg verhelfen. „Seine letzten Aufge- rungen waren dazu kein Beitrag“, so Eisel, der jedoch auch klar stellt: „Das ändert jedoch nichts daran, dass die Konzerte fortge- setzt werden.“

Auch CDU-Politiker Hauser weist auf die regionale und über- regionale Bedeutung der Konzerte hin und sagt: „Ich würde mich freuen, wenn man der neuen Ver- anstaltergruppe um Jürgen Harder die notwendige Unterstützung zukommen lassen würde.“

SCHWARZ-GRÜN

Verbotene Liebe in Berlin

Die CDU nähert sich mit Lust der einst bekämpften Ökopartei an.

Die neue Farbenlehre nach der Hamburg-Wahl soll eine Jamaika-Koalition im Bund ermöglichen und setzt die FDP unter Druck

Der Abend ist fortgeschritten, als sich der Neuling ans Klavier schwingt: Stephan Eisel heißt er, in seinem früheren Leben Vizebüroleiter bei Helmut Kohl und seit Kurzem selbst im Bundestag. Nach wenigen Minuten stehen nicht nur Parteifreunde um den CDU-Mann herum, sondern auch Kollegen von den Grünen, unter ihnen Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt. Ein gutes Dutzend Politiker swingt zu den Jazzklängen. Ort der schwarz-grünen Verbrüderung und Verschwesterung: das Lieblingsrestaurant des Öko-Linken Jürgen Trittin, das „Le Cochon Bourgeois“ in Berlin-Kreuzberg – zu Deutsch: „Das bürgerliche Schwein“.

Bürgerlich ist sie geworden, die Gruppe, die einst ironisch als „Pizza-Connection“ geschmäht wurde, sich zu Bonner Zeiten im legendären Keller des Italieners „Sassella“ traf und Kontakt zu den „Unberührbaren“ des anderen Lagers pflegte. „Die ‚Pizza-Connection‘ kann für sich beanspruchen, mit Pate gestanden zu haben für schwarz-grüne Normalität“, meint Hermann Gröhe (CDU), einer der Initiatoren.

Pizza wird Programm. Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) will mit dem Segen der Berliner Parteispitze ein schwarz-grünes Bündnis eingehen. Zukunftsmodell oder politischer Masochismus? Es wäre eine Premiere auf Länderebene, ideal zur Überwindung alter Gräben. Die Grünen erwi-

dem die politischen Frühlingsgefühle bislang jedoch nur zaghaft. Allerdings: Im 5-Parteien-System ist es für beide Seiten schiere Notwendigkeit, neue Partner zu finden. Zweierbündnisse bieten keine Mehrheitsgarantie mehr.

Ein Grund für die schwarze Euphorie: Die Pizza-Pioniere sind in führende Positionen aufgestiegen. Norbert Röttgen sitzt als Parlamentarischer Geschäftsführer im Bundestag, Armin Laschet ist Integrationsminister in NRW. Peter Altmaier dient als Staatssekretär im Innenministerium unter Pizza-Pate Wolfgang Schäuble, der in den 90er-Jahren als Fraktionschef die Jungen anfeuerte, die Ökos zu umgarnen.

Staatsministerin Hildegard Müller, die auch dem CDU-Präsidium angehört, kann sich „einem schwarz-grünen Testlauf auf Länderebene vorstellen, aber nicht um jeden Preis“. Der „Markenkern der Union“ dürfe nicht leiden. Allerdings: Was die Grünen zuletzt außen- und energiepolitisch beschlossen haben, hat nicht nur Müller irritiert. Ein schwarz-grünes Experiment müsse „bereits im ersten Versuch gut funktionieren“, betont sie. Ansonsten würde die Sache „kontraproduktiv“. Auch Philipp Miß-

felder, Chef der Jungen Union, ist optimistisch. „Geiade bei modernen Konservativen gibt es eine Präferenz für eine Zusammenarbeit mit den Grünen, weil niemand über 2009 hinaus die Zusammenarbeit mit der SPD will“, sagt er. Von Merkel hat er den Auftrag, den Kontakt zu Grünen-Abgeordneten seiner Altersklasse auszubauen. Selbst Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU, fordert: „Wenn es einen Feldversuch geben kann, ist nichts so gut geeignet wie Hamburg.“ Er will wissen, wie das funktionieren kann: „Stimmen Klima, Vertrauen, Verlässlichkeit? Wenn man darüber keine Erfahrungen hat, kann man auch nicht über Weiteres entscheiden.“

Weiteres, das wäre eine Dreierkoalition mit FDP und Grünen im Bund. „Niemand kann Jamaika für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl ausschließen“, sagt Koschyk. Selbst CSU-Vize Horst Seehofer erklärt, die Union müsse 2009 durch einen klaren Wahlkampf ihr Potenzial „voll ausschöpfen. Dann muss man sehen, was FDP und Grüne auf die Matte bringen.“ Inhaltliche Übereinstimmung sieht der Verbraucherminister allerdings nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. „Mathematik darf Politik nicht ersetzen.“ In einem Jamaika-Bündnis wäre die CSU zudem der kleinste Partner – „ein klarer Bedeutungsverlust“.

Und wie ist das mit dem brisanten Feld der Außenpolitik? Andreas Schockenhoff (CDU), Chefdiplomat der Bundestagsfraktion, betont: „Außen- und sicherheitspolitisch gibt es mit den Grünen durchaus Gemeinsamkeiten. Bei der Einforderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sind die Grünen näher bei uns als die SPD.“ In der Afghanistan-Frage gebe es zwar Meinungsunterschiede. Wie schnell sich eine Partei in Regierungsverantwortung ändern könne, habe sich aber nach 1998 gezeigt, als die Grünen dem Kosovo-Krieg zustimmten. „Das könnte beim nächsten Mal ähnlich sein“, meint Schockenhoff.

Laute skeptische Stimmen hört man nur noch aus der CSU. „Der soll das ruhig machen“, ruft CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer nach Hamburg. „Das ist ein lokales politisches Experiment, eine hanseatische Absonderlichkeit ohne jede Signalwirkung für den Bund.“ Dort sei eine schwarz-grüne Kooperation undenkbar. „Es hat etwas Unglaubliches, plötzlich so in Euphorie zu verfallen“, kritisiert er den CDU-Generalsekretär Pofalla und fügt ironisch hinzu: „Da könnte ich ja gleich eine kleine Schnittmenge mit der Linkspartei finden, bloß weil die Frau vom Lafontaine auch für ein hohes Betreuungsgeld ist.“

Doch die CDU-Führung hat auf Anbandeln umgeschaltet. Es gebe nur einen Unterschied zur Schwester, lästert ein CDU-Präside: „Die CSU glaubt nicht, dass sie die Grünen mal bräuchte. Aber auch die CSU ist im Ernstfall zu großer Flexibilität fähig.“ Die Zeiten, als sich die Verantwortlichen von Union und Grünen spinnefeind schienen, wirken da fast wie Erinnerungen an eine andere Zeitrechnung. Vor gut zwölf Jahren raunte Joschka Fischer Helmut Kohl im Bundestag an, er sei nur noch „drei Zentner Fleisch gewordene Vergangenheit“. Inzwischen hat sich der Öko-Matador in jeder Hinsicht dem Widersacher angenähert.

Eisel, der Kohl einst kernige Reden schrieb, sieht die Grünen nicht als natürlichen Partner im Lager der SPD. „Viele Grüne schämen sich doch längst dafür, dass sie jemanden zum Kanzler gewählt haben, der Putin als ‚lupenreinen Demokraten‘ bezeichnet hat und das Waffenembargo der EU gegen China aufheben wollte.“ Für ihn ist Schwarz-Grün keineswegs nur eine hanseatische Perspektive. „Die Herausforderung, aufeinander zuzugehen, stellt sich für Grüne und Union auch im Bund.“ Hamburg – das Tor zum Bund?

Auf die schwarze Option möchte auch die grüne Spitzenpolitikerin Christine Scheel nicht verzichten. „Ich persönlich fände Schwarz-Grün gut. Bei uns finden viele eine Annäherung an die CDU spannend“, betont die Pizza-Partnerin. „So kommen wir aus der Umklammerung der SPD heraus und können zu einem entscheidenden Faktor werden.“ Allerdings müsse sich viel Grünes in einem Koalitionsvertrag wiederfinden. „Macht um jeden Preis, das darf nicht sein.“ Erfüllungsgelüfte der Sozis will sie freilich auch nicht sein. „Es gibt nicht wenige bei uns, die überzeugt sind, dass man sich auf die CDU besser verlassen kann als auf die SPD. Da wirken die rot-grünen Regierungsjahre einfach nach.“

Doch es könnte sich bitter rächen, dass Politik-Zirkel und Medien das Thema zwar seit Jahren erörtern, die Führungen beider Parteien aber ihre Basis nicht darauf vorbereitet haben. Vor allem auf dem Land und im Süden sind die Vorbehalte bei Unions-Wählern immens. „Hier pflegen viele noch die alten Feindbilder der 80er-Jahre“, meldet ein CDU-Strategie.

Im Internet-Forum der CDU tobt ein Meinungsstreit. Da gibt es übelste Beschimpfungen der „Partei gewordenen Inkarnation der Alt-68er und RAF-Sympathisanten mit ihren absurden Multikulti-Vorstellungen“. Ein „Claus“ klagt, es sei „ein Trauerspiel, dass die Merkel-CDU jetzt offensichtlich auf die roten Grünen angewiesen ist“. „Medardus“ hingegen gibt wohlwollend zu bedenken, die Grünen seien inzwischen „sehr gelb durchwirkt“.

Jenseits der virtuellen Welt, im gediegenen Berlin-Charlottenburg, wirkt die CDU-Basis hingegen schon ideologisch gelockert. Wolfgang Hummel warnt zwar vor einem „tiefroten Kern“ bei vielen Grünen. Doch die übrige Truppe gibt sich offen. „Wenn alles festgefahren ist, sind neue Wege gar nicht schlecht“, meint

Regina Hensel. Der Chef des Ortsverbandes Grunewald-Halensee, Michael Voglsamer, 65, befindet zum Thema Schwarz-Grün schlicht: „Es gibt Schlimmeres.“

Ähnlich zwiespältig reagieren die Grünen.

„Die Basis will Schwarz-Grün nicht“, weiß Robert Zion. Und wenn Zion das sagt, sollte die grüne Parteiführung aufhorchen. Denn schon beim Afghanistan-Parteitag in Göttingen hat der berühmteste Kreisschriftführer der Grünen der gesamten Führungsclique gezeigt, wie die Basis wirklich tickt. Eine Öffnung zur Union sei „lebensgefährlich“, warnt Zion. Derzeit lägen die Grünen in NRW bei rund sechs Prozent. „Wenn wir hier ähnliche Verluste einfahren wie in Hessen und Hamburg, steht unsere Existenz auf dem Spiel.“ Er könne sich nicht vorstellen, dass die NRW-Grünen – immerhin größter Landesverband – einer schwarz-grünen Annäherung zustimmen. „Ich rechne damit, dass aus NRW bald die klare Ansage nach Berlin kommen wird, alle Spekulationen über Schwarz-Grün und Jamaika einzustellen“, kündigt Zion an. „Die Grünen müssen mit einer klaren Koalitionsaussage in den Bundestagswahlkampf 2009 gehen“, so Zion. „Und diese Ansage muss heißen: Rot-Grün plus ...“

Aber es gibt auch positive Basiserfahrungen: In der Stadt Kiel regiert seit 2003 eine schwarz-grüne Koalition ziemlich geräuschlos. Fortschritte gebe es bei Haushaltssanierung, Klimaschutz und in der Kinderpolitik, berichtet der grüne Landesvorständler und langjährige Kieler Kreisvorsitzende Markus Stieglitz. „Es gibt ein gutes persönliches Verhältnis der Akteure von Grünen und CDU bei bestehenden inhaltlichen Differenzen.“

Ein überzeugtes Sowohl-als-auch liefert Kai Gehring, jugendpolitischer Sprecher bei den Grünen im Bundestag: „Wenn die SPD sich nicht berappelt, wird es in der nächsten Zeit für Rot-Grün nicht mehr reichen. Dann müssen wir offen über Schwarz-Grün diskutieren. Allerdings sind die Schwarzen unserer Basis so sympathisch wie Atomkraftwerke.“

In Berlin trat Parteichefin Angela Merkel am Tag nach der Wahl erst einmal hart auf die Bremse, um die CDU nicht zu billig zu machen. Es sei „nun nicht so, dass die ganze CDU auf Grün fliegt“, stellte sie säuerlich fest. Schließlich will von Beust auch mit der SPD über ein Bündnis reden. Und natürlich hatte Merkel mitbekommen, dass sich FDP-Chef Guido Westerwelle als verschmähter Liebhaber gerierte und schimpfte, Merkel habe von vornherein ein Bündnis mit den Grünen gewollt.

Wohin einseitige Bindung führen kann, beichtigen die Grünen gerade in Hessen: bei sich selbst, vor allem aber bei der FDP. Die hat sich unter Westerwelles Führung ganz an die Seite der Union begeben. Zwar stimmt dessen Analyse, dass es die größten thematischen Überschneidungen mit dem bürgerlichen Partner gibt. Doch es fehlt die These, die einst sein Rivale Jürgen Möllemann vertrat: „Jede Regierung mit FDP ist besser als jede Regierung ohne FDP.“

Jetzt sehen sich die Liberalen gezwungen, auf Lockerung umzuschalten. „Es wird schwer, unseren Leuten zu erklären, dass die mit jedem regieren können und wir nur mit einem“, schimpft Generalsekretär Dirk Niebel. Schließlich gebe es „einige Parlamente in Deutschland, in denen auch andere Mehrheiten rechnerisch möglich sind“. Allerdings will die FDP weiterhin Koalitionsaussagen nach inhaltlicher Übereinstimmung festlegen.

Doch aus Schwarz-Grün in Hamburg leiten

auch die Liberalen Hoffnung ab. „Dann muss doch auch Jamaika in Hessen möglich sein“, fordert Niebel. „Wenn die CDU gestalten will, muss sie den Grünen am Ende von Verhandlungen auch personelle Zugeständnisse machen.“ Das kann eigentlich nur heißen: Kochs Kopf. Niebels Begründung: „Die Union hat mit ihrem Wahlkampf in Hessen schließlich die schwarz-gelbe Mehrheit vernasselt.“ ■

M. v. ACKEREN/N. BRÜNING/H. KRUMREY

UNION UND GRÜNE - PASST DAS?

Ob mit Schwarz-Grün bald zusammenwächst, was zusammengehört, muss sich zeigen. In Schlüssel-
feldern wie Wirtschaft und Finanzen ticken beide zwar ähnlich, doch es gibt auch sehr große Hürden.

| | CDU | Grüne | |
|---------------------------|--|--|---|
| Wirtschaft | Sowohl die Grünen als auch die Union setzen bei Wachstum und Beschäftigung vor allem auf den Mittelstand. | | + |
| Finanzen | Beide Parteien halten solide Staatsfinanzen für zentral. Doch gelang beiden der Abstieg vom Schuldenstaat nur begrenzt. | | + |
| Außenpolitik | Die Union bewegt sich außenpolitisch weitgehend auf derselben Spure wie Joschka Fischer. Allerdings hat sich die Basis der Grünen vorwiegend zum Teil von diesem Kurs distanziert. | | ? |
| Soziales | Grüne und Union sind sich in der großen Linie einig, vertreten den Grundsatz „Fordern und Fördern“. Im Detail wird es haarg. | | ? |
| Innere Sicherheit | Innenminister Wolfgang Schäuble treibt die Verschärfung des Anti-Terror Kampfes voran. | Aus Sicht der Grünen schließen Schäuble und die Union weit über den Ziel hinaus. | - |
| Energie/Kernkraft | Die CDU hält Kernkraft „auf absehbare Zeit“ für unverzichtbar. | Für die Grünen ist das Ende der Atomenergie unumkehrbar – ein Schlüsselthema ihrer Politik. | - |
| Umwelt | Auch wenn sich die Grünen im Glauben befinden: Angela Merkels Kontakt in der Umwelt- und Klimapolitik kommt den Vorstellungen der Öko-Partei ziemlich nahe. | | + |
| Familie | Neue Betreuungsangebote für die Jüngsten begrüßen beide. Das Betreuungsnetz für dahom erreichende Eltern, das vor allem die CSU einfordert, lehnen die Grünen ab. | | ? |
| Europa/Türkei | CDU und CSU lehnen den EU-Beitritt der Türkei ab, wählen nur eine privilegierte Partnerschaft. | Die Grünen setzen sich vehement für die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ein. | - |
| Ethikfragen/Kirche | In ethischen Fragen: Wie der Begrenzung der Forschung mit embryonalen Stammzellen annah die Standpunkte von CDU und Grünen – jedenfalls wenn es um die Mehrheitseinnung der Parteien geht. | | + |
| Bildung | Die Union ist für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems und für Stützgebühren. | Leide der Grünen: längere gemeinsame Schulpflicht. Abschied vom klassischen Gymnasium, gratis studieren. | - |
| Recht | Sicherheitsfragen haben Vorrang vor Datenschutz. Homo-Paare sind nicht Eheleuten gleichzustellen. | Datenschutz hat für Grüne hohe Priorität. Sie wollen volle Gleichberechtigung eingetragener Homo-Paare. | - |



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 16/08

4. März 2008

Sonderbriefmarke zum Geburtstag des Grundgesetzes

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vorgeschlagen, eine Sonderbriefmarke zum Jubiläum des Bonner Grundgesetzes im nächsten Jahr herauszubringen: „In den zuständigen Gremien ist das Grundgesetz-Jubiläum offenbar übersehen worden. Ich habe den Bundesfinanzminister gebeten, den Fehler zu korrigieren und bei einer Briefmarke die Verabschiedung des Grundgesetzes in Bonn am 23. Mai 1949 in den Mittelpunkt zu stellen.“

Sowohl zum 40. als auch zum 50. Geburtstag des Grundgesetzes waren eigene Briefmarken erschienen. Die Vorschläge für die Themensetzung bei Briefmarken kommen von einem Programmbeirat, in dem das Bundesfinanzministerium, die Post AG, die Kultusministerkonferenz, Philatelisten, der Deutsche Presserat und die Bundestagsfraktionen vertreten sind: „Dort hat man offenbar an das Jubiläum 2009 nicht gedacht und keinen entsprechenden Vorschlag gemacht. Das ist merkwürdig, denn immerhin hat die Bundesregierung einen eigenen Arbeitsstab zur Vorbereitung der Jubiläumsfeierlichkeiten eingerichtet“, so Eisel. Da die endgültige Entscheidung über die Briefmarken beim Bundesfinanzminister liege, könne man den Fehler aber noch korrigieren: „Ich könnte mir als Motiv beispielsweise die Unterzeichnung des Grundgesetzes durch Konrad Adenauer in Bonn vorstellen und habe dem Bundesfinanzminister auch ein entsprechendes Motiv vorgeschlagen.“

Den Motivvorschlag mit Foto finden Sie unter

<http://www.stephaneisel.de/start/Aktuell/news/Zum-Geburtstag-des-Grundgesetzes.html?xz=0&cc=1&sd=1&ci=1468>

„Pläne sind inakzeptabel“

EED Eisel und Kelber gegen Umzug nach Berlin

BONN. Auf scharfe Kritik sind die Umzugspläne des Evangelischen Entwicklungsdienstes (der GA berichtete) bei den Politikern Stephan Eisel, CDU, und Ulrich Kelber, SPD, gestoßen. Beide Bundestagsabgeordneten nannten die Umzugspläne „falsch“ und „inakzeptabel“. „Es wäre unverständlich, ausgerechnet eine wichtige Entwicklungsorganisation aus dem Nord-Süd-Zentrum Bonn nach Berlin zu verlagern“, sagte Eisel gestern. In Berlin sei die Organisation abgekoppelt vom nationalen entwicklungspolitischen Kompetenzzentrum Bonn. „Wir müssen diese Sachargumente gegen den Umzug jetzt in die Entscheidungsgremien der evangelischen Kirche tragen“, so Eisel.

Kelber argumentierte, „der EED ist in seiner heutigen Form in Bonn entstanden, weil hier nach dem Regierungsumzug die nationale Entwicklungszusammenarbeit konzentriert wurde“. Deshalb mache es keinen Sinn, den mit Brot für die Welt und Diakonie-Katastrophenhilfe fusionierten EED zu verlegen und anschließend die Mitarbeiter regelmäßig nach Bonn zu fliegen, weil dort ihre Ansprechpartner sitzen. Kelber will mit dem EED-Aufsichtsratsvorsitzenden Nikolaus Schneider über die Pläne sprechen. val

GA, 04.03.08

Die Forderung nach einer Bücherei im Ort

CDU Jahresempfang in Auerberg

AUERBERG. „Es geht weiter mit Graurheindorf und Auerberg“. Gemäß diesem Motto fand am Sonntag der 23. Jahresempfang des CDU-Ortsverbands Auerberg statt. Zahlreiche Vertreter lokaler Vereine und Unternehmen sowie Politiker wie Bundestagsabgeordneter Stephan Eisel oder Europaparlamentsabgeordnete Ruth Hieronymi kamen ins Seniorenheim Josefshöhe.

„Wir haben im kommenden Jahr ein wichtiges Wahljahr vor uns“, sagte Wolfgang Maiwaldt, Stadtverordneter der CDU für Auerberg und Gastgeber des Empfangs. Und bezog sich damit auf die Kommunal- und Europawahl 2009. Maiwaldt liegt die Entwick-

lung von Auerberg besonders am Herzen. „Es ist enorm wichtig, dass wir alle an einem Strang ziehen. Mit dem Projekt Auerberger Mitte, wo ja ein Großmarkt und auch ein Marktplatz entstehen sollen, findet mitten in unserem Stadtteil eine wichtige städtebauliche Maßnahme statt.“ An der Pariser Straße entstünde ein neues soziales und kulturelles Zentrum. „Deshalb halte ich es für sehr wichtig, dass es in Auerberg endlich eine eigene öffentliche Bücherei gibt“, betonte Maiwaldt. Er habe Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann in einem Brief darum gebeten, die Bücherei von Graurheindorf nach Auerberg zu verlegen. gts



Über die Gäste freut sich Wolfgang Maiwaldt (4.v.l.)

FOTO: LANNERT

idea.de, 04.03.08

Diakonie

4.03.08

Kritik an Umzug kirchlicher Dienststellen nach Berlin



In Berlin sollen Entwicklungsdienste zusammengeführt werden.

Ronn / Stuttgart (Idea) – Der geplante Umzug des in Bonn ansässigen Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und der Stuttgarter Dienststellen des Diakonischen Werks der EKD nach Berlin stößt auf Kritik. Bis spätestens 2013 will die Diakonie ihre Hauptgeschäftsstelle in der Bundeshauptstadt konzentrieren, wo sich seit 2002 bereits mehrere Abteilungen befinden.

Der EED soll an die Spree ziehen, um dort mit den zur Diakonie gehörenden Hilfswerken „Brot für die Welt“ und Diakonie-Katastrophenhilfe (beide Stuttgart) enger zusammenzuarbeiten. Von den Maßnahmen sind etwa 200 EED-Mitarbeiter und rund 240 Diakonie-Beschäftigte betroffen. Die Umsetzung der Beschlüsse soll sozialverträglich geschehen. Für die entstehenden Kosten würden keine Spendenmittel verwendet, und sollte das Projekt nicht finanzierbar sein, sei es gestoppt, erklärte Diakoniepräsident Klaus-Dieter Kopnik (Berlin). In Stuttgart und Bonn werden die Pläne heftig kritisiert. Der Referent für Mission und Ökumene in der württembergischen Kirchenleitung, Kirchenrat Klaus Kieß, erklärte, der Wegfall von zwei international angesehenen Werken sei eine „Katastrophe für Stuttgart“. Es sinke damit in die entwicklungspolitische Provinzialität ab. In den vergangenen Jahren habe die Stadt bereits den Entwicklungsdienst „Dienste in Übersee“ sowie ein Büro des Lutherschen Weltbunds und die Zentrale des Weltbunds der Bibelgesellschaften verloren.

SPD- und CDU-Bundestagsabgeordnete protestieren

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Keiser (SPD) finden die Umzugspläne „falsch“ und „inakzeptabel“. In Bonn hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung seinen Hauptsitz, dort konzentrierte sich die nationale Entwicklungszusammenarbeit und dort säßen die Ansprechpartner für den kirchlichen Entwicklungsdienst. In die Kritik geriet auch der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider (Düsseldorf), der Aufsichtsratsvorsitzender des EED und Mitglied im Rat der EKD ist. Er hätte sich stärker für den Erhalt des Standorts Bonn einsetzen sollen, finden Mitarbeiter.

Weitere Nachrichten aus dieser Kategorie

- Bischöfe: Skandal der Spaltabreibungen beendet (07.03.08)
- ERF-Direktor Werth erhält internationalen Medienpreis (07.03.08)
- MC einem Kipp zum Etablierung (07.03.08)
- Rehabilitiert der Papst Martin Luther? (06.03.08)
- Russlands Baptisten gratulieren künftigen Staatschef (06.03.08)

Kommentare (1) zu diesem Artikel

Torgun Schwarz-Lützenburger (Kreuztal)

05.03.08 13:09

Für den einzelnen betroffenen Mitarbeiter mag der geplante Umzug schwierig und problematisch sein. In der Gesamtschau ist es aber sicherlich richtig und wichtig, dass sich kirchliche Träger, christliche Werke und christliche Organisationen in der Bundeshauptstadt niederlassen, um so ihre Stimme und Kräfte zu bündeln.

Dass Bonner Lokalpolitik sich dagegen wendet, ist zwar nachvollziehbar, kann jedoch nicht überzeugen. Dass bis zum heutigen Tage immer noch Ministerien oder Teile von Ministerien in Bonn verstreut sind bürokratischer, wirtschaftlicher und finanzieller Nonsens und geht auf den faulen Bonn-Berlin Kompromiss aus den Neunzigern zurück.

Bonn wird wie die anderen Städte den Wegzug gut verkraften, ebenso wie es den Wegzug der meisten Ministerien gut weggedeckt und für seine Stadtentwicklung positiv genutzt hat. Ein Umzug auch der übrigen Ministerien ist längst überfällig.

Kölner Stadt-Anzeiger, 04.03.08

Die Museumsmeile darf weiterhin rocken

VON THOMAS AGTHE, 04.03.08, 19:44h, AKTUALISIERT 04.03.08, 21:33h

Bonn - Wenn es darum geht, ihren Ruf als Kulturstadt und Touristenmagnet zu verteidigen, ist die Stadt Bonn schnell zur Stelle. Das musste jetzt der Interimsleiter der Bundeskunsthalle, Christoph Vitali, erfahren, als er seine Meinung zu den populären Museumskonzerten zwischen der Bundeskunsthalle und dem städtischen Kunstmuseum auf einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer zum Besten gab. Kaum hatte der Kulturmanager erklärt, dass die Konzertreihe mit dem Anspruch der Vermittlung von Kunst, wie ihn die Bundeskunsthalle aufrechterhält, nichts zu tun hat und dort eingestellt werden müsse, gingen die Bonner Politiker in Kampfstellung.

Allen voran Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, die in Briefen an Vitali und dessen Vorgesetzten, den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, und die Bundestagsabgeordneten der Region die Bedeutung der seit zehn Jahren dort durchgeführten Popkonzerte für die Stadt herausstrich. Das musikalische Programm sei stets für die „touristische Vermarktung der Kulturstadt von Bedeutung gewesen“. Die hier auftretenden internationalen Stars hätten Bonn und seine Museumsmeile „in zahlreichen Ländern bekannt gemacht“. Die Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) sprangen ihr zur Seite und schlugen ähnliche Töne an.

All die Aufregung um das publikumsträchtige Geschehen auf der Museumsmeile ist letztlich völlig überflüssig, wie die Pressesprecherin der Bundeskunsthalle, Maja Maier-Wallat, sagt: Der Haushaltsausschuss des Bundestages, der Kulturbeauftragte der Bundesregierung und das Kuratorium der Bundeskunsthalle haben zugestimmt, dass die U-Musik zwischen den prominenten Häusern der - meist ernsten - Kunst weitergehen soll, allerdings unter der Verantwortung von privaten Betreibern. Die sind gefunden und die ersten Bands für den Sommer gebucht. Und auch das Zeltdach, das der Intendant der Bundeskunsthalle als so hässlich und störend empfindet, bleibt dort stehen.

Erste deutsche Solarbücherei

Einweihung und Segnung der Katholischen Bücherei, Spende von Solarworld

Schaefer 05.07.08

Kessenich (La.) Nach der Renovierung der Katholischen Öffentlichen Bücherei wurde diese jetzt eröffnet. Neben der Installation einer modernen Solarstromanlage und einer zeitgemäßen Wärmedämmung hat sich sonst einiges getan. Der Förderverein hat die Trägerschaft für die Katholische Bücherei Sankt Nikolaus übernommen. Die Baumaßnahme mit energetischer Renovierung der Bücherei und Installation von zukunftsgerichteter Solartechnik auf dem Gebäude ist nun mehr abgeschlossen. Die Bücherei St. Nikolaus in Bonn-Kessenich ist mit über 16.000 Medien und über 30.000 Ausleihen im Jahr 2006 die größte kirchliche Bücherei im Erzbistum Köln. Fast alle anderen kirchlichen Büchereien wurden aufgrund von Geldknappheit zwischenzeitlich geschlossen oder auf das Maß einer sehr kleinen Pfarrbücherei, die modernen Ansprüchen nicht gerecht werden kann, zurückgeführt. Die Bücherei St. Nikolaus wird im wesentlichen ehrenamtlich geführt und ist derzeit vier Tage in der Woche geöffnet. Sie trägt mit dazu bei, das Ortszentrum Bonn-Kessenich und den Nahbereich lebendig und attraktiv zu halten



■ Pfarrer, Politprominenz und Sponsoren sind zufrieden über die neue "Solarbücherei" in Kessenich. Foto LA

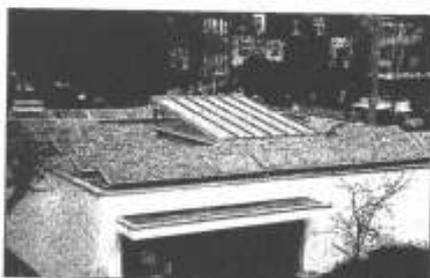
mit Medien nahe zu bringen. Die Kosten für die im Jahr 2007 durchgeführte nachhaltig wirkende Energiesparmaßnahme betragen etwa 140.000 EUR. Die Außenwände aus Sichtbeton wurden gedämmt, die einglasigen Fenster erneuert, das Flachdach saniert und um ein Atriumdach erweitert - die Bücherei wurde sozusagen "neu eingepackt". Ein Wärmeschutznachweis zur Einhaltung der aktuell gültigen Energie-Einsparverordnung (EnEV) wurde erbracht. Die Finanzierung war nur dank sehr großer und vieler kleiner Spenden möglich. Über diesen "Solarertrag" kann ein Großteil der ansonsten nicht tragbaren Betriebskosten, bestimmt aber die nach der Renovierung um hoffentlich etwa 40% reduzierten Kosten für die benötigte Wärme in der Bücherei

geständerte 8 kW Anlage, die Firma Schueco Solar baute ein semitransparentes Glasdach mit Solarmodulen über dem Atrium der Bücherei (etwa 2 kW) ein. Durch die Module von Schueco geht kaum Tageslicht verloren und es werden aufwändige Verschattungstechnik im Atriumdach eingespart und gewinnen zusätzlich Strom aus einer erneuerbaren Energiequelle.

"Um diese zukunftsfähige Energietechnologie bekannt zu machen - was sich im Übrigen sehr gut mit dem christlichen Ansatz zur Erhaltung der Schöpfung verträgt - werden wir auch thematisch das Thema "Erneuerbare Energien" unter anderem mit Hilfe der Firma Solarpraxis, einem großen Verlag für erneuerbare Energien, im Rahmen der Büchereiarbeit voranbringen. Diese Multiplikatorwirkung erscheint uns vor allem in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen besonders wichtig", so Christof Stein vom Vorstand des Fördervereins. Viel Politprominenz war bei der Eröffnung gegenwärtig.

So kamen Grußworte von Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, von Ulrich Kelber, Stephan Eisel an die anwesenden Gäste.

Pfarrer Ulrich Weeger segnete das renovierte Gebäude. Für die musikalische Untermauerung sorgten Birgit und Marcus Schinkel.



■ Die Solaranlage auf der renovierten Katholischen Bücherei in Kessenich. Repro LA

sowie eine wertorientierte Bildungsarbeit zu leisten! Die Bücherei in unmittelbarer Nachbarschaft zu verschiedenen Grund-, Haupt- und Realschulen arbeitet über die eigentlichen Öffnungszeiten hinaus sehr eng mit Kindern und Lehrern zusammen, um den Kindern das Lesen und den verantwortlichen Umgang

decken - somit ist hier in Bonn die erste Solarbücherei Deutschlands entstanden. Ein unabhängige und nahezu unabhängige Trägerschaft wurde allerdings erst durch die großzügige Spende einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Bücherei möglich. Die Firma SolarWorld spendete eine auf dem Flachdach auf-

**Bundestag: Kaum Abgeordnete
da - Sitzung unterbrochen**

Wo seid ihr alle?

Im Bundestag bleiben
viele Stühle häufig leer.
Foto: dpa, Bundestag

Von MICHAEL FUCHS, FLORIAN
JOCHAM u. FREDDY LANG

Berlin - Im Plenarsaal des Deutschen Bundestages gibt es Stühle für 612 Abgeordnete. Viele davon bleiben bei Sitzungen häufig leer. Das ist nichts Neues. Neu ist aber, dass jetzt einem Politiker der Kra-

gen platzte und er die Sitzung unterbrechen ließ, weil kaum einer da war. Der Eklat spielte sich am Mittwoch um 13 Uhr ab. Auf der Tagesordnung stand das Thema Kosovo. Europa-Staatsminister Günter Glos wollte das Parlament über die Entsendung von deutschen 180 Polizisten informieren, die den

Aufbau der Justiz im Kosovo unterstützen sollen. Doch zu Beginn der Sitzung saßen weniger als 20 Abgeordnete im Saal. Angesichts des wichtigen Themas sei die mangelnde Präsenz „unerträglich“, rügte Jürgen Koppelin, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion: „Das geht so nicht.“ Er

beantragte, die Sitzung 15 Minuten zu unterbrechen, um weitere Abgeordnete herbeizuholen. Was dann auch geschah. Kurz darauf nahmen immerhin weitere rund 50 Parlamentarier im Saal Platz. EXPRESS fragte bei den Abgeordneten aus Köln, Bonn und Düsseldorf nach: Wo waren Sie um 13 Uhr?

Und das haben Ihre Parlamentarier gemacht



Karl Lauterbach (SPD), Köln:

„Ich war um 13 Uhr noch in einer Sitzung des Gesundheitsausschusses zur Pflegeform, musste außerdem eine Delegation aus den USA betreuen.“



Ursula Heinen (CDU), Köln, Staatssekretärin:

„Ich habe mich in meinem Büro auf einen Termin mit der Deutschen Umweithilfe vorbereitet.“



Rolf Mützenich (SPD), Köln:

„Ich war erst gegen 13.15 Uhr im Plenum, weil ich vorher im Auswärtigen Ausschuss saß, der bis kurz nach 13 Uhr im Paul-Löbe-Haus getagt hat.“



Volker Beck (Grüne), Köln:

„Ich konnte wegen dringender Termine erst ab 14 Uhr im Plenum sein.“



Lale Akgün (SPD), Köln:

„Ich war die ganze Zeit in der Sitzung.“



Werner Hoyer (FDP), Köln:

„Als außenpolitischer Experte der FDP war ich von Beginn an in der Sitzung, weil ich für das dort behandelte Thema zuständig bin.“



Ulla Lötzer (Linke), Köln:

„Ich war mit dem Wirtschaftsausschuss auf der Computermesse Cebit in Hannover.“



Martin Dörmann, (SPD), Köln:

„Ich war mit dem Wirtschaftsausschuss auf der Cebit, hatte Termine an verschiedenen Ständen.“



Guido Westerwelle, Bonn, FDP, Fraktionschef:

Er hatte nach Auskunft eines Sprechers zur fraglichen Zeit „einen offiziellen Gesprächstermin in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender.“



Ulrich Kelber (SPD), Bonn:

„Ich hatte ein Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer des Mineralölwirtschaftsverbandes, Klaus Picard. Es ging um die geplante Gesetzesnovelle zu Biokraftstoffen.“



Hildegard Müller (CDU), Düsseldorf, Staatsministerin:

Sie war bei der Sitzung dabei und zwar „im Plenum auf der Regierungsbank, dort, wo sie hingehört“, so ihr Büro.



Beatrix Philipp (CDU), Düsseldorf:

Sie hat an der Sitzung teilgenommen: „Vom Innenausschuss bin ich direkt ins Plenum.“



Gisela Piltz (FDP), Düsseldorf:

„Ich war bis 13.04 Uhr im Innenausschuss. Als ich ins Plenum kam, war schon unterbrochen. Ich bin dann

zu einer Vorbesprechung für eine um 14 Uhr beginnende Anhörung zur neuen EU-Verfassung gegangen.“



Michael Müller (SPD), Düsseldorf, Staatssekretär:

„Ich war im Auftrag der Bundesregierung bei einer Energiekonferenz in Washington. 13 Uhr: Das war 7 Uhr Ortszeit – da war ich auf dem Weg zum Frühstück beim deutschen Botschafter.“



Karin Kortmann (SPD), Düsseldorf, Staatssekretärin:

„Ich war noch im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der normalerweise um 13 Uhr zu Ende ist.“

Parteienforscher erklärt, warum so viele fehlen:
Wer nicht da war, kann seine Abwesenheit begründen. Dennoch bleibt fraglich, warum von 612 Abgeordneten häufig nur wenige im Saal sind. Parteienkritiker Prof. Hans Herbert von Arnim zum EXPRESS: „Es ist kein Wunder, dass der Plenarsaal im Bundestag oft leer ist. Der faktisch bestehende Fraktionszwang führt dazu, dass fast alles schon vorher entschieden ist. Für viele Abgeordnete ist es irrelevant, ob sie anwesend sind oder nicht. Da ist es einigen zu langweilig, den Debatten zuzuhören. Spannender wäre es, wenn sie ihre eigene Meinung vertreten dürften, wie es das freie Mandat eigentlich vorsieht.“

9. März 2008, 04:00 Uhr

VON FRANK ÜBERALL

CDU UND GRÜNE VERHANDELN IN HAMBURG ÜBER EINE KOALITION. REZEPTE DAZU WERDEN SCHON SEIT 2004 DISKUTIERT. UND DAS IN NRW, DEM LAND MIT DEN MEISTEN BÜNDNISSEN ZWISCHEN DIESEN BEIDEN PARTEIEN

Schwarz-grüner Frühling am Rhein

Früher trafen sich junge Abgeordnete von CDU und Grünen in italienischen Hauptstadt-Restaurants zur sogenannten "Pizza-Connection". Heute begnügen sich schwarz-grüne Strategen aus der ganzen Republik mit dem eher spröden Charme einer Tagungsstätte im rheinischen Wesseling bei Köln. Abseits der Öffentlichkeit treffen sich auf Schloss Eichholz, dem Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit Jahren Politiker beider Parteien zum Gedankenaustausch. Die CDU-nahe Denkfabrik arbeitet dabei ganz offiziell mit der den Grünen nahen Heinrich-Böll-Stiftung zusammen. Hier sollen offenbar Wege gesucht und Weichen gestellt werden für einen künftigen Frühling zwischen beiden Parteien. Die neue politische Farbenlehre, die aktuell in Hamburg auf ihre Praxistauglichkeit geprüft wird, erweist sich damit als ein Patent aus NRW.

Offensichtlich schwebt Nordrhein-Westfalens CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst also durchaus nicht im politisch luftleeren Raum, wenn er den Grünen mehr Bewegung in Richtung CDU anrät, auch wenn sein Partei- und Regierungschef Jürgen Rüttgers offiziell noch die Hände hebt und "Koalitionsspekulationen" von sich weist. Selbst die schroffen Abwehr-Reaktionen der Parteivorsitzenden Daniela Schneckenburger und Arndt Klocke, die scharfen Landtags-Attacken der Grünen-Fraktionschefin Sylvia Löhrmann gegen die Regierung aus CDU und FDP haben wohl eher mit Tagespolitik in der Opposition als mit langfristiger Strategie zu tun. Diese Schlüsse legt ein Blick in die internen Papiere der beiden Polit-Stiftungen nahe.

Der Bonner Politiker Stephan Eisel ist so etwas wie der Vater der neueren schwarz-grünen Strategiespiele. Als Abteilungsleiter bei der Adenauer-Stiftung setzte er den Gesprächskreis in Gang, heute wirbt er als Abgeordneter im Bundestag für das, was an Rhein und Ruhr auf kommunaler Ebene bereits bestens funktioniert. In einem internen Stiftungspapier ist von 13 bestehenden schwarz-grünen Bündnissen die Rede, ebenso von 33 ehemaligen oder fallweisen Kooperationen. Damit führt NRW die Liste der Länder an.

Wie weit das tatsächlich zum Vorbild für die ganze Republik werden kann, loten die Teilnehmer der Denkschulen Adenauers und Bölls regelmäßig und systematisch aus. Die Protokolle dieser Sitzungen wurden bisher streng unter Verschluss gehalten.

"Die ideologische Distanz zwischen beiden Parteien hat sich merklich verkürzt", heißt es aber bereits in einer "Workshop-Auswertung" aus dem Jahr 2004, die dem Autor vorliegt: "Es ist zur Auflösung alter Feindbilder und zu einem kulturellen Annäherungsprozess gekommen."

Längst haben sich die Weltbilder von CDU und Grünen angenähert. Man spricht miteinander und entwickelt Verständnis für die jeweils andere Position. Oft überrascht es die Beteiligten, wie groß die Schnittmengen gerade auf örtlicher Ebene sind. Haushaltskonsolidierung ist CDU wie Grünen als Beitrag zur Generationengerechtigkeit wichtig, soziale Fragen und Umweltthemen können gemeinsam vertreten werden. Konfliktstoffe wie Industrie- oder Straßenbauprojekte werden bei bestehenden Kooperationen vor Ort meist einfach ausgeklammert und zur Abstimmung mit anderen politischen Partnern freigegeben.

So ist es beispielhaft in Essen, der einzigen schwarz-grün regierten Großstadt in NRW. Weil CDU und Grüne nicht einig sind über den Verlauf der künftigen Autobahn 52 auf Essener Stadtgebiet, wurde das Thema im Koalitionsvertrag ausdrücklich freigegeben. So hat die Union die Chance, die Pläne der SPD-Verkehrsministers im Bund und des CDU-Verkehrsministers im Land für eine teilweise Untertunnelung des Essener Nordens ohne Krisengefahr zu unterstützen.

In NRW haben die Teilnehmer des schwarz-grünen Gesprächskreises inzwischen ein neues Feindbild ausgemacht: die SPD. "Insbesondere Vertreter der Grünen wiesen immer wieder darauf hin, dass die CDU sie im Vergleich zur SPD respektvoller behandle", hört man immer wieder gerade von Mandatsträgern in den Rat- und Kreishäusern. Die SPD habe sich zu sehr darauf verlassen, dass sie der einzige denkbare Koalitionspartner für die Grünen sei und habe es deshalb mit inhaltlichen Zusagen oft nicht so genau genommen. Mit der Öffnung der schwarz-grünen Option rächt es sich nun in manchen Städten und Gemeinden für die Sozialdemokraten bitter, den Grünen diesen Eindruck vermittelt zu haben. Denn das früher undenkbare Zusammengehen von CDU und Grünen wird immer wieder zur handfesten Realität. In Städten wie Essen, die über Jahrzehnte eine Alleinherrschaft der SPD erlebten, verbindet die neuen Partner zudem die Erinnerung an die Leiden scheinbar ewiger Opposition.

Originär grüne Themen bergen nach Ansicht des Denkkreises von Adenauer- und Böll-Stiftung inzwischen kaum noch

gesellschaftlichen Konfliktstoff. Konservative sehen die Grünen nicht mehr als "linke Spinner", und selbst die grüne Basis ist vielfach auf Realo-Kurs und befürwortet immer häufiger eine Zusammenarbeit mit der CDU.

Ein gutes Beispiel für den Wandel ist der Geschäftsführer der Böll-Stiftung in NRW, Hermann Strahl. In den 60er-Jahren war er im Kommunistischen Bund Westdeutschland aktiv, wie auch andere, die inzwischen zu Würde gekommen sind. Strahl erhielt als Volkshochschul-Lehrer in Bergkamen noch Berufsverbot.

"Die Grünen haben mich von vielem Stumpfsinn erlöst", erinnert sich der einst überzeugte Maoist heute: "Ich habe den Sozialismus als politisches Ziel erst spät aufgegeben, lebe inzwischen aber einen konstruktiven Pragmatismus." Schwarz-Grün als politische Möglichkeit gehört für ihn dazu.

In der Berliner Zentrale der Böll-Stiftung hört man das noch mit gemischten Gefühlen. Die Grünen müssten darauf achten, ihr eigenes Profil zu schärfen, sagt Peter Siller, Leiter der Inlandsabteilung und langjähriger Chef der grünen Grundsatzkommission: "Schwarz-Grün bietet für die Grünen eine Transformation heraus aus der starren Bündnissituation, in der nur Rot-Grün denkbar war."

Die Partei dürfe sich aber weder als weitere bürgerliche Kraft profilieren noch ins klassische linke Lager abgleiten, fordert Siller: "Jenseits der traditionellen Linken müssen die Grünen einen gesellschaftlichen Wandel mit sozialer Sicherheit gestalten."

Ob und wie weit das mit der CDU sogar auf der Ebene des Bundes möglich ist, lassen die Stiftungsvertreter auf offizielle Anfragen gern offen. Zumindest aber seien die Unionsparteien nicht mehr wie früher der "emotionale Erzfeind" der Grünen, sagt Ralf Thomas Baus, Leiter der Arbeitsgruppe Innenpolitik bei der Adenauer-Stiftung. Er hat das Protokoll des jüngsten Workshops im Schloss Eichholz geschrieben, das von "durchweg positiven Einschätzungen schwarz-grüner Zusammenarbeit" auf kommunaler Ebene berichtet. Selbst beim ideologischen Streitthema Integration seien "Differenzen nur in geringem Maße gefunden" worden.

So ist es auch kein Wunder, dass viele Teilnehmer der schwarz-grünen Denkspiele aus der ganzen Republik forderten, den Gesprächskreis beizubehalten. Angeregt wird, "weitere Foren auch auf bundespolitischer Ebene" einzurichten.

Der Bonner CDU-Abgeordnete Stephan Eisel fühlt sich dadurch ermutigt, immer wieder in seiner Partei die Werbetrommel für Kooperationen mit den Grünen zu rühren - eben auch auf Bundesebene: "Wer nach den Wahlen 2009 große Koalitionen nicht zur Dauereinrichtung werden lassen will, muss jetzt beginnen, über Alternativen nachzudenken", sagt er.

Autor Frank Überall, Jahrgang 1971, ist promovierter Politikwissenschaftler und freier Journalist aus Köln. Im Bouvier Verlag ist kürzlich sein Buch "Der Klüngel in der politischen Kultur Kölns" erschienen.

5 kg abnehmen pro Woche.

Amerikanisches Abnehmprodukt sorgt für absoluten Durchbruch.
www.Trimgel.de

Stars - Video Interviews

Interviews & Reportagen von Stars und Sternchen, kostenlos bei
Hobnox
www.hobnox.com

BMW - Freude am Fahren.

Erleben Sie die Welt von BMW. Sportlich, dynamisch, innovativ.
www.BMW.de

Historische Zeitung

vom Tag der Geburt, verfügbar ab Jahr 1895 - Originalzeitung
www.bres.de



GA 10.03.08



Glückwünsche für Editha Limbach

Zum 75. Geburtstag der ehemaligen Bonner Bundestagsabgeordneten Editha Limbach (zweite von rechts) hatte der Vorsitzende der Bonner CDU, Axel Voss (links), zu einem Empfang in die Waldau eingeladen. Mehr als 200 Gäste gratulierten, darunter der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Eisel (rechts), die Europa-Abgeordnete Ruth Hieronymi

(zweite von links), der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Stahl, Regierungspräsident Hans Peter Lindlar sowie Werner Hundhausen und Joachim Westhoff vom General-Anzeiger. „Ich fühl' mich gut“, meinte Limbach. In diesem Alter erinnerten sich die Leute nur noch an das, was man richtig gemacht hat.

fhg/FOTO: HENRY



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 17/08

11. März 2008

Bonn erhält Zuschlag für Demenzzentrum

Als „Riesenerfolg für Bonn und die Region“ begrüßte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die heute von Forschungsministerin Annette Schavan bekannt gegebene Entscheidung für Bonn als Standort des neuen nationalen Demenzforschungszentrums: „Die Entscheidung unterstreicht die nationale und internationale Bedeutung des Wissenschaftszentrums Bonn. Besonders wichtig war, dass sich die beteiligten Forschungsinstitute in Jülich, Köln und Bonn auf Bonn als Standort verständigt haben. Dafür gilt den Jülichern und Kölnern ein besonderes Dankeschön. Wieder einmal hat sich bewiesen, dass wir die besten Chancen haben, wenn wir in der Region zusammenstehen.“

Das „Deutsche Zentrum für neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) wird als neues Helmholtzzentrum in Bonn angesiedelt. Eingebunden sind das Forschungszentrum Jülich, das Universitätsklinikum Bonn, die Forschungseinrichtung CAESAR und das Max-Planck-Institut für Altersforschung in Köln. „Diese gemeinsame Bewerbung der Rheinschiene hat sich gegen 22 andere Bewerber aus ganz Deutschland durchgesetzt. Dabei war die Gründungskommission besonders angetan vom „wissenschaftlichen Umfeld von Bonn“ und der „exzellenten Basis der klinischen Neurowissenschaften“ in der Rheinschiene“, sagte Eisel, der auch als Mitglied des Stiftungsrates von CAESAR die Bewerbung unterstützt hatte.

In Deutschland gibt es derzeit rund 1 Million Demenz-Erkrankte über 65 Jahre, die Zahl der Neuerkrankungen liegt bei ca. 200.000 im Jahr. Durch die längere Lebenserwartung der Menschen wird sich diese Zahl voraussichtlich deutlich erhöhen.

Haus und Grund
03/2008

Die gute Idee:

Einheitsdenkmal ans Wasserwerk

Ein Denkmal zur Erinnerung an die Vollen-
dung der Deutschen Einheit soll in Bonn er-
richtet werden. Das fordert der Bonner Bun-
destagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU).
„Hier in Bonn sind wesentliche politische
Entscheidungen zur Vollendung der Wieder-
vereinigung gefallen. Daran in Bonn zu erin-
nern, ist angemessen und würde auch über
Bonn hinaus im Bewusstsein halten, dass
der Name unserer Heimatstadt untrennbar
mit dem Einigungsprozess verbunden ist,“
argumentiert der Politiker.

Als möglicher Ort für ein solches Denkmal



„Idee vorantreiben“:
Stephan Eisel

kommt nach Eisels Meinung am ehesten
das Umfeld des alten Plenarsaals im Was-
serwerk in Frage, wo die Abgeordneten des
Bundestag am Abend des 9. November 1989
von der Maueröffnung erfahren haben und
spontan die Nationalhymne anstimmten und
wo am 20. September 1990 der Einigungs-
vertrag beschlossen worden ist.

Ausdruck der Freude

„Es sollte sich um ein Denkmal der Freude
an einem öffentlich zugänglichen Ort han-
deln, etwa wie beim Adenauer-Kopf am Bun-
deskanzlerplatz. Das Rheinufer nahe dem
Wasserwerk wäre dafür prima geeignet. Da-
bei halte ich es auch für möglich, Sponsoren
mit ins Boot zu holen. Es wäre gut, den 20.
Jahrestag der Wiedervereinigung 2009/2010
für die Realisierung ins Auge zu fassen.“ Am
3. Oktober 2011 werden die bundesweiten
Einheitsfeierlichkeiten in Bonn stattfinden.

Auch in Berlin gibt es bisher kein Einheits-
denkmal. Dort ist in der Diskussion, ein
solches bis zum 25. Jahrestag des 3. Okto-
ber 2015 zu errichten. „Es wäre doch nicht
schlecht, wenn wir hier wieder einmal den
Berlinern den Rang ablaufen,“ sagte Eisel.
„Ich habe darüber bereits erste Gespräche
geführt und werde die Idee weiter vorantrei-



Bonns einziges Nachkriegsdenkmal:
Adenauer-Kopf am Kanzlerplatz Foto: wpd

ben.“ In Bonn gibt aus der Nachkriegszeit nur
ein einziges offizielles politisches Denkmal:
den Adenauer-Kopf am Bundeskanzlerplatz,
ein Werk des Münchner Bildhauers Huberts
Pilgrim. In den bronzenen Kopf sind Reliefs
eingearbeitet, die Stationen im Wirken des
ersten Kanzlers der Bundesrepublik symboli-
sieren. **EB**

„Speerspitze der Demenzforschung“ 6A, 12.07.08

WISSENSCHAFT Bonn freut sich über den Zuschlag für das Zentrum

Von Johannes Selzer

BONN. Die Konkurrenz im Rennen das nationale Demenzforschungszentrum war groß. Letztlich war das Umfeld dafür ausschlaggebend, dass der Hauptsitz nun nach Bonn kommt, wie Bundesforschungsministerin Annette Schavan gestern bekanntgab. Bonn setzte sich als Standort unter anderem gegen Berlin, München, Tübingen, Göttingen und Heidelberg durch. Vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung sollen in dem Zentrum weiter stark zunehmende Demenzerkrankungen erforscht werden.

„Wir bündeln unter dem Dach des neuen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen international führende Forschung zu Krankheiten wie Alzheimer oder Parkinson“, sagte die Ministerin, die für die Standortwahl eine Kommission eingesetzt hatte. Diese verweist darauf, dass es in Bonn in besonderer Weise gelinge, interessante Forschungsergebnisse in die klinische Praxis umzusetzen. „Jetzt zeigt sich, dass die Aus-

gleichsgelder für die Region richtig eingesetzt waren, weil gerade das dichte wissenschaftliche Umfeld ein wichtiger Entscheidungsfaktor war“, teilte der Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber (SPD) mit.

Das Zentrum füge sich perfekt in die Bonner Wissenschaftslandschaft ein, meinte die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann. Rund 60 Millionen Euro jährlich sollen in das Zentrum fließen. Es wird unter Einbindung des Bonner Uniklinikums, des Forschungszentrums

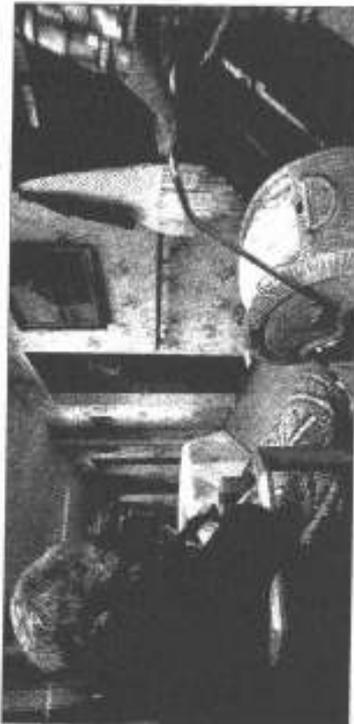
Caesar, des Max-Planck-Instituts für Altersforschung in Köln und des Forschungszentrums „Jülich mit anderen Einrichtungen bundesweit zusammenarbeiten.

„Dies ist ein großer Tag für die Wissenschaftsregion“, sagte der Prorektor der Universität Bonn, Professor Max P. Baur. „Mit dem neuen Forschungszentrum wird Bonn die Speerspitze der deutschen Demenzforschung.“ Fast 400 Wissenschaftler werden in dem neuen Zentrum forschen, das auf dem Venusberg nahe des Neu-

rozentrums entstehen soll. Die voraussichtlich siebenstelligen Baukosten und einen zehntenprozentigen Anteil an den laufenden Kosten will das Land übernehmen. „Ein toller Erfolg für die Region und ein großer Schritt für Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zum Innovationsland Nummer eins“, gratulierte Innovationsminister Andreas Pinkwart (FDP).

Ausgezählt hat sich auch, dass die Medizinischen Fakultäten und Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen an einem Strang zogen. Sie einigten sich mit dem Landeswissenschaftsministerium schließlich darauf, sich nur mit dem Standort Bonn für den Hauptsitz des Demenzforschungszentrums zu bewerben.

„Wieder einmal hat sich erwiesen, dass wir die besten Chancen haben, wenn wir in der Region zusammenstehen“, sagte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU). Bonn stärke mit dem Zentrum seine Bedeutung als Gesundheitsstandort in Deutschland, meinte CDU-Landtagsfraktionschef Helmut Stahl.



Lässt vieles vergessen: Demenz.

FOTO: DPA

Freude über neues Demenzzentrum *Rundschau* 17.08.08

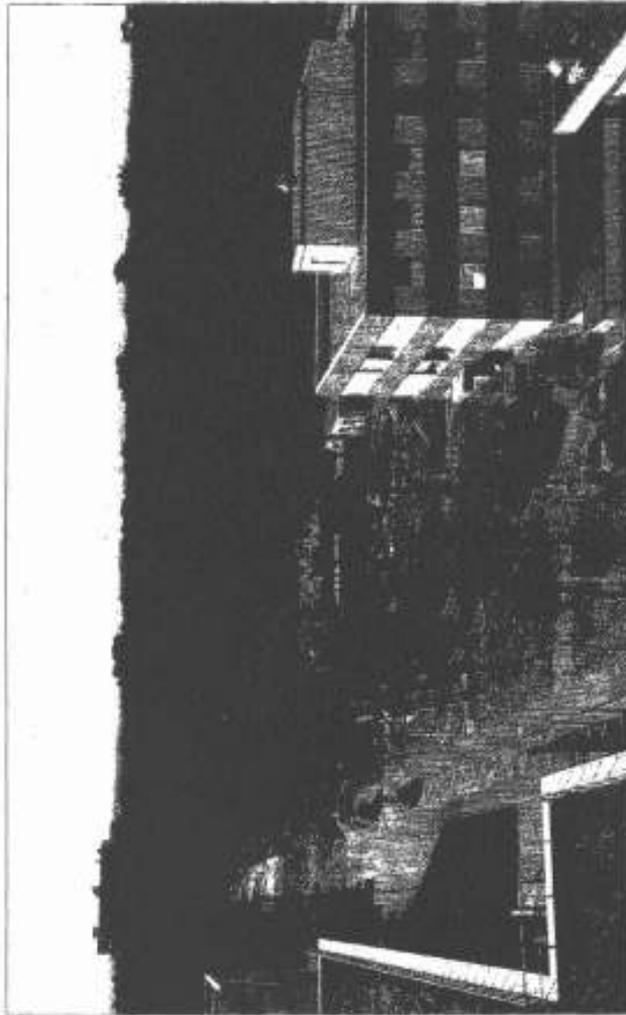
Bis 2010 sollen 400 Arbeitsplätze entstehen – Pinkwart: „Einrichtung auf Weltniveau“

von PHILIPP SCHUMACHER

BONN. Gestern Morgen blies bei Wolfgang Maier schon die Drähte heiß. Hochkarätige Wissenschaftler und Demenzexperten erkundigten sich beim Direktor der psychiatrischen Klinik und Poliklinik der Uni Bonn nach dem neuen Bonner Demenzzentrum. Am Montag hatte Bundesforschungsministerin Annette Schavan bekannt gegeben, dass es seinen Hauptsitz auf dem Gelände der Unikliniken auf dem Venusberg haben wird (Rundschau vom gestern). Und schon jetzt orientiert sich die Expertensession hier, macht die Mauer klar.

50 bis 60 Millionen Euro jährlich will sich der Bund die wissenschaftliche Einrichtung kosten lassen. Das Land Nordrhein-Westfalen möchte sich mit zehn Prozent an den laufenden Kosten beteiligen sowie den Neubau finanzieren, von dem noch nicht klar ist, was er kosten wird. Bei solch einem Investitionsrahmen blickten alle Beteiligten bei der ersten Pressekonferenz nach der Entscheidung für Bonn zuriefen drein. Mit im Boot sitzen die Uni Köln, das Forschungsinstitut Caeser und das Forschungszentrum Jülich, auch das Max-Planck-Institut für Altersforschung wird einbezogen. Sie erarbeiten das gemeinsame Konzept.

„Die Entscheidung zeigt, dass wir über stark gebündeltes Wissen verfügen“, stellte Max P. Baur, Projektor für Forschung an der Uni Bonn, klar. Norvnaart Maier machte noch einmal die Bedeutung eines neuen „Heimholz-Zentrums Bonn - Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen“, so der künftige Name, unter dem Dach der



Auf dem Waldstück zwischen Neurozentrum (hinten, l.) und dem Wohnheim für Kleinrentner (r.) soll das Demenzzentrum gebaut werden.



Freuen sich über das Demenzzentrum: (v.l.) Universitäts-Rektor Matthias Winiger, Projektor Max P. Baur (v.l.), Minister Andreas Pinkwart und Professor Reinhard Büttner. (Fotos: Lothar Horney)

| STIMMEN |
|--|
| Bäbel Diekmann , Bonner Oberbürgermeisterin: „Die- se Entscheidung ist ein gro- ßer Erfolg für die Wissen- schaftsregion Bonn und be- stärkt den internationalen Ruf als Wissenschaftsstand- ort.“ |
| Andreas Pinkwart , Innovati- onsminister in NRW (FDP): „Nun müssen die besten Köpfe ihr Potenzial zusam- menbringen, um zu einer Einrichtung auf Weltniveau zu werden.“ |
| Helmut Stahl , Bonner Land- tagsabgeordneter und CDU- Fraktionschef im Düsseldorf- er Landtag: „Damit stärkt Bonn seine Bedeutung als Gesundheitsstandort. Ich bin glücklich, dass es gekun- nen ist, sich gegen andere starke Bewerber durchzu- setzen.“ |
| Ulrich Kelber , Bonner Bun- desratsabgeordneter (SPD): „Jetzt zeigt sich, dass die Ausgleichsgelder für die Region richtig einge- setzt waren, weil gerade das dichte wissenschaftliche Umfeld ein wichtiger Ent- scheidungsfaktor für den Standort Bonn war.“ |
| Stephan Eisel , Bonner Bun- desratsabgeordneter (CDU): „Wieder einmal hat sich bewiesen, dass wir die besten Chancen haben, wenn wir in der Region zu- sammenschließen. Das ist ein Reisenerfolg.“ |
| Matthias Winiger , Rektor der Universität Bonn: „Wir wer- den durch das neue De- menzzentrum an Bedeu- tung dazugewinnen. Darauf können alle Beteiligten sehr stolz sein.“ (pns) |

Heimholz-Gemeinschaft
klar: Alzheimer und andere
Demenzkrankungen
schlimmeren bis zu 20 Jahre
vorher in den Patienten.
Wir wollen ein Zentrum, das
Grundlagenforschung, Patien-
ten- und Bevölkerungsorien-
tierte Forschung verbindet“,
sagte Reinhard Büttner, Die-
kan der Medizinischen Fakultät
der Uni Bonn.
Auf 6500 Quadratmetern
Grundfläche soll der Bau bis
2010 (Baubeginn steht noch
nicht fest) für 300 Mitarbeiter
auf dem Venusberg in einem
Waldstück nahe dem Norvna-
art

zentrums errichtet werden;
weitere 100 Arbeitsplätze sind
in Selbstbeschäftigungen ge-
plant. Im Großraum Köln, Aa-
chen, Bonn entstehen 300 neue
Stellen. Am Freitag soll es zu
einer ersten Sitzung mit Ver-
tretern des Bundesfor-
schungsinstituts für Kom-
municationswissenschaften, dem
weltweit größten Ausreißer-
zentrum für drei geplante Direktoren-
posten erfolgen, so Baur. Mit
dieser Entscheidung werden
wir eine Einrichtung auf Welt-
niveau bekommen“, freute sich
NRW-Innovationsminister
Andreas Pinkwart (FDP).

GA, 13.03.2008

■ Der Kreisverband der CDU-Frauenunion hat einen neuen Vorstand. Die Mitglieder der Kreisfrauenunion Bonn dankten dem bisherigen Vorstand **Wibke Winter**, bevor sie **Marla-Theresia van Schewick** zur neuen Vorsitzenden wählten. Ihre Stellvertreterinnen sind **Jutta Boley**, **Monika Krämer-Breuer** sowie **Birgitta Kraus**. Damit sind nun alle vier Bonner Stadtbezirke im engeren Vorstand der **Kreisfrauenunion** vertreten. Zu den ersten Gratulanten zählten der Bundestagsabgeordnete **Stefan Eisel** und die Europaabgeordnete **Ruth Hieronymi**.
hbk



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 18/08

17. März 2008

Bundestag setzt Vorschläge von Eisel um

Sehr zufrieden ist der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit den Vorbereitungen des Bundestages zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik. „Bundestagspräsident Norbert Lammert hat sich persönlich sehr für die angemessene Einbeziehung Bonns in die Geburtstagsfeierlichkeiten eingesetzt und dafür die Unterstützung des Bundestagspräsidiums erhalten. Beide Vorschläge, die ich ihm dazu im Herbst gemacht habe, werden umgesetzt.“

Nach einem Gespräch mit dem Bundestagspräsidenten sagte Eisel, die Festveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages der Konstituierung des Parlamentarischen Rates am 6. September 2008 im Museum Koenig sei jetzt „in trockenen Tüchern“. U. a. hätten fast alle früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes für ein Kolloquium über das Grundgesetz zugesagt: „Eine solche Runde hat es noch nicht gegeben.“ Außerdem habe er beim Bundestagspräsidenten einen Vorschlag der Intendantin des Beethovenfestes Ilona Schmiel unterstützt, das gleichzeitig stattfindende Beethovenfest einzubeziehen. Kurt Masur eröffnet an diesem Abend seinen Beethoven-Zyklus: „Das Motto des Beethovenfestes „Macht Musik“ lädt geradezu ein, Grundgesetzjubiläum und Beethovenfest miteinander zu verknüpfen. Bonn kann sich damit den vielen wichtigen Gästen auch als Beethovenstadt präsentieren.“

Wie Eisel mitteilte, hat auch ein Gespräch des Bundestagspräsidenten mit der Vorsitzenden der Vereinigung früherer Bundestagsabgeordneter Bundesministerin a. D. Prof. Ursula Lehr und ihrem designierten Nachfolger Bundesminister a. D. Carl-Dieter Spranger stattgefunden. Dabei wurde auch über die große Konferenz der früheren und jetzigen Bundestagsabgeordneten anlässlich des 60. Jahrestages der Konstituierung des Bundestages gesprochen.: „Auch dieses in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Ereignis wird in Bonn stattfinden und gibt uns eine herausragende Chance zu zeigen, wofür Bonn steht.“ Eisel hatte dem Bundestagspräsidenten im September 2007 vorgeschlagen, zum Geburtstag des Grundgesetzes Veranstaltungen in Bonn durchzuführen. Auch die Bundesregierung will solche Vorschläge aufgreifen.

JUGEND IM PARLAMENT

Vom 31. Mai bis 3. Juni findet die Bundestagveranstaltung „Jugend und Parlament“ in Berlin statt. Die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) können wieder je einen Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren nach Berlin

zu dieser Veranstaltung einladen. Bewerbungen bis 4. April an das Büro Ulrich Kelber MdB, Platz der Republik 1, 10111 Berlin oder an das Büro Stephan Eisel MdB, Markt 10-12, 53111 Bonn. Kosten für Anreise, Unterbringung, Verpflegung übernimmt der Bundestag.

RBO05V/1

Kondschac, 17.03.08

Kölner Stadt Anzeiger,
18. 03. 08

Kölner Stadt-Anzeiger

„Nur ein Teil des Ganzen“

ERSTELLT 18.03.08: 20:34h

Bonn - In der Vergangenheit sind Nutzung und Standort der Flugbereitschaft immer wieder Ziel der Kritik gewesen. Etwa vor sieben Jahren, als die Reiselust des damaligen Verteidigungsministers Rudolf Scharping öffentlich bekannt wurde. Vielflieger Scharping musste seinerzeit dem Parlament vorrechnen, dass er statistisch gerechnet jeden dritten Tag einen Flieger der Flugbereitschaft bestieg. Ausgiebig war darüber diskutiert, wie viele dieser Flüge Scharpings, aber auch anderer Regierungsmitglieder und Politiker denn nun tatsächlich in rein dienstlichem oder öffentlichem Interesse vollzogen wurden.

Politiker im Haushaltsausschuss des Bundestages bemängelten, dass die Flugzeuge der Bereitschaft allzu oft leer zwischen Köln und Berlin hin und her fliegen. Folglich solle die Bereitschaft in die Hauptstadt umziehen. Eine derartige Debatte allerdings sei, wie es der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel sagt „virtueller Natur“.

Eisel, der als stellvertretender Leiter des Kanzlerbüros unter Helmut Kohl selbst fünf Jahre lang für Koordination der Flugbereitschaft verantwortlich war, weist darauf hin, dass den Berliner Flughäfen die nötige Infrastruktur fehle und dass es im Verteidigungsministerium keinerlei konkrete Planungen zur Verlagerung der Flugbereitschaft gebe.

Zudem argumentiert der CDU-Politiker, dass die Beförderung von Regierungsvertretern und Politikern lediglich ein kleiner Teil der Aufgaben der Flugbereitschaft sei. Diese werde vor allem zum weltweiten Materialtransport für die Dienststellen und Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr im Ausland eingesetzt, wie Eisel sagt. (ta)

<http://www.ksta.de/iks/artikel.isp?id=1203599440449>

Bonner Rundschau

Protest der Pfarrer 18.03.08

Evangelische Seelsorger gegen Umzug des Entwicklungsdienstes

BONN/RHEIN-SIEG-KREIS. Die Pfarrkonvente der beiden evangelischen Kirchenkreise Bonn und Bad Godesberg-Voreifel haben beim Präses der Rheinischen Landeskirche, Nikolaus Schneider, gegen den geplanten Umzug des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) von Bonn nach Berlin protestiert.

Die Nachricht sei mit „großer Überraschung, ja auch Bestürzung“ aufgenommen worden, schreiben Pfarrer Jörg Zimmermann (Röttgen) und Pfarrerin Angelika Zädow (Meckenheim) an Schneider. Es sei doch verwunderlich,

dass der EED, der erst vor wenigen Jahren aus Gründen des Standorts nach Bonn geholt worden sei, nun bald schon wieder umziehen solle, zumal der EED immer noch Pacht für bisher nicht verkaufte Gebäude in Plittersdorf zahle. „Wir sehen die Tendenz, immer mehr gesamt-kirchliche Einrichtungen in Berlin zu zentralisieren, sehr kritisch“, betone Zimmermann und Zädow. Hintergrund des geplanten Umzugs in die Hauptstadt ist die bereits 1999 beschlossene Fusion der drei Institutionen „Brot für die Welt“, Diakonisches Werk und EED. (dbr)

Verfassungs-Kolloquium

Veranstaltungen zur 60-Jahr-Feier der Bundesrepublik auch in Bonn

BONN. Aus Anlass des 60. Jahrestages der Konstituierung des Parlamentarischen Rates findet am 6. September eine Festveranstaltung im Museum Koenig statt, in dem 1948 der Parlamentarische Rat tagte. Das teilte gestern der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit.

Fast alle früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes hätten für ein Kolloquium über das Grundgesetz zugesagt. Eisel: „Eine solche Runde hat es noch nicht gegeben.“ Außerdem habe er beim Bundestagspräsidenten einen Vorschlag der Intendantin des

Beethovenfestes, Iona Schmiel, unterstützt, das gleichzeitig stattfindende Beethovenfest in die Feier einzubeziehen. Kurt Masur eröffnet an diesem Abend seinen Beethoven-Zyklus: „Das Motto des Beethovenfestes ‚Macht Musik‘ lädt geradezu ein, Grundgesetzjubiläum und Beethovenfest miteinander zu verknüpfen. Bonn kann sich damit auch als Beethovenstadt präsentieren.“

Auch die Vereinigung früherer Bundestagsabgeordneter will sich anlässlich der ersten Sitzung des Bundestages in Bonn treffen. (dbr)

Bonner Rundschau 18.03.08



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 19/08

19. März 2008

Eisel, Kelber und Westerwelle gemeinsam gegen EED-Umzug

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, Ulrich Kelber und Guido Westerwelle haben sich in einem gemeinsamen Brief an die Mitglieder des Aufsichtsrates des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) gegen den Umzug der Institution nach Berlin gewandt. Das gemeinsame Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Mit großem Unverständnis haben wir aus der Presse von der Absicht erfahren, dass der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) von Bonn nach Berlin verlegt werden soll. Auch wenn diese Entscheidung im engen Zusammenhang mit der Fusion von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe und deren Umzug von Stuttgart nach Berlin steht, lassen sich sachliche Gründe für die Verlagerung der EED aus dem Nord-Süd-Zentrum Bonn nach Berlin nicht erkennen.

In Bonn sind die meisten Organisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit konzentriert, und zwar sowohl im Nicht-Regierungsbereich als auch alle staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen. Außerdem hat Bonn als UN-Stadt und mit dem ersten Sitz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit ein besonderes politisches Gewicht in diesem Themenbereich. Mit dem Umzug nach Berlin würde sich der Evangelische Entwicklungsdienst vom nationalen entwicklungspolitischen Kompetenzzentrum Bonn de facto isolieren und abkoppeln. Deshalb wäre eine solche Entscheidung unverständlich.

Außerdem hat Bonn den Vorteil der Standortnähe zu den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen.

Aus all dem ergibt sich, dass fachliche Argumente für einen Umzug nach Berlin nicht zu erkennen sind.

Wir bitten Sie deshalb eindringlich von einer Verlagerung des EED nach Berlin abzusehen.“

Bundschau 100. März 08

Gemeinsamer Protest

Bundestagsabgeordnete gegen Umzug des Evangelischen Entwicklungsdienstes

BONN. Die drei Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD), Stephan Eisel (CDU) und Guido Westerwelle (FDP) haben in einem gemeinsamen Brief an den Aufsichtsrat des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) gegen den geplanten Umzug der Einrichtung von Bonn nach Berlin protestiert.

Sachliche Gründe für eine Verlagerung seien nicht zu erkennen, heißt es in dem Schreiben. In Bonn seien die meisten Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit konzentriert. Mit dem Umzug nach Berlin isoliere sich der EED vom nationalen entwicklungspolitischen Kompetenzzentrum. (dbr)

Hinter den Kulissen des Bundestags

BONN. Die Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber und Stephan Eisel suchen für die Bundestagsveranstaltung „Jugend und Parlament“ noch je einen Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren, der sie nach Berlin begleitet. Vom 31. Mai bis zum 3. Juni erhalten die Jugendlichen einen Einblick in die Arbeit der Abgeordneten. Parlamentarische Praxis erlangen die Teilnehmer selbst in Arbeitskreisen und einer Plenardebatte. Die Kosten für Reise, Unterbringung und Verpflegung übernimmt der Deutsche Bundestag.

Wer Interesse hat, kann sich bei den Bundestagsabgeordneten bewerben, die dann die beste oder originellste Bewerbung auswählen. Die Bewerbungsschreiben sollten bis 4. April (Kelber), bzw. 5. April (Eisel) an die Büros der Abgeordneten gesandt werden.

Ulrich Kelber, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin oder per Mail ulrich.kelber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Stephan Eisel, Markt 10-12, 53111 Bonn oder via Mail stephan.eisel@bundestag.de

GA, 20.11.08



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 20/08

20. März 2008

Eisel unterstützt Aktionen für Tibet in Bonn

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel unterstützt Bonner Demonstrationen gegen das Vorgehen der chinesischen Regierung in Tibet. Anlass dafür war eine Mahnwache zur Beendigung der Gewalt in Tibet auf dem Bonner Marktplatz: „Die militärischen Aktionen des chinesischen Regimes gegen die Bevölkerung in Tibet müssen auf unseren Protest stoßen, denn der klare Einsatz für Menschenrechte gehört zu den besten Traditionen der Bonner Republik.“

Veranstalter der Mahnwache für Tibet auf dem Bonner Marktplatz, an der gestern etwa 100 Menschen teilnahmen, waren der gemeinnützige Verein Focus Tibet und die Tibet Initiative Deutschland. Eisel hatte zeitweise teilgenommen und sagte: „Ich unterstütze ausdrücklich die Forderungen der Tibet-Initiativen an China:

- den Völkermord in Tibet umgehend zu stoppen
- endlich in ernsthafte Verhandlungen mit dem Dalai Lama und der tibetischen Regierung im Exil zu treten und über den zukünftigen Status Tibets zu verhandeln
- alle Tibeter, die jetzt verhaftet worden sind, unverzüglich wieder frei zu lassen
- der vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Benachteiligung der Tibeter sofort ein Ende zu setzen.“

Nach Eisels Meinung lässt die Ausweisung aller Ausländer aus Tibet das Schlimmste befürchten: „Ich bin an sich gegen einen Boykott der Olympischen Spiele, aber wenn die kommunistischen Machthaber einen Krieg gegen die Tibeter und andere Minderheiten beginnen, zwingen sie die Weltgemeinschaft zu drastischen Maßnahmen. Auf jeden Fall dürfen die Olympischen Spiele nicht zu einem Jubelfestival für Diktatoren verkommen. Das Scheinwerferlicht der Weltmedien muss auch zur Durchsetzung der Menschenrechte genutzt werden.“

Promi-Flieger in der Heide

VERTEIDIGUNG Die Maschinen der Bundeswehr-Flugbereitschaft starten und landen auch Jahre nach dem Umzug von und in Wahn

Von unserem Korrespondenten
Ekkehard Kohrs

BONN. Von einem Leasingmodell war schon die Rede, von Privatisierung und einem Umzug von Köln/Bonn nach Berlin-Schönefeld auch. Aber immer noch startet die Flugbereitschaft der Bundeswehr aus der Wahn Heide in die weite Welt. Zuletzt forderte der schleswig-holsteinische CDU-Wirtschaftsminister Dietrich Austermann eine Privatisierung der Luftwaffenflotte. Schon ein Leasingmodell hat sich als problematisch erwiesen, weil viele Politiker-Flüge kurzfristig erfolgen und oft ebenso kurzfristig abgesagt werden. Zudem ist die Flugbereitschaft seit 1957 ein militärischer Verband der Luftwaffe. Mit ihren sieben Airbus A 310, sechs Mittelstreckenjets vom Typ Challenger 601 und drei Cougar AS 532-Hubschraubern stellt sie einen wesentlichen Teil der Flugkapazität der Bundeswehr dar.

Die mehr als 20 Jahre alten Challenger und die Hubschrauber werden im „politisch-parlamentarischen Bereich“ eingesetzt. Sie fliegen Promis. Zur Nutzung sind Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundesratspräsident, Bundeskanzler, Bundesminister und der Präsident des Bundesver-

fassungsgerichts berechtigt. Fünf Airbusse stehen zur Verlagerung von Truppen oder zur Versorgung von Verletzten bereit.

Seit dem Umzug an die Spree wurde immer wieder Kritik laut, weil die Promi-Jets nicht selten zwischen Köln/Bonn und Berlin-Tegel leer hin und her düsen. Ein Schwachpunkt des in Tegel angegliederten Regierungsflughafens ist die mangelnde bis völlig feh-

Pannen, Pech und Probleme hat es mit den alten Maschinen zuhauf gegeben

lende Wartungsmöglichkeit mangelnden Hallen. So sprach der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel auch von einer Diskussion „virtueller Natur“, weil es keine Infrastruktur in Berlin gebe.

Das könnte sich aber ab 2011 ändern. Dann soll der alte DDR-Airport in Berlin-Schönefeld fertiggestellt sein. So denkt man also im Verteidigungsministerium darüber nach, die Challenger-Flotte dann nach Schönefeld zu verlegen. Eisel weist darauf hin, dass die Beförderung von Regierungsvertretern und anderen Politikern lediglich ein kleiner Teil der Aufgaben der Flugbereitschaft sei.

Diese werde vor allem für die Dienststellen und Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr im Ausland eingesetzt. Eisel weiter: „Außerdem fliegt die Flugbereitschaft Einsätze der Bundeswehr im Rahmen nationaler und internationaler Maßnahmen zur Sicherheitsvorsorge und Krisenreaktion, zur Unterstützung humanitärer Hilfsaktionen und beim Lufttransport von Kranken und Verwundeten.“ Ob die Challenger je in Schönefeld landen, ist zudem offen. Im Dezember billigte nämlich der Haushaltsausschuss des Bundestages die Anschaffung von sechs neuen Mittelstreckenjets vom Typ „Global Express“ des kanadi-

sehen Herstellers Bombardier für 45 Millionen Dollar pro Stück. Das ist ein Geschäftsreiseflugzeug mit 11 000 Kilometer Reichweite.

Zwar ist auch in den Challenger-Maschinen noch kein Mensch zu Schaden gekommen, aber Pannen, Pech und Probleme hat es in den letzten Jahren zuhauf gegeben. Eine Pannenstatistik führt die Bundeswehr zwar nicht, aber die zahlreichen Zwischenfälle wurden auch so bekannt. So musste Außenminister Joschka Fischer einmal beißenden Rauch in der zweimotorigen Maschine riechen und statt in Thessaloniki wieder in Tegel landen.

FEUILLETON

Festspielhaus in der Diskussion

Einen Konzertsaal mit Weltmaßstab erwartet der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel vom neuen Festspielhaus. Im GA-Interview spricht er über Fragen der Finanzierung und der Qualität. *Seite 16*

Eine Sache der Leidenschaft

GA-INTERVIEW Das Beethoven Festspielhaus: Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel über politisches und privates Engagement, über Fragen der Finanzierung und der Qualität

Die Diskussion über das Beethoven Festspielhaus in Bonn hält an. Umbau der alten Beethovenhalle, kompletter Neubau, Finanzierung der Betriebskosten - vieles ist noch nicht geklärt. Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel ist für seine Fraktion der Berichterstatter für Bonner Kulturthemen im Kulturausschuss des Bundestages. Mit Eisel sprachen Ulrich Bumann und Bernd Leyendecker.

GA: Das Festspielhaus Beethoven wird auf dem Areal der Beethovenhalle stehen. Zumindest darüber sind sich alle Beteiligten einig. Diskutiert wird jetzt, ob die alte Halle umgebaut wird oder ob es einen komplett neuen Bau in Vorzeig-Architektur gibt. Was bevorzugen Sie?

EISEL: Es geht um eine angemessene Heimat für Ludwig van Beethoven, und das kann nur ein Konzertsaal mit Weltmaßstab sein. Das gilt für Akustik, Ausstattung, Umfeld und für die Architektur. Ob dieses Ziel durch Umbau oder Neubau erreicht wird, sollte man den Experten überlassen. Vorabstieglungen wären falsch.

GA: Wie sieht der Zeitplan für den Bau des Festspielhauses aus?

EISEL: Zur Zeit wird die Baubstanz der Beethovenhalle unter die Lupe genommen. Bevor es dann mit dem Bau konkret werden kann, muss die Stiftung gegründet werden, aus deren Kapitalerträgen später die Betriebskosten bestritten werden. Je schneller die Stiftung steht, umso eher trägt das Kapital Zinsen - schon bevor die ersten Betriebskosten anfallen. Vor 200 Jahren, im November 1808, wurde die „Schicksalsinfonie“ von Beethoven uraufgeführt. Das Jubiläum ist ein guter Ansporn, das „Schicksal“ des Projektes jetzt entschlossen in die Hand zu nehmen

GA: Man hat den Eindruck, dass in Teilen der Bevölkerung, aber auch in Teilen der Kommunalpolitik die richtige Begeisterung für dieses Unternehmen fehlt.

EISEL: Das liegt daran, dass die

Informationen über dieses Projekt nicht offen und offenstiv genug in die Öffentlichkeit getragen werden. Ich wünsche mir auch mehr politische Führung der Oberbürgermeisterin.

GA: Was wurde bisher veräußert?

EISEL: Es muss deutlicher werden, dass Bonn durch die Dax-Unternehmen und den Bund eine Riesenchance erhält, die wir aus eigener Kraft nie realisieren könnten. Warum rufen wir nicht einen „Runden Beethoven-Tisch“ ins Leben, der die vielfältige Kompetenz, die es in unserer Stadt gibt, einbindet und für den Erfolg des Projektes nutzt? Mit verschränkten Armen setzt man nichts in Bewegung. Wir sollten uns vom Feuer

General-Anzeiger,
22.12.23.03.08

der Musik Beethovens anstecken lassen.

■ **GA:** Aber zumindest in Karin Hempel-Soos, der Sprecherin des Kulturrats, hat man doch eine leidenschaftliche Vorkämpferin für das Festspielhaus, die auch in der Öffentlichkeit alles für dieses Projekt tut.

EISEL: Karin Hempel-Soos hat diese Leidenschaft, ohne die das Projekt überhaupt nicht in Gang gekommen wäre. Jetzt ist das eine Sache, die wir uns alle zu eigen machen müssen. Stadtspitze, Kulturpolitiker, Abgeordnete, aber natürlich auch die Bürger. Ich setze auf die gleiche Begeisterung, mit der die Bürger das von der Stadt vor ein paar Jahren abgeschaffte Beethovenfest wieder ins Leben gerufen haben.

■ **GA:** Die Begeisterung wird vielleicht dadurch gedämpft, dass manche befürchten, auf die Stadt, die sich ja an der Betreibergesellschaft des Festspielhauses beteiligt, kämen neue Kosten zu.

EISEL: Wir sprechen hier nicht über ein städtisches Projekt, sondern über einen klassischen Fall von Public Private Partnership: Privates Geld der Unternehmen kommt mit staatlichen Geldern zusammen. Ohne Stadt und Land sind jetzt 48 Millionen Euro an Stiftungskapital zugesagt, davon 39 Millionen vom Bund. Das reicht noch nicht aus. Auch die Stadt wird etwas zum Stiftungskapital dazutun müssen. Das geht, ohne

den städtischen Haushalt zusätzlich zu belasten, weil die Stadt bei Realisierung des Projektes auch Geld einspart.

■ **GA:** Das hört man gern. Aber wie?

EISEL: Die Stadt gibt im Moment jährlich ca. eine Million Euro für den Unterhalt der Beethovenhalle aus. Wenn dort ein Konzertsaal steht, den die Stiftung trägt, entfallen diese Zahlungen. Außerdem: In den nächsten Jahren müsste man rund 20 bis 22 Millionen Euro für die unumgängliche Sanierung der alten Halle ausgeben. Auch dieses Geld wird gespart, wenn das Festspielhaus realisiert wird. Ein größerer Teil des gesparten Geldes sollte in die Stiftung fließen, anderes könnte man für die Haushaltssanierung oder für den Kulturetat nutzen.

■ **GA:** Können Sie sich vorstellen, dass man private Gelder für die Stiftung akquiriert?

EISEL: Wenn für die Dresdner Frauenkirche 120 Millionen Euro privates Geld gesammelt wurden, dann wird man auch für Beethoven einiges Geld zusammenbringen, bei uns in Bonn, in Deutschland und weltweit. Es gibt viele Möglichkeiten, von der Sonderbriefmarke bis zur Sponsorenplakette.

■ **GA:** Und wie sieht es mit der Bonner Wirtschaft aus, jenseits der drei Dax-Unternehmen, die die Halle bauen?

EISEL: Wir haben einen sehr soliden Mittelstand sowie viele nationale Verbände, die ihren Sitz in Bonn haben. Ich habe zahlreiche Gespräche geführt und bin überall auf positive Resonanz gestoßen. Viele sind bereit, etwas zu tun, wenn denn endlich der Startschuss gegeben wird.

■ **GA:** Wenn alles geregelt ist und die Halle steht: Woher bekommt dieses Haus sein Publikum? Köln, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Dortmund – die Konkurrenz an Konzerthäusern ist groß.

EISEL: Man fährt dorthin, wo Qualität geboten wird. Wir haben als Beethovenstadt die Chance und die Verpflichtung, hier an der Spitze zu stehen. Warum soll Bonn mit Beethoven nicht das schaffen, was Salzburg mit Mozart oder Bayreuth mit Wagner gelungen ist.

ZUR PERSON

Stephan Eisel, 1955 in Landau/Pfalz geboren, studierte Politische Wissenschaften, neuere Geschichte und Musikwissenschaft in Marburg und Bonn. Nach der Promotion (1985 in Bonn) war er unter anderem Redenschreiber im Bundeskanzleramt und stellvertretender Büroleiter von Helmut Kohl. Seit 1992 arbeitete er in der Konrad-Adenauer-Stiftung, zuletzt als Leiter der Hauptabteilung Politische Bildung. Seit September 2007 ist Eisel Mitglied des Deutschen Bundestages.



Stephan Eisel:
„Wir sollten uns vom Feuer der Musik Beethovens anstecken lassen.“

FOTO: FROMMANN



Musik und Politik im Hospiz

Norbert Blüm hatte schon immer eine kabarettistische Ader, sein Parteifreund Stephan Eisel eher eine musikalische. Im Hospiz am Waldkrankenhaus griff Eisel, Bonner CDU-Bundestagsabgeordneter, jetzt in die Tasten und erfreute das Publikum mit einem Klavierkonzert der besonderen Art. Darin schlug er einen Bogen vom Barock bis zur Rockgruppe „Queen“, von Bach zu Freddie Mercury. Und bewies außerdem, dass der Rheinländer Beethoven eigentlich immer Karnevalslieder im Kopf hatte. Stark autobiografische Züge schließlich trug Eisels selbstgeschriebene, viersitzige Sinfonie. Im „Nachrücker-Blues“ erzählte Eisel augenzwinkernd von seiner Karriere als „Nachrücker“ in den Bundestag, und auch der „Bundestags-Stomp“ warf mit zündenden Rhythmen einen ironischen Blick auf den Politikbetrieb.

FOTO: VÖLKER LANNERT

GA 25-3-08

„Alles wird immer nur schlimmer“

DEMONSTRATION Initiativen fordern ein Ende der Gewalt in Tibet. Stephan Eisel: Die Olympischen Spiele dürfen nicht zu einem Jubelfestival für Diktatoren verkommen

Von **Christina Fuhg**

BONN. Der Marktplatz in Bonn. Im Nieselregen wehen tibetische Flaggen, auf Transparenten fordern Demonstranten Frieden für Tibet. Die Unruhen in dem fernen Land lassen auch die Menschen am Rhein nicht kalt. Rund 100 Tibeter und Bonner erinnern bei einer Mahnwache an die Opfer, stelen Lichter für sie auf.

„Wir fordern ein Ende des Blutvergießens durch die Chinesen“, sagt Tina Lauer von Focus Tibet, die zusammen mit der Tibet Initiative Deutschland und dem Verein der Tibeter in Deutschland zur Mahnwache aufgerufen hat. In Tibet finde ein Völkermord ohne gleichen statt. „Alles wird immer nur schlimmer“, so Lauer. Die Tibeter hätten in ihrem eigenen Land keine Rechte und dürften selbst ihre Religion nicht frei praktizieren. Die aufgetragenen Menschen in Tibets Hauptstadt Lhasa würden sich nur wehren.



Betroffen von den Unruhen in Tibet zeigen sich Demonstranten während einer Mahnwache auf dem Marktplatz. Von den demokratischen Staaten fordern sie mehr Einsatz für die Menschenrechte. FOTO: VOLKER LANNERT

Die Demonstranten fordern zudem, dass sich die demokratischen Staaten endlich für Tibet einsetzen. Sie befürchten, dass eine Forderung, die auch die Unterstützung Stephan Eisels findet, „Der klare Einsatz für Menschenrechte gehört zu den besten Traditionen der Bonner Republik“, so

der CDU-Bundstagsabgeordnete. Ausdrücklich unterstütze er daher die Forderungen der Tibet-Initiativen an China.

Zu denen gehören Verhandlungen mit dem Dalai Lama und der tibetischen Exilregierung über den zukünftigen Status Tibets, die Freilassung inhaftierter Tibeter sowie ein Ende wirtschaftlicher und kultureller Benachteiligungen durch die Chinesen.

Ursprünglich sei man gegen einen Boykott der Olympischen Spiele gewesen, die in diesem Sommer in China ausgetragen werden. „Aber wenn das so weitergeht, werden wir umdenken müssen“, sagt Lauer. Auch darin hat die Menschenrechtlerin die volle Unterstützung Eisels: „Die Olympischen Spiele dürfen nicht zu einem Jubelfestival für Diktatoren verkommen.“ Man müsse das Scheinwerflicht der Weltmedien auch zur Durchsetzung der Menschenrechte nutzen, so der Politiker.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 21/08

25. März 2008

ARD-Hauptversammlung erstmals in Bonn

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, findet vom 13.-16. April erstmals eine Hauptversammlung der ARD in Bonn statt: „Es ist eine tolle Sache, dass es dem Intendanten der Deutschen Welle, Erik Bettermann, gelungen ist, diese wichtige Konferenz erstmals nach Bonn zu holen. Damit können wir einen bisher ungenutzten Standortvorteil Bonns ins Spiel bringen, denn die Deutsche Welle ist wie die neun Landesrundfunkanstalten vollwertiges Mitglied der ARD.“

Die „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD)“ wurde 1950 als Verbund öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland gegründet, seit 1962 ist auch die Deutsche Welle Mitglied. Seit dem Umzug der Deutschen Welle von Köln vor fünf Jahren ist Bonn damit - wie z. B. München über den Bayrischen Rundfunk oder Köln über den WDR - Sitz einer ARD-Mitgliedsanstalt. Die Hauptversammlungen sind das höchste Organ der ARD. An ihnen nehmen neben den Intendanten auch die Vorsitzenden der Aufsichtsgremien, also die Rundfunk- und Verwaltungsratsvorsitzenden der einzelnen ARD-Anstalten und der Vorsitzende des Programmbeirats für das Erste Deutsche Fernsehen, teil.

Da die ARD-Anstalten nacheinander Gastgeber der ARD-Hauptversammlungen sind, sieht Eisel hier auch eine nachhaltige Chance für Bonn: „Was im April erstmals in Bonn stattfindet, sollte eine regelmäßige Einrichtung in Bonn werden. Das gilt umso mehr als die ARD ja nicht nur über die Deutsche Welle dem Standort Bonn verbunden ist, sondern gemeinsam mit dem ZDF ja auch durch PHOENIX.“

Haus und Grund
04/2008

Gespräch mit dem H & G-Vorstand

Eisel: „Bundesstadt“ nicht aufgeben!

Wer die Bedeutung des Bundes für Bonn klein rede, „spielt mit dem Feuer“. Davon ist der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel überzeugt. Er warnt deshalb energisch vor ironisierendem Naserümpfen über den Begriff „Bundesstadt“.

Bei einem politischen Gedankenaustausch mit dem Vorstand von Haus & Grund Bonn/Rhein-Sieg erklärte der CDU-Politiker: „Nach Berlin ist Bonn das zweite große Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland. Dies müssen wir selbstbewusst nach innen und außen vertreten.“ Von daher sei es auch „grundverkehrt“, sich von

dem im Berlin-Bonn-Gesetz verankerten Begriff „Bundesstadt“ zu distanzieren, ihn ins Lächerliche zu ziehen oder gar von ihm zu trennen, „wie es auch schon einige politisch Verantwortliche in Bonn tun“. Eisel, der sich auch als „Botschafter Bonns“ in Berlin sieht, ist sich sicher: Das Berlin-Bonn-Gesetz hat in dieser und auch in der nächsten Legislaturperiode Bestand. „Aber wir müssen höllisch aufpassen, dass die Substanz nicht schleichend ausgehöhlt wird, in dem etwa hier mal ein Referat und da mal ein Referat eines Ministeriums umzieht.“ In diesem Bemühen habe er mit seinem SPD-Kollegen Ulrich Kelber einen guten Partner. **wpd**



„Bundesstadt“ Bonn – im Gesetz verankert
Foto: wpd

„Sachliche Gründe nicht zu erkennen“

ERSTELLT 27.03.08. 18:47h

Bonn - „Mit großem Unverständnis“ haben die drei Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU), Ulrich Kelber (SPD) und Guido Westerwelle (FDP) die Nachricht von dem geplanten Umzug des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) mit seinen mehr als 200 Mitarbeitern von Bonn nach Berlin aufgenommen. In einem Brief an den EED-Aufsichtsrat erklären sie: „Sachliche Gründe für die Verlagerung des EED aus dem Nord-Süd-Zentrum Bonn nach Berlin lassen sich nicht erkennen.“ Denn mit dem Umzug würde sich der EED vom nationalen entwicklungspolitischen Kompetenzzentrum Bonn de facto isolieren und abkoppeln. Zudem habe Bonn den Vorteil der Standortnähe zu den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle spielten.

Die Abgeordneten appellieren an den Aufsichtsrat, von dem geplanten Umzug abzusehen. Das tun auch die Pfarrer Jörg Zimmermann und Angelika Zärow als Vertreter der Kirchenkreise Bonn und Bad Godesberg-Voreifel und argumentieren ähnlich wie die Politiker. In einem Brief an den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, sehen sie „die Tendenz, immer mehr gesamtkirchliche Einrichtungen in Berlin zu zentralisieren, recht kritisch“. Die Theologen erinnern ferner an Reaktionen von „ganz normalen“ Gemeindegliedern, die der Kirche Planungs- und Konzeptlosigkeit vorwerfen. „Verbunden damit sind oft bissige Bemerkungen über die finanzielle Seite eines solchen Umzugs nach dem Motto: für so was ist kirchliches Geld da, und in den Gemeinden baut ihr ab oder wollt über die Kirchensteuer hinaus Spendengelder von uns, um eure Gemeindefarbeit aufrecht zu erhalten“, so das Schreiben. (ly)

<http://www.ksta.de/ks/artikel.jsp?id=1203599472888>

DIETMAR SCHLESSEN

Wi Godesberger 28-3-08

Politiker engagieren sich für hospizliches Denken

Dr. Stephan Eisel, MdB und Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung musizierte im Hospiz

Vor einem großen Kreis musikbegeisterter Zuhörer schlug Dr. Eisel einen großen musikalischen Bogen von Bach bis Eddle Mercury. Er bewies pianistisch, dass Beethoven als Rheinländer im Grunde immer Karnevalslieder im Kopf hatte. Die engen Zusammenhänge zwischen Musik und Politik fasste er in einer eigenkomponierten, vier-sätzigen „Symphonie“ zusammen, die im Nachrückerblues und dem Bundestags-Stomp stark autobiografische Züge trug. Die Kombination von fundiert-witziger Moderation und temperamentvollem, freudigen Spiel begeisterte die Zuhörer. Bei Sekt und Saft und guten Gesprächen klang dieser Palmsonntagnachmittag froh aus. Dr. Stephan Eisel ist Mitglied des Deutschen Bundestages und dort des Europa- und Kulturausschusses. Zuvor war er Redenschreiber und stellvertretender Leiter des Kanzlerbüros bei Helmut Kohl, Leiter der politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung und Bonner CDU-Vorsitzender. Stephan Eisel studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Musikwissenschaft; er ist Autor des Buchs „Musik und Politik“. Er musiziert gerne solistisch und in verschiedenen Formationen. Der Hospizverein Bonn e.V. bildet seit Jahren ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus, die schwerkranken und sterbenden Menschen und ihren Angehörigen Beistand leisten können; auch in der Phase des Trauerns wird Hilfe angeboten. Dies ist das Ambulante Hospiz. Rufnummer: 2076876.



Dr. Eisel mit seiner Frau im Kreise einiger begeisterter Musikfreunde

Kontonummer bei der Sparkasse Köln/Bonn: 2253508 (BLZ 37050198). Darüberhinaus ist der Hospizverein Bonn e.V. Partner des Stationären Hospizes am Waldkrankenhaus, das seit 2005 arbeitet. Eine wichtige Aufgabe des Vereins besteht darin, gemeinsam mit dem Träger das Hospiz funktional und wohnlich auszustatten. Die Hospizgäste sollen sich wie zu Hause fühlen. Bis zuletzt auch teilzuhaben am Leben, Gemeinschaft erfahren, Musik, Kunst und Literatur genießen entspricht der hospizlichen Leitidee: **Leben bis zuletzt - in Würde sterben.**



Tag der Solidarität mit Tibet

ERSTELLT 28.03.08, 18:34h, AKTUALISIERT 28.03.08, 23:46h

Bonn / Region - Die Unruhen in Tibet und ein möglicherweise daraus resultierender Boykott der Olympischen Spiele sind in aller Munde. Als weltweites Protestzeichen gegen Gewalt in dem asiatischen Land findet am kommenden Montag der internationale Solidaritätstag für Tibet statt. So auch in Bonn.

Gleich drei Organisationen, die Regionalgruppe Bonn der Tibetinitiative Deutschland, der Verein der Tibeter in Deutschland sowie Focus Tibet, laden für 19.30 Uhr auf dem Münsterplatz zu einer Mahnwache ein. Sprechen werden auf der Veranstaltung die Vorsitzende des Vereins der Tibeter in Deutschland, Lhanzom Everding, Heinz Beckenbach von der Tibetinitiative Bonn sowie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU). Rund 20 Menschen aus Tibet leben in Bonn und der Region, schätzt Beckenbach. Seine Regionalgruppe der Tibetinitiative Deutschland mit Hauptsitz in Berlin besteht aus etwa 20 Leuten, von denen zehn aktiv arbeiten. Das bedeutet unter anderem Informationen über Tibet zu sammeln und zur Verfügung zu stellen, so zum Beispiel im Rahmen von Vorträgen oder zu besonderen Anlässen, wie dem Jahrestag des Volksaufstandes in Tibet am 10. März sowie dem Tag der Menschenrechte am 10. Dezember.

Wie bei der Tibetinitiative sind auch bei Focus Tibet Deutsche und Tibeter gemeinsam aktiv. Der Verein der Tibeter in Deutschland mit Sitz in Bonn kümmert sich, so Beckenbach, um Tibeter, die nach Deutschland kommen und bietet den Menschen unter anderem Hilfe in Alltagsdingen oder bei Asylanträgen an. (meu)

<http://www.ksta.de/iks/artikel.isp?id=1203599478427>

PHOTODISK SCHLÜSSEL

GA 29.130.03.08

Mahnwache auf dem Münsterplatz

TIBET Veranstaltung anlässlich des Solidaritätstages für das asiatische Land

Von **Christoph Meurer**

BONN. Die Unruhen in Tibet und ein möglicherweise daraus resultierender Boykott der Olympischen Spiele sind in aller Munde. Als weltweites Protestzeichen gegen Gewalt in dem asiatischen Land findet am kommenden Montag der internationale Solidaritätstag für Tibet statt.

So auch in Bonn. Gleich drei Organisationen, die Regionalgruppe Bonn der Tibetinitiative Deutschland, der Verein der Tibeter in Deutschland sowie Focus Tibet laden für 19.30 Uhr auf dem Münsterplatz zu einer Mahnwache ein. Sprechen werden auf der Veranstaltung die Vorsitzende des Vereins der Tibeter in Deutschland, Lhanzom Everding, Heinz Beckenbach von der Tibetinitiative Bonn sowie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU).

Rund 20 Menschen aus Tibet leben in Bonn und der Region, schätzt Beckenbach. Seine Regionalgruppe der Tibetinitiative Deutschland mit Hauptsitz in Berlin besteht aus etwa 20 Leuten, von denen zehn aktiv arbeiten.

Das bedeutet unter anderem Informationen über Tibet zu sammeln und zur Verfügung zu stellen, so zum Beispiel im Rahmen von Vorträgen oder zu besonderen Anlässen wie dem Jahrestag des Volksaufstandes in Tibet am 10. März sowie dem Tag der Menschenrechte am 10. Dezember.

Wie bei der Tibetinitiative sind auch bei Focus Tibet Deutsche und Tibeter gemeinsam aktiv. Der Verein der Tibeter in Deutschland mit Sitz in Bonn kümmert sich, so Beckenbach, um Tibeter, die nach Deutschland kommen und bietet den Menschen unter anderem Hilfe in Alltagsdingen oder bei Asylansuchen an.

GA 29/30.3.08

Geistliches Angebot für den UN-Campus

KIRCHE Im ehemaligen Regierungsviertel bietet Sankt Winfried einiges für die Angestellten in den umliegenden Büros an. Idee zur Schaffung eines Zentrums für Entwicklungsarbeit

Von **Christoph Meurer**

BONN. Neben dem riesigen Posttower wirkt das Gotteshaus richtig winzig. Doch Grund zum Argwohn gegenüber dem großen Nachbarn hat die Sankt Winfried-Kirche nicht.

Man habe die Angestellten des Posttowers freundlich begrüßt, erklärt Gemeindepfarrer Pater Georg Demming vom Orden der Salesianer Don Boscos. Diese betreten die Gemeinde seit den 60er Jahren, als sie im Regierungsviertel eingerichtet wurde. Nach dem Regierungsumzug kamen neue Menschen in das Viertel, darunter die Angestellten von Post, Deutscher Welle und Telekom. Nicht nur sie, auch die Mitarbeiter der Vereinten Nationen könnten in der Kirche ein geistliches Angebot finden, betont der Pfarrer, unter anderem durch das Programm „Kirche und Arbeitswelt“. Allerdings stellt sich bei der Arbeit auch Probleme ein. Es sei zum Beispiel nicht leicht, bei den UN-Organisationen Ansprechpartner zu finden, um Informationen publik zu machen.

Hilfe hierfür bekommt die Kir-

che nun vom Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU). In einem Gespräch mit Pater Demming und Hans-Jürgen Dörrich, Geschäftsführer der „Don Bosco Jugend Dritte Welt“ (JDW), die wie Sankt Winfried zum Don Bosco Zentrum gehört, betonte Eisel die Notwendigkeit, Strukturen zu schaffen und Angebote, auch ökumenischer Natur, zu vermitteln. Hierfür könne er, so Eisel, Kontakte herstellen. Unterstützung kommt auch von Mitgliedern des Entwicklungspolitischen Arbeitskreises der Bonner CDU, die ebenfalls zu dem Treffen erschienen waren.

Entwicklungsarbeit wird bei den Anhängern Don Boscos groß geschrieben. So unterstützt die JDW seit 1980 die Arbeit der Salesianer, die sich in 134 Ländern für Kinder und Jugendliche einsetzen.

In Bonn ist die JDW in guter Gesellschaft. Nach Angaben von Dörrich gibt es in der Stadt rund 150 staatliche und nicht-staatliche Organisationen der Entwicklungsarbeit. Leider mangle es, so Dörrich, besonders bei kleineren Organisationen an übergreifenden Strukturen. Im Gespräch mit den



Politik trifft Kirche: (von links) Stadtverordnete und CDU-Ratsfraktionssprecherin für Internationales, Christiane Overmanns, Pater Georg Demming, Stephan Eisel und Hans-Jürgen Dörrich. FOTO: VOLKER LANNERT

Unionspolitikern betonte er seine Idee, einen Raum zu schaffen, wo sich die Organisationen treffen und austauschen könnten. So et- was ließe sich aber nur realisieren, wenn die Organisationen und die große Koalition aller Kräfte."

GA 31.03.08

Bonner Bundestagsabgeordnete gegen Umzug

KIRCHE Kritik an Plänen des Evangelischen Entwicklungsdienstes

BONN. „Mit großem Unverständnis“ haben die drei Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU), Ulrich Kelber (SPD) und Guido Westerwelle (FDP) die Nachricht von dem geplanten Umzug des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) mit seinen mehr als 200 Mitarbeitern von Bonn nach Berlin aufgenommen. In einem gemeinsamen Brief an den EED-Aufsichtsrat erklären sie Sachliche Gründe für die Verlagerung des EED aus dem Nord-

Süd-Zentrum Bonn nach Berlin lassen sich nicht erkennen. „Denn mit dem Umzug würde sich der EED vom nationalen Entwicklungspolitischen Kompetenzzentrum Bonn de facto isolieren und abkoppeln. Zudem habe Bonn den Vorteil der Standortnähe zu den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen. Die Abgeordneten appellieren an den Aufsichtsrat, von dem geplanten

Umzug abzusehen. Das tun auch die Pfarrer Jörg Zimmermann und Angelika Zadow als Vertreter der Kirchenkreise Bonn und Bad Godesberg-Voreifel und argumentieren ähnlich wie die Politiker. In einem Brief an den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, sehen sie im übrigen „die Tendenz, immer mehr gesamtkirchliche Einrichtungen in Berlin zu zentralisieren, recht kritisch“. Die Theologen erinnern ferner an Reaktio-

nen von „ganz normalen“ Gemeindegliedern, die der Kirche Planungs- und Konzeptlosigkeit vorwerfen. „Verbunden damit sind oft bissige Bemerkungen über die finanzielle Seite eines solchen Umzugs nach dem Motto: Für so was ist kirchliches Geld da, und in den Gemeinden baut ihr ab oder wollt über die Kirchensteuer hinaus Spendengelder von uns, um eure Gemeindeglieder, aufrecht zu erhalten“, heißt es in dem Schreiben.

Eine Trompete beendet die Schweigeminute

ERSTELLT 01.04.08, 19:43h

Bonn / Rhein-Sieg-Kreis - Montagabend auf dem Münsterplatz. Rund 300 Menschen halten eine Mahnwache für Tibet. Es herrscht betretene Stille. Die Bonner gedenken der Opfer der Unruhen. Eine Trompete erschallt. Die Schweigeminute ist beendet. Wenn es nach den Demonstranten geht, sollen nun auch die demokratischen Staaten endlich ihr Schweigen bezüglich der Menschenrechtsverletzungen Chinas brechen.

Zur Mahnwache aufgerufen hatte die Regionalgruppe Bonn der Tibet Initiative Deutschland, der Verein der Tibeter in Deutschland und Focus Tibet anlässlich des Internationalen Solidaritätstages für Tibet. Der Tag, an dem das olympische Feuer in Peking eintraf. „Die Olympischen Spiele müssen von der Menschenrechtslage in Tibet abhängig gemacht werden“, forderte Lhazom Everding, Vorsitzende des Vereins der Tibeter in Deutschland. Außerdem müsse der Fackellauf durch Tibet gestrichen werden. Dies gelte insbesondere für den Mount Everest, der für die Tibeter heilig ist. „Das olympische Feuer ist ein Symbol für Frieden“, so Everding. „Aber die chinesische Regierung missbraucht es, um ihre Macht zu demonstrieren.“

Unterstützt wurden die Organisationen von Stephan Eisel. „Es zeigt sich jetzt, dass es richtig war, als Bundeskanzlerin Merkel den Dalai Lama empfing“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete. China habe die Zusage für Olympia unter der Voraussetzung erhalten, dass sich die dortige Situation der Menschenrechte bessere.

Ende der Gewalt

Die Sportfunktionäre des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) hätten dafür zu sorgen, dass China diese einhalte. Verstoße China dagegen, müssten die Sportfunktionäre ihre Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten absagen. Auch ein Boykott der gesamten Spiele dürfe nicht ausgeschlossen werden.

Neben dem sofortigen Ende der Gewalt forderten die Demonstranten die Öffnung Tibets, Hilfe durch das Rote Kreuz und eine Befassung der UN mit der dortigen Lage. Sie forderten die Bundesregierung auf, sich ihren Forderungen, die sie mit einer Petition bekräftigten, anzuschließen. „Die Tibeter würden sogar eine chinesische Fremdherrschaft akzeptieren, solange sie ihre Autonomie behalten“, sagte Everding. Denn laut Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Editha Limbach sind die Tibeter nicht herrschaftssüchtig. „Wir hoffen, dass Tibet nicht in Vergessenheit gerät, sowie sich die Aufmerksamkeit der Welt wieder von China abwendet“, so Heinz Beckenbach von der Tibetinitiative Deutschland. (chf)

<http://www.ksta.de/sks/artikel.isp?id=1206878690046>

FENSTER SCHLIESSEN

Sportfunktionäre sollen sich für Tibet einsetzen

DEMONSTRATION Rund 300 Bonner und Tibeter gedachten anlässlich des Internationalen Solidaritätstages für Tibet der Opfer der Unruhen. Demonstranten wollen Boykott der olympischen Spiele nicht ausschließen

Von **Christina Fuhs**

BONN. Montagabend auf dem Münsterplatz. Rund 300 Menschen halten eine Mahnwache für Tibet. Es herrscht betretene Stille. Die Bonner gedenken der Opfer der Unruhen. Eine Trompete erschallt. Die Schweigeminute ist beendet. Wenn es nach den Demonstranten geht, sollen nun auch die demokratischen Staaten endlich ihr Schweigen bezüglich der Menschenrechtsverletzungen Chinas brechen.

Zur Mahnwache aufgerufen hatte die Regionalgruppe Bonn der Tibet Initiative Deutschland, der Verein der Tibeter in Deutschland und Focus Tibet anlässlich des Internationalen Solidaritätstages für Tibet. Der Tag, an dem das olympische Feuer in Peking entzündet wird, soll die Tibeter daran erinnern, dass sie nicht an dem olympischen Feuer teilnehmen dürfen. „Die Olympischen Spiele müssen von der Menschenrechtslage in Tibet abhängig gemacht werden“, forderte Lhanzom Everding, Vorsitzende des Vereins der Tibeter in Deutschland. Außerdem müsse der Fackellauf durch Tibet gestrichen werden. Dies gelte insbesondere für den Mount Everest, der für die Tibeter heilig ist. „Das olympische Feuer ist ein Symbol für Frieden“, so Everding. „Aber die chinesische Regierung missbraucht es, um ihre Macht zu



Kämpfen für die Menschenrechte: Anlässlich des Internationalen Solidaritätstages sangen tibetische Demonstranten die Nationalhymne ihrer Heimat – und lehnten sich damit gegen das chinesische Regime auf. Denn China hat die Tibet-Hymne verboten. FOTO: ROLAND KOHLIS

demonstrieren.“ Unterstützt wurden die Organisationen von Stephan Eisel. „Es zeigt sich jetzt, dass es richtig war, als Bundeskanzlerin Merkel den Dalai Lama empfing“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete. China habe die Zusage für Olympia unter der Voraussetzung erhalten, dass sich die dortige Situation der Menschenrechte verbessere. „Die Sport-

funktionäre des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) hätten dafür zu sorgen, dass China diese einhalte. Verstoße China dagegen, müssten die Sportfunktionäre ihre Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten absagen. Auch ein Boykott der gesamten Spiele dürfe nicht ausgeschlossen werden.

Neben dem sofortigen Ende der Gewalt forderten die Demonstranten die Öffnung Tibets, Hilfe durch das Rote Kreuz und eine Befreiung der UN mit der dortigen Lage. Sie forderten die Bundesregierung auf, sich ihren Forderungen, die sie mit einer Petition bekräftigten, anzuschließen. „Die Tibeter würden sogar eine chinesische Fremdherrschaft ak-

zeptieren, solange sie ihre Autonomie behalten“, sagte Everding. Denn laut Ex-CDU-Bundestagsabgeordnete Editha Limbach sind die Tibeter nicht herrschaftsstüchtiger. „Wir hoffen, dass Tibet nicht in Vergessenheit gerät, sowie sich die Aufmerksamkeit der Welt wieder von China abwendet“, so Heinz Beckenbach von der Tibet Initiative Deutschland.

GA 02.04.08

Kunst in Eisels Büro

AKTION Den Auftakt macht der Fotograf Zajonz

BONN. Das Zusammenspiel von Licht und Schatten und die Darstellung von Menschen als bloße Schatten ihrer selbst sind die Motive der Bilder des Bonner Fotografen und Dichters Stefan Zajonz. Zu sehen sind sie jetzt im Büro des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU), Markt 10-12.

Die Bilderschau ist Auftakt einer Ausstellungsreihe im Büro des Politikers im Rahmen der Aktion „Kunst braucht engagierte Freunde“ des Berufsverbandes der Bildenden Künstler (BBK). Mit der Aktion wolle man, wie Almuth Leib, erste Vorsitzende der BBK-Gruppe Bonn/Rhein-Sieg erklärt, „Kunst zu den Menschen bringen“. So bemühe sich der BBK, Kunstwerke seiner Mitglieder in Büros oder Wartezimmern auszustellen, sagte Almuth Leib. Eine Idee, die bei Eisel auf offene Ohren gestoßen ist. Ab sofort kann man alle drei Monate in seinem Büro, montags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, Werke eines anderen Künstlers sehen. „Jetzt habe ich bei der Arbeit immer Kunst im Blick“, sagte Stephan Eisel.



Kunstfreund Eisel (r.) mit dem Fotografen Zajonz. FOTO: ENGELS

Express 05.04.2008

Beethovenfest: Politik trifft Musik

Macht Musik heißt das Motto des diesjährigen Beethovenfestes. Und das bringt die Zuständigen auf ganz besondere Ideen: Ins alljährliche Musikspektakel Bonns soll am 5. September der 60. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland



Ehrengast: Norbert Lammert

erstunde soll im Rahmen des Eröffnungskonzertes mit Stardirigent Kurt Masur im Museum Koenig über die Bühne gehen. Ehrengast: Bundestagspräsident Norbert Lammert, der laut Stephan Eisel (CDU) „die internationale Bedeutung des Festes unterstreichen“ wird.

EW

GA 02.04.08



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 22/08

7. April 2008

Eisel kritisiert IOC-Vize Bach

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat den Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und IOC-Vizepräsidenten Thomas Bach wegen seiner zurückhaltenden Äußerungen zu den Menschenrechtsverletzungen in China kritisiert und vor „Leisetreteri“ gewarnt. In einem offen Brief schreibt Eisel: „Die Entwicklung der Menschenrechte in China und insbesondere das gewalttätige Vorgehen des chinesischen Regimes in Tibet geben Anlass zu großer Sorge. Dies wirft auch einen Schatten auf die Olympischen Spiele. Für Ihre öffentlichen Äußerungen zu diesem Themenkomplex habe ich kein Verständnis.“

Eisel zitiert ein DOSB-Positionspapier vom 22. Mai 2007 in dem es heißt, das IOC habe „seine Entscheidung für Peking erkennbar auch mit der Hoffnung verbunden, dass sich die Menschenrechtssituation in China im Zuge der unumkehrbaren Öffnung des Landes durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele und angesichts des überwältigenden Interesses der Weltöffentlichkeit deutlich verbessern werde.“

Dass sich diese Hoffnungen nicht erfüllt haben, müsse auch Bach klar aussprechen: „Es wäre falsch, die Verantwortung für all diese Fragen auf die Sportler abzuwälzen, gefragt sind hier in erster Linie die Verbandsvertreter.“ Eisel erwartet vom IOC „auch unterhalb eines generellen Boykotts Sanktionen zu erwägen (z.B. Gestaltung der Eröffnungsfeier) falls das chinesische Regime dabei bleibt, die Einhaltung seiner Zusagen bei der Vergabe der Spiele zu verweigern.“ Außerdem müsse klargestellt werden, „dass Sportler, die sich für Menschenrechte einsetzen, keine Sanktion des IOC befürchten müssen.“

Aus Eisels Bonner Wahlkreis haben sich bisher vier Sportler für Peking qualifiziert (drei davon Fechter), zwei weitere haben noch gute Qualifikationschancen.

Den vollständigen Brief von Stephan Eisel an Thomas Bach können finden Sie als Anlage.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 22/08

7. April 2008

An den
Präsidenten des
Deutschen Olympischen Sportbundes
Herrn Thomas Bach
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main

Bonn, den 03.04.08

Sehr geehrter Herr Bach,
auch aus meinem Wahlkreis Bonn haben sich Sportler für die Sommerspiele der XXIX Olympiade in Peking qualifiziert. Zugleich ist Bonn die Stadt des Grundgesetzes, dessen 60. Geburtstag wir im nächsten Jahr feiern. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es im Artikel 1 unserer Verfassung. Dieser Grundsatz muss für uns alle Verpflichtung sein.

Die Entwicklung der Menschenrechte in China und insbesondere das gewalttätige Vorgehen des chinesischen Regimes in Tibet geben Anlass zu großer Sorge. Dies wirft auch einen Schatten auf die Olympischen Spiele. Für Ihre öffentlichen Äußerungen als Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und IOC-Vizepräsident zu diesem Themenkomplex habe ich kein Verständnis.

Der DOSB hat in einem Positionspapier am 22. Mai 2007 selbst festgestellt:

„Das IOC hat seine Entscheidung für Peking erkennbar auch mit der Hoffnung verbunden, dass sich die Menschenrechtssituation in China im Zuge der unumkehrbaren Öffnung des Landes durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele und angesichts des überwältigenden Interesses der Weltöffentlichkeit deutlich verbessern werde. „Indem Sie Peking gestatten, die Spiele auszutragen, helfen Sie der Entwicklung der Menschenrechte“, sagte Liu Jingmin, einer der Vizepräsidenten des damaligen Bewerbungskomitees, vor der IOC-Entscheidung. Dieses Versprechen nimmt der DOSB wörtlich.“

Davon ist jetzt leider nichts zu hören. China hat seine Versprechen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation erkennbar nicht eingehalten. Warum sprechen Sie das nicht offen aus? Sie plädieren für eine „politische Neutralität“ des Sports, eine solche Neutralität kann es aber doch im Blick auf den Einsatz für Menschenrechte nicht geben.

Ich fordere hier keinen Boykott der Olympischen Spiele aus, halte es aber für ebenso falsch eine solche Maßnahme auszuschließen. Dies gibt den chinesischen Machhabern de facto einen Blankoscheck für Ihr Verhalten. Im genannten DOSB Beschluss heißt es, das IOC werde „die Abschaffung der Todesstrafe, die Ächtung jeder Art von Folter, eine Amnestie für politische Gefangene aus Anlass der Spiele, die faire Entschädigung solcher Chinesen/innen, die im Zuge der umfangreichen Bauvorhaben enteignet wurden, und die vollständige Bewegungsfreiheit aller Journalisten/innen auf die Agenda“ setzen. Ich fordere Sie nachdrücklich dazu auf, dies auch klar öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Außerdem bitte ich Sie darum, klarzustellen, dass Sportler, die sich im Rahmen der Olympischen Spiele für Menschenrechte einsetzen, keine Sanktion des IOC befürchten müssen.

Schließlich muss deutlich werden, dass das IOC auch unterhalb eines generellen Boykotts Sanktionen erwägt (z.B. Gestaltung der Eröffnungsfeier) falls das chinesische Regime dabei bleibt, die Einhaltung seiner Zusagen bei der Vergabe der Spiele zu verweigern.

Es wäre falsch, die Verantwortung für all diese Fragen auf die Sportler abzuwälzen, gefragt sind hier in erster Linie die Verbandsvertreter. Wir alle stehen in der Verantwortung, die Unteilbarkeit der Menschenrechte auch dann zu vertreten, wenn es unbequem und konkret wird. Ich bitte Sie nachdrücklich, dieser Verantwortung im Vorfeld und bei den Olympischen Spielen erkennbarer nachzukommen wie das bisher der Fall war.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Stephan Eisel, MdB

idea Spektren 15/2008

Neue Kritik am Umzug des Evangelischen Entwicklungsdienstes

Politiker: Kirche, bleib in Bonn!

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU), Ulrich Kelber (SPD) und Guido Westerwelle (FDP) haben in einem Brief an den rheinischen Präses und EED-Aufsichtsratsvorsitzenden Nikolaus Schneider (Düsseldorf) und die anderen Aufsichtsratsmitglieder des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) dafür appelliert, vom geplanten Umzug des EED abzusehen. Das Werk soll bis spätestens 2013 nach Berlin umziehen und dort mit der Diakonie-Katastrophenhilfe und dem Hilfswerk „Brot für die Welt“ (beide Stuttgart) zusammengelegt werden. In dem Brief der Politiker heißt es, man habe „mit großem Unverständnis“ davon erfahren. Es ließen sich keine sachlichen Gründe erkennen. Die meisten Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit seien in Bonn beheimatet, und auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung habe dort seinen Hauptsitz. Mit dem Umzug von etwa 200 Mitarbeitern würde sich der EED „vom nationalen entwicklungspolitischen Kompe-

tennzentrum Bonn de facto isolieren und abkoppeln“.

Zuvor hatte der Rat der Stadt Bonn an den Rat der EKD appelliert, den Umzugsbeschluss zurückzunehmen. Das Landeskirchenamt in Düsseldorf teilte gegenüber idea mit, man werde in einem Antwortschreiben an die Bundestagsabgeordneten die Gründe für die Entscheidung noch einmal darlegen. Schneider hatte bereits im Vorfeld gesagt, dass er die Zusammenführung der Werke grundsätzlich positiv beurteile, auch wenn damit allen Beteiligten viel zugemutet werde. Durch die Fusion in Berlin würden Kompetenzen zusammengeführt. Zudem würden durch Zusammenlegung des aus Kirchensteuern finanzierten EED und der mit Spenden finanzierten Aktion „Brot für die Welt“ Risiken abgefangen. Gleichwohl verliere man ein wichtiges Werk in der Bundesstadt.



WESTERWELLE

EED
Evangelischer
Entwicklungsdienst

Express 08.04.2008

Eisel: Heftige Schelte für IOC-Vize Bach

Bonn - In einem offenen Brief an den Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und Vizepräsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Thomas Bach übte Bonns Bundestagsabgeordneter Dr.

Stephan Eisel (CDU) harsche Kritik - und zwar an Bachs zurückhaltender Haltung zu den Menschenrechtsverletzungen in China. „Für Ihre öffentlichen Äußerungen habe ich kein Verständnis“, Eisel warnt vor „Leisetreterei“.

Zwar wolle auch Eisel keinen Boykott der Spiele, aber kleinere Sanktionen wie die Gestaltung der Eröffnungsfeier müssten denkbar sein. Auch dürfen Sportler, die sich für Menschenrechte einsetzen, nicht vom IOC dafür bestraft werden.

Mit der Lage in Tibet beschäftigt sich auch ein Vortrag am Montag, 21. April, im Konferenzraum des Hauses Elisabeth ab 19 Uhr. Lesen Sie mehr zum Thema Olympia auf Seite 2.



Übt Kritik: Dr. Stephan Eisel



Zu zögerlich? Thomas Bach

Gemeinsam gegen Umzug

EED Eisel und Kelber
sprechen mit Landeskirche

BONN. Die Bonner Bundestagsabgeordneten Uli Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) haben Gespräche mit der Mitarbeitervertretung des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) geführt. Beide sind nach eigenen Angaben wie die Mitarbeiter davon überzeugt, dass der geplante Umzug des EED (der GA berichtete) aus dem „Nord-Süd-Kompetenzzentrum“ Bonn falsch ist und verhindert werden muss. Nach wie vor seien keinerlei fachliche Gründe von Seiten der Verantwortlichen des EED und der Evangelischen Kirche genannt worden. Gespräche mit dem EED-Vorstand und der Rheinischen Landeskirche seien fest verabredet. Kelber und Eisel fordern das Ende der Umzugsdebatte auch aus Rücksichtnahme auf die familiären und sozialen Belange der Beschäftigten. val

GA, 09.04.08

Chancen für EED in Bonn steigen

Bonn – Schwarz-rote Zusammenarbeit für den Erhalt des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) in Bonn: Die Bonner Bundestagsabgeordneten Uli Kelber (SPD) und Dr. Stephan Eisel (CDU) wollen den Auszug des EED aus dem Nord-Süd-Kompetenzzentrum verhindern. Nach Gesprächen mit Mitarbeitervertretern des EED fordern sie ein Ende der Umzugsdebatte. Der EED ist erst im Rahmen des Berlin/Bonn-Gesetzes nach Bonn gekommen.

Express, 09.04.08

Schaufenster

9. April 2008

Bonn (SF/JW).- Zu einem Informationsbesuch kam der Bonner Bundestags-abgeordnete **Dr. Stephan Eisel** (CDU) in die Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus. Die Leiterin der Bonner Gedenkstätte, **Astrid Mehmel**, hatte Eisel durch die Ausstellung geführt und die Arbeit in dem Bildungs- und Erinnerungsort erläutert. Mit dabei auch der Vorsitzende des Trägervereins, **Dr. Manfred van Rey**, sowie Vorstandsmitglied **Ingeborg Cziudaj**.



Schaufenster
09. 04. 2008

~~X~~ **mt).**- Analoge Fotografie im klassischen Sinne ist, was die Fotoausstellung des **Bonner Künstler Stefan Zajonz** bestimmt. Keines seiner Bilder ist am Rechner nachbearbeitet. Die Ausstellung mit dem Titel **„Licht und Schatten“** im Wahlkreisbüro Markt 10 bis 12 kann noch bis zum 30. Juni besichtigt werden.

Die Öffnungszeiten sind montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr.

WDR – Nachrichten vom 12. April 2008

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel wirft dem Bund der Steuerzahler Irreführung der Öffentlichkeit vor. Bei Veröffentlichung zu einem möglichen Umzug weiterer Ministerien nach Berlin wurde immer wieder aus einer Studie zitiert, die offensichtlich gar nicht existiert.

Wolfgang Zimmer: „Im Dezember hatte der Bund der Steuerzahler auf diese Studie hingewiesen, in der die Kosten für ein Regierungskomplettumzug mit weniger als 5 Mrd. Euro beziffert werden. Mit den Zahlen produzierte der Verband schließlich bundesweit Schlagzeilen. Der Bundestagsabgeordnete Eisel hakte nach und fand heraus: Die Studie existiert überhaupt nicht. Ein Artikel in der Verbandszeitschrift „Der Steuerzahler“ verwies im Februar darauf, dass in der März-Ausgabe Zahlen vorgelegt werden sollten, was allerdings nicht geschah. Auch auf Nachfrage des WDR konnte der Steuerzahlerbund keine Studie vorlegen. Eisels Kommentar: Heiße Luft und Null Substanz.“

Bonner Rundschau

15.04.2008

GESPRÄCHE GEFÜHRT

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Uli Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) haben Gespräche mit der Mitarbeitervertretung des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) geführt. Beide sind überzeugt, dass der geplante Umzug des EED von Bonn nach Berlin

falsch sei und verhindert werden müsse. Kelber und Eisel unterstützen darum die Mitarbeiterversammlung, die mit Unverständnis auf die Pläne reagiert hatte. Die Abgeordneten erinnern, dass der EED erst durch das Berlin/Bonn-Gesetz nach Bonn gekommen ist.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 23/08

15. April 2008

Bürgerfest zum Grundgesetz-Geburtstag

In intensiven Gesprächen mit der Bundesregierung setzt sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel für ein Bürgerfest in Bonn anlässlich des 60-Jahres-Jubiläums des Grundgesetzes im nächsten Jahr ein : "Es geht um das Bonner Grundgesetz und da kann es nicht nur in Berlin ein Bürgerfest geben. Hier steht der Bund auch in der Verantwortung gegenüber den Bonnerinnen und Bonnern. Das sieht auch Angela Merkel so und deshalb bin ich zuversichtlich, dass der Bund auch in der Bundesstadt Bonn ein Bürgerfest ausrichten wird."

Am Samstag, den 23. Mai 2009 wird in Berlin die Bundespräsidentenwahl stattfinden. Daran soll sich ein Staatsakt und am Tag darauf ein Bürgerfest auf der Fanmeile vor dem Brandenburger Tor anschließen. Eisel, der schon Veranstaltungen des Bundestages zum Verfassungsjubiläum in Bonn durchgesetzt hat, hält das nicht für ausreichend : "Das Verfassungsjubiläum muss auch in Bonn gefeiert werden - und zwar nicht nur in geschlossenen Veranstaltungen und Festakten, sondern auch in einem Fest für die Bürger. Es trifft sich gut, dass der Grundgesetz-Geburtstag auf ein Wochenende fällt und ein solches Bürgerfest könnte z. B. mit einem Tag der Offenen Tür in Palais Schaumburg, Villa Hammerschmidt und den Bonner Bundesministerien verbunden werden. Dafür setze ich mich in Berlin nachdrücklich ein."

Nach Eisels Angaben verlaufen die Gespräche mit den beteiligten Stellen über die Einbeziehung Bonns "außerordentlich konstruktiv". Ursache dafür sei sicherlich auch die "Rückendeckung von höchster Stelle": "Auf Frau Merkel ist Verlass - auch wenn es um Bonn geht!"



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 24/08

22. April 2008

Tibet-Fahne für die OB

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann eine Tibet-Fahne geschenkt und dies mit der Forderung verbunden, dass sich die Stadt Bonn am nächsten Internationalen Tibet-Solidaritätstag beteiligen soll: „Fast 1000 Städte, Gemeinden und Landkreise haben ihre Verbundenheit mit dem tibetischen Volk am 31. März dadurch zum Ausdruck gebracht, dass sie auf den Rathäusern die tibetische Flagge gehisst haben. Dazu gehörten z. B. Frankfurt, Wiesbaden, Düsseldorf, Hannover und der Rhein-Sieg-Kreis. Leider war Bonn nicht dabei. Das darf nicht noch einmal passieren.“

Eisel fordert klaren Widerspruch gegen das Vorgehen des chinesischen Regimes gegen die Tibeter und ihr Streben nach Religionsfreiheit und kultureller Autonomie. Nach seinen Angaben war die Stadt Bonn wie alle anderen Städte von der Tibet Initiative Deutschland gebeten worden, sich an der internationalen Solidaritätsaktion zu beteiligen: „Leider ohne Erfolg. Das ist traurig - nicht nur weil wir als Stadt des Grundgesetzes der weltweiten Achtung der Menschenrechte besonders verpflichtet sind, sondern auch weil der Verein der Tibeter in Deutschland seinen Sitz in Bonn hat.“

„Damit sich das nicht wiederholt“, schenkte der Bonner Bundestagsabgeordnete der Oberbürgermeisterin eine Tibet-Flagge, die er bei der Tibet-Initiative Deutschland erworben hat: „Ich hoffe, dass Frau Dieckmann dafür sorgt, dass sich die Stadt Bonn an der nächsten Tibet-Solidaritätsaktion durch Hissen der Flagge auf dem Bonner Rathaus beteiligt. Dies wird voraussichtlich am 19. oder 20. Juni 2008 sein, wenn auf Wunsch der chinesischen Machthaber die Olympische Fackel nach Tibet gebracht wird. Dies empfinden viele zu Recht als besonders abstoßende Demonstration der Macht gegenüber dem Freiheitsstreben der Tibeter.“

General-Anzeiger
22.04.2008

Eisel für Bürgerfest zum Jubiläum

BONN. Auch in Bonn soll es anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Grundgesetzes ein Bürgerfest geben. Dafür setzt sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel ein und hat nach eigenen Angaben bereits die „Rückendeckung“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Unter Hinweis darauf, dass am 24. Mai 2009, ein Tag nach der Bundespräsidentenwahl, in Berlin ein Bürgerfest stattfindet, sagte Eisel: „Das Verfassungsjubiläum muss auch in Bonn gefeiert werden, und zwar nicht nur in geschlossenen Veranstaltungen und Festakten, sondern auch in einem Fest für die Bürger.“ Es träfe sich gut, dass der Grundgesetz-Geburtstag auf ein Wochenende falle; da könnte ein derartiges Fest mit einem Tag der Offenen Tür in Palais Schaumburg, Villa Hammer Schmidt und den Bonner Bundesministerien verbunden werden. ly

General-Anzeiger
23.04.2008

Disput um Tibet-Fahne

BONN. OB Bärbel Dieckmann will nicht der Forderung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel nachkommen, eine Tibet-Fahne auf dem Rathaus zu hissen. Sie habe sich „immer und an vielen Stellen für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt“, sagte die OB und vertrat die Ansicht, dass die Probleme in Tibet zu differenziert seien, als dass sie durch die „kurzfristige Aktion“ von Eisel „auch nur ansatzweise gelöst werden könnten“. Eisel hatte darauf hingewiesen, dass am Internationalen Tibet-Solidaritätstag am 31. März fast 1000 Städte und Landkreise auf ihren Rathäusern die tibetische Flagge gehisst hatten; unter anderem auch der Rhein-Sieg-Kreis. Eisel schenkte nun der OB eine Tibet-Fahne mit der Forderung, sie bei der nächsten Solidaritätsaktion zu hissen. ly

Express 23.04.2008

Tibetfahne für die Oberbürgermeisterin

Bonn – Ob sich OB Bärbel Dieckmann über dieses Geschenk richtig freuen kann? Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel hat ihr eine Tibetfahne geschenkt, verbunden mit der Forderung, dass sich Bonn am

nächsten Tibet-Solidaritätstag beteiligen soll. Am letzten Solidaritätstag, 31. März, beteiligten sich rund 1000 Städte, Gemeinden und Kreise, hissten Flaggen auf den Rathäusern. Bonn war damals nicht dabei.

GA 24.04.08

ARGE gibt nach: Arbeitsloser darf Kaution behalten

SOZIALES Erst auf öffentlichen Druck hin muss Alfred K. 1 048 Euro nicht zurückzahlen

BONN. „Ihrem Widerspruch wurde in vollem Umfang abgeholfen.“ Auf diese Antwort der ARGE hatte Alfred K., 63, mehr als vier Monate gewartet. Nun bekam er zwei Schreiben, in denen es weiterhin heißt, dass sich die Zahlungsforderungen erledigt hätten – mit der Entschuldigung, dass die verspätete Bearbeitung seines Falls mit dem hohen Arbeitsaufkommen und krankheitsbedingten Personalausfällen zu tun hätte. Für K. war es eine Zeit des Bangens, weil er nicht wusste, wie und ob er aus der Schuldenfalle herauskommen würde. Wie der General-Anzeiger mehrfach berichtete, war K. 2007 nach dem Tod der Mutter von der ARGE aufgefordert worden, in ei-

ne kleinere Wohnung umzuziehen. Durch den überstürzten Umzug musste der Langzeitarbeitslose zwei Monate doppelt Miete zahlen. Zudem sollte er die Kaution der alten Wohnung als „Einkommen“ zurückzahlen. K. legte Widerspruch ein, bekam keine Antwort, stattdessen im März eine erneute Forderung über 1 048,56 Euro.

ro. In seiner Verzweiflung wandte er sich erneut an den GA und den CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, der prompt einen Brief an die Chefin der Bonner Arbeitsagentur, Marita Schmickler-Herriger, schrieb mit der Bitte, Ermessensspielräume zu prüfen. Vier Tage später dann bekam K. die erlösende Mitteilung.

TIBET-FAHNE

Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat OB Bärbel Dieckmann (SPD) eine Tibet-Fahne geschickt und sie aufgefordert, die Fahne bei einer Tibet-Solidaritätsaktion im Juni auf dem Alten Rathaus zu hissen. Die OB reagierte jedoch alles andere als erfreut über das Geschenk: „Ich habe mich immer und an vielen Stellen für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt. Die Probleme in Tibet sind zu differenziert, als dass sie durch diese kurzfristige Aktion auch nur ansatzweise gelöst werden könnten.“

RBO06V/1 Rundschau, 24.04.08

Express, 24.04.08

Reaktion auf die Tibetfahne

Bonn – „Ich habe mich immer und an vielen Stellen für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt. Die Probleme in Tibet sind zu differenziert, als dass sie durch diese kurz-



OB Bärbel Dieckmann

fristige Aktion der Bundestagsabgeordneten Dr. Eisel auch nur ansatzweise gelöst werden

könnten“, lautet die Reaktion von OB Bärbel Dieckmann auf die Tibetfahne, die ihr vom Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten geschenkt wurde.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 25/08

29. April 2008

Bonn: UN wächst und Bundespräsident kommt

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel zeigt sich zufrieden mit der Entwicklung von Bonn als UN-Standort und sieht hier gute Perspektiven: „Zum einen profitiert Bonn als Heimat des Weltklima-Sekretariats von der weltweiten Debatte um den Klimawandel und den daraus folgenden zunehmenden internationalen Aktivitäten. Zum anderen nutzen immer wieder führende Politiker den UN-Standort Bonn für ihre Gespräche - wie demnächst wieder Bundespräsident Horst Köhler.“

Wie Eisel mitteilte, sind beim UN-Klimasekretariat in Bonn z. Zt. fast 50 neue Expertenstellen ausgeschrieben, die im üblichen UN-Auswahlverfahren weltweit besetzt werden. „Dieser Stellenzuwachs um über 20 Prozent zeigt, welche Perspektiven die UN-Stadt Bonn alleine durch das Klimasekretariat hat.“ Zur Zeit arbeiten im Welt-Klimasekretariat rund 200 Mitarbeiter. Eisel verwies auch darauf, dass vom 2. - 12. Juni eine weitere wichtige Arbeitskonferenz der Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls im Bonner Maritim-Hotel stattfinden wird.

Die wachsende Bedeutung Bonns als UN-Stadt wird nach Eisels Auffassung auch daran deutlich, dass der Bundespräsident Mitte Mai in der Villa Hammerschmidt zu einer internen Gesprächsrunde mit den Chefs der Bonner UN-Institutionen zusammentreffen wird: „Dass der Bundespräsident zu einem solchen Arbeitstreffen nach Bonn kommt, zeigt nicht nur seine Verbundenheit mit unserer Stadt, sondern unterstreicht auch die Bedeutung von Bonn als UN-Stadt.“

GA, 28.04.08

Reise nach Berlin

BONN. Eine dreitägige Reise nach Berlin können Bonner Schüler gewinnen (ab der 9. Klasse), die beim Europaquiz des Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel mitmachen. Der Bogen mit 20 Fragen zur EU kann von Montag, 28. April, bis Mittwoch, 30. April, sowie am Montag, 5. Mai, im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Am Markt 10-12, zwischen 9 und 17 Uhr ausgefüllt werden. 35 Gewinner werden ausgelost. wep

Europaquiz nach Berlin

Bonn (mt). - Anlässlich der Europawoche, die in der Europäischen Union Anfang Mai gefeiert wird, veranstaltet der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel einen Schülerwettbewerb. 35 Bonner Schülerinnen und Schüler können dabei eine dreitägige Reise nach Berlin gewinnen.

Teilnahmeberechtigt sind Schüler an Bonner Schulen von der 9. Klasse aufwärts.

Wer gewinnen will, muss einen Fragebogen mit 20 Fragen zur Europäischen Union richtig ausfüllen. Unter den richtigen Antworten werden dann die 35 Gewinner ausgelost.

Der Fragebogen kann bis 30. April und am 5. Mai in der Zeit von 9 bis 17 Uhr (montags bis 19 Uhr) im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Am Markt 10-12, ausgefüllt werden.

Schulen, die sich an dem Wettbewerb beteiligen wollen, können den Fragebogen unter Telefon: 02 28/ 18 49 98 32 anfordern.

Schneiders, 30.04.08

Böse CDU-Attacke auf OB wegen Tibet-Fahne

Bonn - Das gibt mit Sicherheit mächtig Ärger! Die Bonner CDU kritisiert, dass Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann die Tibet-Fahne, die ihr der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel geschickt hat, nicht am Rathaus bei der internationalen Tibet-Solidaritätsak-

tion gehisst hat. „Mit Ihrer Verweigerung schädigt die Frau Oberbürgermeisterin auch das Ansehen Bonns: Wo es um Menschenrechte geht, muss die Stadt des Grundgesetzes in der ersten Reihe stehen“, so CDU-Pressesprecher Frank Schönhardt.

Express, 30.04.08

General-Anzeige
01.102. 05. 2008

Nach Berlin mit dem Europaquiz

BONN. Anlässlich der Europawoche, die Anfang Mai gefeiert wird, können 35 Bonner Schüler eine dreitägige Reise nach Berlin gewinnen. Veranstaltet wird der Wettbewerb vom CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel im Rahmen einer Aktion der Bundesregierung. Schüler ab der 9. Jahrgangsstufe können am Montag, 5. Mai, im Eisel-Büro, Am Markt 10-12, zwischen 9 und 19 Uhr, einen Fragebogen zur Europäischen Union ausfüllen. Die Gewinner werden ausgelost. Infos und Unterlagen auch unter ☐ 0228/184 998 32. ffg

Haus & Grund
05/2008

Mal herhören bitte!



„Es geht um eine angemessene Heimat für Ludwig van Beethoven – und das kann nur ein Konzertsaal mit Weltklasse sein. Das gilt für Akustik, Ausstattung, Umfeld und für die Architektur. Ob dieses Ziel durch Umbau oder Neubau erreicht wird, sollte man den Experten überlassen. Vorabfestlegungen wären falsch.“

Stephan Eisel, Bonner Bundestagsabgeordneter (CDU)

Haus & Grund 05/2008



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 26/08

05. Mai 2008

OB schickt Tibet-Fahne kommentarlos zurück

Bedauerlich findet der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die Reaktion von Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann auf seinen Vorschlag zur Beteiligung der Stadt Bonn an einer Internationalen Tibet-Aktion im Juni:

„Frau Dieckmann hat mir bisher nicht geantwortet, sondern nur kommentarlos die von mir zur Verfügung gestellte Tibet-Fahne zurückgeschickt. Der Zeitung habe ich entnommen, dass sie die Lage in Tibet für „zu differenziert“ hält, um klar Stellung zu beziehen. Das ist ein merkwürdiger Kommentar angesichts der klaren Verletzungen der Menschenrechte und der Religionsfreiheit durch das chinesische Regime.

Wenn am 19./20. Juni die Olympiafackel durch Tibet getragen wird, soll mit einem Internationalen Tibet-Solidaritätstag ein Zeichen gegen dieses Propagandaspektakel gesetzt werden. Zuletzt haben sich an einer solchen Aktion im März allein in Deutschland über 1000 Städte und Gemeinden in Deutschland dadurch beteiligt, dass eine Tibet-Fahne auf den Rathäusern gehisst wurde. Darunter waren die Landeshauptstädte Düsseldorf, Stuttgart, Potsdam, Wiesbaden, Hannover, Magdeburg und Mainz sowie die Universitätsstädte Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Erlangen, Würzburg, Frankfurt/Main, Darmstadt, Kassel, Marburg, Gießen, Göttingen, Münster, Weimar und Aachen.

Ich halte es für falsch, dass die Oberbürgermeisterin die Bundesstadt Bonn hier isolieren will und hoffe noch auf Einsicht. Es schadet dem Ruf der Stadt, wenn wir bei diesem Thema abseits stehen und mit Sicherheit wird dies in den nationalen und internationalen Medien nicht unbeachtet bleiben.“

Als 1933 die Bücher brannten

ERSTELLT 05.05.08, 20:22h

Bonn - Am 10. Mai 1933 wurden in vielen deutschen Städten öffentlich Bücher verbrannt - die Nationalsozialisten wollten damit wenige Tage nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften nun auch die Literatur jüdischer und anderer unliebsamer Autoren aus ihrem Weg an die Macht räumen. In der Bundesstadt erinnern daran 75 Jahre später drei Veranstaltungen, die erste schon heute, Dienstagabend, um 19 Uhr im Bad Godesberger Haus an der Redoute (Kurfürstenallee 1).

Die Bonner Schriftstellerin und Gewerkschafterin Antje Dertinger erinnert unter dem Heine-Zitat-Titel „Wo man Bücher verbrennt . . .“ in ihrer Einführung an die Ereignisse von 1933 in Bonn; Rezitationen von Jürgen Johanning und ein musikalischer Rahmen, den Philip Graham am Violoncello setzt, runden diesen Abend (Eintritt 5 Euro) ab.

Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel ist Hauptredner bei der Erinnerungs-Veranstaltung des Vereins an der Synagoge / Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus am Samstag, 10. Mai, um 17.30 Uhr in der Gedenkstätte (Franziskanerstraße 9). Nach Einführung durch Manfred van Rey, Stadthistoriker und Vorsitzender des Trägervereins, wollen auch zwei heutige Studierende - AStA-Vorsitzender Christoph Paesen (Juso-Hochschulgruppe) und Pascal Becker (RCDS) - das Wort ergreifen. Anschließend zeichnet Ingrid Bodsch, Direktorin des Stadtmuseums, eine Bonner Schule für Engagement zum Thema „Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus“ aus.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Vizekanzler Franz Müntefering wird dann am Samstag ab 19.30 Uhr einführen in die Gedenkveranstaltung „Buch und Migration“. Ins Gemeindezentrum der katholischen Edith-Stein-Kirche auf dem Brüser Berg (Borsigallee 27) lädt der Verband deutscher Schriftsteller (VS), Bezirksgruppe Bonn / NRW-Süd ein. Die Buchhandlung Goethe & Hafis (Brüser Berg) organisiert diesen Abend, Ludwig Verbeek, Jalal Rostami und Masoud Sadedin rezitieren und lesen. (jfr)

Express 06.05.2008

Tibet-Fahne ist zurück bei MdB Stephan Eisel

Bonn - Da macht der Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel sich so große Mühe, schenkt der Oberbürgermeisterin extra eine Tibetfahne - und Bärbel Dieckmann schickt ihm die Fahne kommentarlos zurück. Das passt dem CDU-Politiker natürlich nicht. Schließlich geht es ihm ja um die Verletzung der Menschenrechte. Mit dem Zurücksenden der Fahne dürfte die kleine Polit-Posse jetzt wohl abgeschlossen sein.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 27/08

06. Mai 2008

Bonner Beamte profitieren von Besoldungsanpassung

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel begrüßt die Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst auch für die Bundesbeamten: „Das betrifft viele Bonnerinnen und Bonner, denn der Bund ist mit rund 20.000 Arbeitsplätzen der größte Arbeitgeber in der Bundesstadt. Ich habe mich in Berlin dafür eingesetzt, dass die Beamten gleichbehandelt werden mit den Angestellten im Öffentlichen Dienst und war darüber auch in engem Kontakt mit dem Deutschen Beamtenbund.“

Nachdem die Bundesregierung zunächst gezögert hat, setzte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und dann auch die SPD-Fraktion für eine 1:1-Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst für die Beamtenbesoldung rückwirkend zum 01. Januar 2008 ein. Vorgesehen ist neben dem Sockelbetrag von 50 Euro eine lineare Einkommenserhöhung um 3,1 Prozent bereits ab 1. Januar 2008. 2009 kommen dann entsprechend dem Tarifergebnis weitere 2,8 Prozent hinzu. Die Einmalzahlung 225 Euro im nächsten Jahr soll sowohl aktiven Beamten als auch Versorgungsempfängern zugute kommen.

„Es ist gut und gerecht, dass auch die pensionierten Beamten von dieser Regelung profitieren“, sagte Eisel. „Jetzt kommt es auf eine schnelle Umsetzung der getroffenen Regelung an, damit die Menschen schnell das Geld bekommen, das ihnen zusteht.“ Der entsprechende Gesetzentwurf soll bereits am 07. Mai im Bundeskabinett verabschiedet und unverzüglich in den Bundestag eingebracht werden.

Bauchschmerzen bei der SPD

VON THOMAS FRANKE, 07.05.08, 20:43h, AKTUALISIERT 07.05.08, 20:44h

KÖLN. Was halten die Abgeordneten aus dem Rheinland von der umstrittenen Diätenerhöhung, die die große Koalition durchsetzen will?

Besondere Bauchschmerzen gibt es bei der SPD. Die Kölnerin **Lale Akgün** votierte in der Fraktion dagegen: „Das Argument, Parlamentarier müssten genügend Geld erhalten, um ihren Pflichten zu genügen, ist ja richtig. Nur ist es falsch, alle paar Monate mit neuen Erhöhungen anzukommen statt ein Mal eine grundlegende Reform der Diäten zu beschließen“, erklärte sie.

Parteikollege **Karl Lauterbach** stimmt der Erhöhung zwar grundsätzlich zu. Nur: „Ich hätte die Erhöhung jetzt lieber ausgesetzt.“ Lauterbach plädiert dafür, „zunächst den Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde durchzusetzen.“ Auch **Helga Kühn-Mengel** (Euskirchen-Rhein-Erftkreis II) ist mit dem Zeitpunkt der Erhöhung nicht zufrieden, steht aber zur Erhöhung auf das Niveau eines Bürgermeisters einer mittleren Großstadt.

Klar dagegen ist die Opposition: FDP-Partei- und Fraktionschef **Guido Westerwelle** appellierte an die Abgeordneten der großen Koalition, mit Nein zu stimmen: „Jetzt ist die Stunde des freien Abgeordneten.“ Die FDP will erneut beantragen, die Diäten-Festlegung einer unabhängigen Kommission zu übertragen, erklärt **Werner Hoyer**, „dafür müssen wir das Grundgesetz ändern.“ Die Erhöhung sei „unsensibel“ gegenüber der Bevölkerung.

Eindeutig dagegen auch die Grünen: **Volker Beck** nennt die Erhöhung „Konsequenz eines schlechten Gesetzes, das die Koalition Ende 2007 gegen die Stimmen von Bündnis 90 / Die Grünen durchgeboxt hat.“ Es stoße „vielen Menschen sauer auf, dass die Diäten erhöht werden, aber beim Thema Mindestlohn oder bei der Erhöhung des Arbeitslosengeldes II oder der Grundsicherung im Alter“ nichts passiere. Die Grünen fordern ein eigenständiges Versorgungswerk des Bundestages. Und **Kerstin Müller** erklärt, die Erhöhung sei „in Zeiten, in denen Rentnerinnen und Rentnern sowie unteren Einkommen und Hartz IV-Beziehern Einschnitte zugemutet werden, absolut verfehlt.“

Die Linke **Ulla Lötzer** (Köln) verweist darauf, dass die Erhöhung mehr ausmache, „als das gesamte Monatseinkommen eines Hartz IV-Beziehers“. Diäten sollten sich nach der Erhöhung von Hartz IV-Sätzen richten. Ihre Erhöhung will sie „erneut sozial Benachteiligten zu Gute kommen“ lassen.

Verteidigt wird der Beschluss von der CDU: „Ich habe immer für die Ankoppelung an die Beamtenbesoldung gekämpft“, sagt **Wolf Bauer** (Euskirchen). Er will für die Erhöhung stimmen, meint aber: „Es ist ein bisschen ein unglücklicher Zeitpunkt.“ Die Kölner Abgeordnete **Ursula Heinen** billigt die Orientierung an der Besoldung von Bundesrichtern und hauptamtlichen Bürgermeistern mittlerer Kommunen mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern. Damit sei „ein angemessener und transparenter Vergleich gefunden - mein Wahlkreis hat knapp 300 000 Einwohner!“

Darauf verweist auch **Klaus-Peter Flosbach** (Oberbergischer Kreis). Er kann die Aufregung über die Erhöhung zwar verstehen, weist den Vorwurf der „Selbstbedienung“ aber zurück. Ein unabhängiges Gremium für Diätenfestlegung sei zwar wünschenswert. Dies habe Karlsruhe jedoch zweimal abgelehnt.

Auch **Stephan Eisel** (Bonn) hält es „für richtig, dass die Diäten an den Tarifabschluss Öffentlicher Dienst gekoppelt sind - wie zum Beispiel auch die Bezüge der Oberbürgermeister. Das heißt nämlich, dass der Bundestag nicht willkürlich die eigenen Erhöhungen festsetzt. Ich bin auch dafür, dass die Anpassung ein Jahr später erfolgt als im Öffentlichen Dienst und ohne Einmalzahlung, Weihnachts- oder Urlaubsgeld.“ Eine Spitze gibt es gegenüber der Linken: „Höhere Diäten ermöglichen auch mehr Spenden, aber damit prahlt man nicht, sondern die macht man.“

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1209913595339>



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 28/08

08. Mai 2008

Merkel freut sich auf Bonner Weltnaturschutzgipfel

Umweltausschuss des Bundestages tagt in Bonn

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat es begrüßt, dass der Deutsche Bundestag sich heute in einer eigener Debatte mit der UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn befasste: "Die Debatte hat unterstrichen welche hohe internationale Bedeutung der Weltnaturschutzgipfel in Bonn hat. So oft war von Bonn im Plenarsaal schon lange nicht mehr die Rede. Das unterstreicht die Chance, die wir als Gastgeber dieser Konferenz haben."

Die Bedeutung der Bundestagsdebatte wurde auch durch die Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstrichen. "Angela Merkel hat mir auch noch einmal gesagt, dass sie sich sehr auf die Bonner Konferenz freut." Eisel begrüßte es, dass in diesem Zusammenhang auch der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages am 27. Mai 2008 in Bonn tagen und sich in einer Anhörung mit dem Thema "Biologische Vielfalt" beschäftigen wird: „Das unterstreicht die Bedeutung der Bundesstadt.“

Bei der Bundestagsdebatte hatten alle Fraktionen Anträge zur Bonner Konferenz in den Bundestag eingebracht. Beschlossen wurde ein gemeinsamer Antrag von CDU/CSU und SPD mit dem Titel „Weltnaturschutzgipfel 2008 in Bonn – Biologische Vielfalt schützen, nachhaltig und gerecht nutzen.“ Darin wird unterstrichen, dass der Bonner Konferenz „eine wegweisende Bedeutung“ zukommt. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, „die Gastgeberrolle Deutschlands für die 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und den anschließenden Vorsitz zu nutzen, für einen modernen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen einzutreten.“

General-Anzeige
08.05.2008

Gedenken an die Bücherverbrennung

BONN. Kurt Tucholsky gehört dazu. Aber auch Heinrich Mann und der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky. Werke dieser und anderer Autoren fielen der Bücherverbrennung der Nationalsozialisten zum Opfer, die sich in diesem Jahr zum 75. Mal jährt. Aus diesem Anlass erinnert die Gedenkstätte Bonn am Samstag, 10. Mai, ab 17.30 Uhr in der Gedenkstätte, Franziskanerstraße 9, an die Literaten, deren Werke auch in Bonn in Flammen aufgingen. Unter anderem werden Manfred van Rey, Vorsitzender des Trägervereins der Gedenkstätte, der Bonner Bundestagsgeordnete Stephan Eisel (CDU), AStA-Vorsitzender Christopher Paesen und Pascal Becker vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten sprechen. Dazu werden Texte von damals betroffenen Autoren vorgetragen. Zum Abschluss wird Ingrid Bodsch, Leiterin des Stadtmuseums, eine Bonner Schule für ihr Engagement zu diesem Thema auszeichnen. Eintritt frei. me

Bonner Rundschau
10.05.08

ZITAT

» Angela Merkel hat mir gesagt, dass sie sich sehr auf die Bonner Konferenz freut. «

STEPHAN EISEL,
Bonner CDU-Bundestagsabgeordneter



Express 13.05.2008

Olympia-Fund im Schulkeller

Fackelstab von 1936 im Clara-Schumann-Gymnasium

Von MARION STEEGER

Bonn – Was taucht da noch im Keller des Bonner Clara-Schumann-Gymnasiums auf? Vor vier Jahren entdeckte man hier Briefe der weltberühmten Pianistin Clara Schumann. Jetzt fand ein Schüler einen Fackelhalter der Olympischen Spiele 1936.

Das Gymnasium wird zurzeit für 3,5 Millionen Euro grundsanitiert. Also stolberte Schüler Kilian Fritz bei Auf-

räumarbeiten im Archivraum. Direktor Dr. Willi Nikolay: „Zwischen alten Klassenhüchern entdeckte er den Fackelhalter. Erst habe ich ihn in meinem Büro deponiert. Doch dann kam die aktuelle Diskussion Tibet und Fackellauf auf.“

Nikolays spontaner Entschluss: Der Halter aus Krupp-Stahl (einer von 3639, mit denen 1936 das Olympische Feuer von Griechenland nach Berlin gebracht wurde) muss ins Bonner

Stadtmuseum.

Bei der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag der Bücherverbrennung in der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus die Übergabe. Gedenkstätten-Leiterin Astrid Mehmel: „Ein wirklich ungewöhnlicher Fund. Da wir aber an die Opfer erinnern, das Stadtmuseum sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigt, gehört der Fackelhalter auch dorthin.“

Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan



Finder Kilian Fritz, Gedenkstätten-Leiterin Astrid Mehmel, Direktor Dr. Willi Nikolay, Museumschefin Ingrid Bodsch mit dem Fackelstab von 1936, auf dem die Laufstrecke von Olympia nach Berlin eingraviert ist.

Foto: Wolfgang Hübner-Stauf

Eisel zur historischen Parallelität: „Schon an den Olympischen Spielen 1936 konnte man sehen: Die Aussage, Sport und Politik hätten

nichts miteinander zu tun, trifft nicht zu. Auch die Chinesen wollen den Sport für die Politik nutzen.“
Hintergrund: Die Nationalsozialisten ließen den Fackellauf erstmals austragen, spektakulär von Leni Riefenstahl in Szene setzen und nutzten den Lauf und die gesamten Spiele zur Propaganda.

Geschichte hautnah ist jetzt am Clara-Schumann-Gymnasium angesagt: „Wir wollen natürlich rausfinden, wie der Fackelhalter in den Keller kam, ob da jemand von unserer Schule 1936 mitgelaufen ist“, so Direktor Nikolay.

General-Anzeiger
13.05.2008

Als dunkle Wolken am Himmel hingen

BÜCHERVERBRENNUNG In der Gedenkstätte erinnern Redner an den 10. Mai 1933. Der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel fordert, die Freiheit des Geistes zu nutzen

Von **Philipp Weiskirch**

BONN. Schwarze Wolken hängen über dem Marktplatz, vermischen sich mit der Dunkelheit der Nacht und quellen weiter auf. Unten vor dem Rathaus stehen sie, zu Tausenden, rund um das Feuer versammelt. Die Flammen zucken, der Scheiterhaufen lodert, türmt sich meterhoch – bis er zusammenkracht. Es sei, so berichten Zeitungen damals, als ziehe eine Truppe auf zum Gefecht. Es ist der 10. Mai 1933, der Tag der Bücherverbrennung.

Dieses gespenstische Szenario um Mitternacht spielte sich nicht nur in Bonn ab. Über fast allen Universitätsstädten in Deutschland hingen an diesem Tag dunkle Wolken. „Und jetzt, 75 Jahre danach, ist es unsere Aufgabe, daran zu erinnern, was damals passiert ist“, sagte Stephan Eisel. Der CDU-Bundestagsabgeordnete war am Samstag einer der Gastredner in der Bonner Gedenkstätte, um vor rund 50 Besuchern das wertzun-

schätzen, wovor die Nazis so große Angst hatten: die Kraft des Geistes. „Jeder von uns hat die Freiheit des Geistes.“ Und die solle man nutzen.

Es waren die Studenten im Dritten Reich, die die Bücherverbrennung entfachten. „Die deutsche Studentenschaft hat den Kampf aufgenommen, ein Ende des un-deutschen Geistes herbeizuführen.“ Mit diesen Worten aus den Archiven skizziert Manfred van Rey, Vorsitzender des Trägervereins der Gedenkstätte, ein unheimliches Wesen, in dem sich die Studenten von heute nicht mehr wiederfinden können.

Auch nicht Pascal Becker. „Der 10. Mai 1933 ist der traurige Höhepunkt der Aktion „Wider den un-deutschen Geist“, sagt der Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). „Wir müssen diesen Tag als Mahnungstag begreifen und jede Form von Antisemitismus bekämpfen.“ Genauso sieht es Christopher Paeßen (Jusos), ASiA-Vorsitzender



Erinnerung: In der Gedenkstätte hören Besucher dem CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel zu, der anlässlich der Bücherverbrennung vor 75 Jahren vom Podium spricht. FOTO: BARBARA FROMMANN

der Uni Bonn. Er sei dankbar für die „Errungenschaft des demokratischen Diskurses der Studenten.“ Viele Bücher sind verbrannt, doch ihr Geist lebt weiter – bis heute. Den besten Beweis dafür

liefert Anke Zillich vom Theater Bonn. Sie trägt Exil-Literatur und Gedichte vor von Heinrich Mann, Bertha von Suttner und den Protestbrief „Verbrennt mich“ von Oskar Maria Graf. Und während

sie liest, wird jedem bewusst, dass die Kraft des Geistes durch wirklich nichts zu zersetzen ist – denn „wer sich Bücher kauft, der kauft sich Seelen“, so Joachim Ringel-

General-Anzeiger
13.05.2008

OB schickt Fahne zurück

TIBET Disput zwischen
Bärbel Dieckmann
und Stephan Eisel

BONN. „Bedauerlich“ findet der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die Reaktion von Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD) auf seinen Vorschlag zur Beteiligung der Stadt an einer Internationalen Tibet-Aktion im kommenden Monat. Die OB hatte Eisel eine von ihm zur Verfügung gestellte Tibet-Fahne kommentarlos zurückgeschickt. Bärbel Dieckmann sagte dazu dem GA: „Wir helfen den Menschen in Tibet nicht, wenn wir uns in Deutschland darauf beschränken, die tibetische Fahne zu zeigen. Wollen wir etwas für sie erreichen, dann ist eine weniger populistische, aber effiziente politische Sacharbeit angesagt, wie sie die Regierungen von Schmidt über Kohl bis Schröder geleistet haben.“ Der deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog, der in China bereits zu positiven Veränderungen geführt habe, müsse fortgesetzt werden; dies sei für die Menschen in China und in Tibet wichtiger, sagte die OB, die es begrüßen würde, wenn Eisel sich „für die Menschen in Birma/Myanmar ebenso engagieren würde wie für Tibet“.

Eisel erinnert daran, dass sich beim Internationalen Tibet-Solidaritätstag im vergangenen Monat über 1 000 deutsche Städte und Gemeinden dadurch beteiligt hatten, indem sie Tibet-Fahnen auf den Rathäusern gehisst hatten; darunter waren Städte wie Düsseldorf, Stuttgart, Potsdam, Frankfurt/Main und Aachen. Eisel: „Ich halte es für falsch, dass die Oberbürgermeisterin die Bundesstadt hier isolieren will und hoffe auf Einsicht.“ ly



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 29/08

13. Mai 2008

Eisel verlangt Entschuldigung von OB

Im heutigen Generalanzeiger wird die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann mit den Worten zitiert, sie würde es begrüßen, wenn sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel „für die Menschen in Birma/Myanmar ebenso engagieren würde wie für die Tibet“. Dazu schrieb Eisel heute folgenden Brief an Frau Dieckmann:

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

was ich als wörtliches Zitat von Ihnen im heutigen Generalanzeiger gelesen habe, mag ich nicht glauben. Wenn das Zitat stimmt, meinen Sie kritisieren zu müssen, ich würde mich für die Menschen in Birma nicht ebenso engagieren wie für die in Tibet.

Wie kann man nur die Opfer der einen Diktatur gegen die andere ausspielen ? Ich kann nicht glauben, dass Sie sich auf ein solches Niveau begeben haben und erwarte von Ihnen eine Richtigstellung dieser Ihnen zugeschriebenen Äußerung und eine Entschuldigung für den mir gegenüber erhobenen persönlich verletzenden Vorwurf.

Dies gilt umso mehr als Sie auf meiner homepage seit mehreren Tagen einen Spendenaufruf für die Opfer der Naturkatastrophe in Birma finden können. Ich lade Sie herzlich ein, diesem Spendenaufruf auch auf Ihre homepage zu übernehmen und bin gerne bereit, diesen mit Ihnen auch in anderen Medien zu verbreiten. Außerdem schlage ich vor, dass wir uns in einem gemeinsamen Schreiben an die Machthaber in Birma wenden und sie auffordern, endlich die Zugangssperren für internationale Hilfe völlig aufzuheben.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie die tragischen Ereignisse in Birma im Blick auf unsere Meinungsverschiedenheiten zur Art des Protestes gegen die Menschenrechtsverletzungen in Tibet instrumentalisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Eisel
-Für Bonn im Bundestag-

General-Anzeiger
15. 05. 2008

Eisel: OB soll sich entschuldigen

BONN. Eine „Entschuldigung für den mir gegenüber erhobenen persönlich verletzenden Vorwurf“ verlangt der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel von Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann. Die Sozialdemokratin hatte dem GA gegenüber erklärt, sie würde es begrüßen, wenn Eisel sich „für die Menschen in Birma/Myanmar ebenso engagieren würde wie für Tibet“. Unter Bezug auf dieses Zitat teilte er der OB mit, auf seiner Homepage rufe er seit mehreren Tagen zu Spenden für die Naturkatastrophe in Birma auf; er lade sie „herzlich ein“, diesen Aufruf auch über ihre Homepage zu verbreiten. ly

Bonner Rundschau 16. 05. 2008

GELDSORGEN

Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel stellt sich der Diskussion um die umstrittene Diätenerhöhung und veranstaltet dazu eine eigene Bürgerversammlung: „Ist Ihr MdB sein Geld wert?“ Eisel hat sich im Bundestag für die Koppelung der Abgeordne-

tenbezüge an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst ausgesprochen, ist also für eine Diätenanpassung. Die Versammlung findet am Montag, 9. Juni, 20 Uhr, im Weinhaus Daufenbach statt. Anmeldung unter stephan.eisel@bundestag.de oder Ruf (02 28) 18 49 98 32.

CDU will den Wechsel

GESELLSCHAFT Empfang im Conference Center

BONN. „Das ist nicht unsere Linie, wir wollen einen Wechsel an der Spitze“, fand der Kreisvorsitzende der Bonner CDU, Axel Voss, beim Jahresempfang der Union klare Worte zur Oberbürgermeisterin. Zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur waren ins World Conference Center (WCC) gekommen, darunter Intendant Klaus Weise, Polizeipräsident Wolfgang Albers, Rhein Energie Vorstandsmitglied Thomas Breuer

sowie die CDU-Bundes- und Landtagsabgeordneten Norbert Röttgen, Stephan Eisel und Helmut Stahl. Nach der Begrüßung von Voss, der unter anderem die Politik der CDU in Bund, Land und Kommune skizzierte, stellte Matthias Schulze, Vize-Präsident von SMI Hyundai, die Arbeiten am WCC vor.

Anschließend warfen viele Gäste bei einer Führung einen Blick hinter die Kulissen des WCC. **jab**



Jahresempfang: Die CDU-Spitzen begrüßen zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur im World Conference Center. **FOTO: FROMMANN**

Schaupenski 21.05.08

(SF/JW). Auf Einladung der Bonner Bundestagsabgeordneten **Uli Kelber** (SPD) und **Stephan Eisel** (CDU) wird der ehemalige Bundesminister für Arbeit und Soziales, **Norbert Blüm**, am Mittwoch, 21. Mai, ab 18 Uhr, Treffpunkt "Haus der Geschichte" den „Weg der Demokratie“ im alten Regierungsviertel in Bonn begehen.

Alle Bürger sind zu diesem Rundgang eingeladen. Norbert Blüm wird an verschiedenen Stationen über seine Erinnerungen und Erlebnisse im politischen Bonn berichten. Stephan Eisel und Uli Kelber werden ihn begleiten.

Uli Kelber setzt mit Norbert Blüm die 2005 begonnene Reihe des „Prominentenrundgangs“ fort.

General-Anzeiger

22.123.05.08

TIPPS UND TERMINE

Fackellauf für Tibet

BONN. Mit einem Fackellauf auf dem „Weg der Demokratie“ machen die Tibetinitiative Deutschland, der Verein der Tibeter in Deutschland und der Verein Focus Tibet an diesem Freitag auf die Menschenrechtslage in Tibet aufmerksam: Die Fackel wird ab 16 Uhr vom Alten Rathaus über die Adenauerallee zum Rhein-Eingang des früheren Plenarsaals (World Conference Center) getragen. Dort findet um 17 Uhr die Abschlusskundgebung statt, Otto Graf Lambsdorff spricht. Schirmherren sind die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, Ulrich Kelber und Guido Westerwelle. **lkt**

„Sandy Beach“ lädt zum Strandurlaub

Express
23.05.2008

Liegestuhl-Feeling in Oberkassel

Die Strandsaison in Oberkassel hat begonnen. Neuer Betreiber der Strandbar „Sandy Beach“ ist **Timo Dederichs** (Sohn von Beuels

von Dederichs' Gattin **Trudi** an, da er überlegt, es seiner Frau **Martina** zu schenken), SPD-Stadtverordneter **Dieter Schaper**. Nur eine fehlte: Obermöhn **Evi Zwiabler**. „Evi feiert heute ihren Geburtstag, deshalb konnte sie nicht kommen“, verrät **Günter Dederichs**.



CDU-Fraktionssprecher **Günter Dederichs**). „Wir haben viel vor dieses Jahr“, erzählt der Junior. „Es wird wieder ei-

☆☆☆
Addi Waldmann, den meisten Bonnern als der „Mann mit der Quetsch“ von den „Vier Sternenburgern“ bekannt, feierte seinen 80. Geburtstag. „Trotz meiner 80 Lenze mache



Sandy-Beach-Betreiber **Timo Dederichs** (m.) mit Bezirksvorsteher **Hürter** und Kellnerinnen **Lena** (l.) und **Maren** (r.)

ne „Miss Bonn“ Wahl geben (unterstützt vom Bonner EXPRESS). Außerdem würden wir gerne sogenannte „Fashion Weeks“ abhalten. Wir möchten damit jungen Designern eine Plattform bieten. Wer Interesse hat, kann sich ab sofort bei uns melden“, erklärt **Dederichs**.

Gratuliert zur Eröffnung haben unter anderem: **MdB Dr. Stephan Eisel**, Bezirksvorsteher **Wolfgang Hürter**, Papa **Günter Dederichs**, Bayernzeltbetreiber **Uwe** und **Jeanette Hölzgen**, CDU-Stadtverordneter **Guido Déus** (guckte sich nebenbei noch das schicke Peugeot Cabrio

ich immer noch Musik in einer Band, den „Oldman Swingers“, erzählt das Geburtstagskind stolz. Gefeiert wurde mit den Stammtisch-Brüdern bei Schützenhäuschen-Wirt **Ralf Werner** in Eendenich.



Wirt **Ralf Werner** (links) gratuliert **Addi**. Foto: Paul

Express 20.05.2008

Bonner Fackellauf für Tibet

Am Tag des Grundgesetzes (23. Mai) wird in Bonn eine Fackel vom Alten Rathaus über die Adenmetallee zum rheinseitigen Eingang des World Conference Centers getragen. Organisiert wird dies von der Regionalgruppe der Tibetinitiative Deutschland. Um

16 Uhr geht's los, bevor dann am Stresemannufer um 17 Uhr eine Abschlusskundgebung stattfindet, auf der **Otto Graf Lambsdorff** spricht. Schirmherren sind die drei Bonner Bundestagsabgeordneten **Ulrich Kelber** (SPD), **Guido Westerwelle** (FDP) und **Stephan Eisel** (CDU).

Bonner Rundschau 24.05.2008

FÜR TIBET



Fackellauf entlang des Weges der Demokratie gestern in Bonn: Eingeladen dazu hatten unter Schirmherrschaft der Bonner Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel** (CDU, r.), **Ulrich Kelber** (SPD) und **Guido Westerwelle** (FDP) die Tibetinitiative Deutschland, der Ver-

ein der Tibeter in Deutschland und Focus Tibet, um auf die Menschenrechtslage in Tibet aufmerksam zu machen. Zur Fackelübergabe an **Telzin Tsul-tin** (M.) vor dem Alten Rathaus waren (v.l.) Generalintendant **Klaus Weise** und Bürgermeister **Helmut Joisten** gekommen.

Bonn hat viel zu bieten. Nicht nur Sehenswürdigkeiten, eine blühende Wirtschaft oder tolle Konzerte. Nein, in Bonn wird auch kräftig gefeiert. Bei Geschäfts- oder Kneipeneröffnungen, bei Partys, beim Presse- oder Juristenball. Und da trifft man immer

wieder auf Bonner, die gerne feiern, die es lieben, das Tanzbein zu schwingen. **EXPRESS** hat sich mal umgehört, wer denn hier zu den „Top 20“ gehört. Ihrer Ansicht nach fehlt jemand? Einfach eine Mail an bonn@express.de mit dem Betreff „Top 20 Party“.

General-Anzeiger
24.125.05.2008

Eisel wirbt für USA-Stipendium

BONN. Für einen jungen Bonner könnte es 2009 heißen: Ab in die USA – und das kostenlos. Möglich macht's das „Parlamentarische Patenschaftsprogramm“, das 1983 vom US-Kongress und dem Deutschen Bundestag ins Leben gerufen wurde. In jedem Bundestagswahlkreis wird pro Jahr eine Person ausgewählt, um als Stipendiat ein Jahr in den USA zu verbringen. Der Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** (CDU) lädt die Bonner Schüler zur Teilnahme ein. Bewerbungsschluss für die Zeit von Sommer 2009 bis Sommer 2010 ist am 5. September. Bewerben können sich Schüler, die zwischen 1. August 1991 und 31. Juli 1994 geboren sind, sowie Auszubildende und junge Berufstätige. Diese müssen zwischen 1. August 1984 und 31. Juli 1993 geboren sein. Weitere Infos unter www.stephaneisel.de oder unter www.bundestag.de/ppp. **meu**



Dr. Stephan Eisel

Der Bonner MdB ist ein besonderer Fan der „fünften“ Jahreszeit. Kaum eine Sitzung, bei der er nicht in ausgefallenen Kostümen auftaucht.

Express
24.05.2008

General - Anzeiger

24. / 25. 05. 2008

Ein Bückling vor dem ewigen Arbeitsminister

WEG DER DEMOKRATIE Norbert Blüm ist mit den Bonner Abgeordneten Uli Kelber und Stephan Eisel im ehemaligen Regierungsviertel unterwegs. Die Enkelin schaffte es bis ins Bundestags-Protokoll

Von **Christoph Meurer**

BONN. Eines wollte er auf keinen Fall, betonte Norbert Blüm: Die Vergangenheit erklären. Und doch kam der ehemalige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung ins Schwärmen, als er von früher erzählte.

Auf Einladung der beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Uli Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) spazierte der Ex-Minister mit rund 50 interessierten Bürgern am Donnerstag auf dem „Weg der Demokratie“ im ehemaligen Regierungsviertel und berichtete aus seinem langen Politikerleben. Vom Haus der Geschichte ging es, mit Station am Kanzleramt, zum ehemaligen Bundestag.

Blüm gehört ohne Frage zu den politischen Dauerbrennern der Bonner Republik. 1950 in die CDU eingetreten, saß er von 1972 bis 1981 sowie von 1983 bis 2002 im Deutschen Bundestag. In Erinnerung ist er aber als der ewige Arbeitsminister geblieben; von 1982 bis 1998 hatte er dieses Amt inne. Dennoch sei es für ihn damals eine Überraschung gewesen, dass Helmut Kohl ihm das Amt angeboten habe. „Das war schon eine

Umstellung“, erinnert sich Blüm, der vor der Amtübernahme Senator in Berlin gewesen war. Auch die ersten Visiten im Kanzleramt seien nicht einfach gewesen. „Alle machen einen Bückling vor dir und du weißt noch nicht einmal, wo welcher Raum ist“, berichtet er schmunzelnd.

An die Debatten im Bundestag, die für ihn immer eine Art sportlicher Wettkampf gewesen seien, erinnert er sich ebenfalls gerne zurück. Besonders die großen Reden wie Franz Josef Strauß, Helmut Schmidt oder Herbert Wehner hat er noch im Ohr. Letzteren nennt Blüm nicht ohne Verehrung einen „Feuer speienden Vesuv“.

Bei harter Politik musste es auch zwischendurch Zeit für einen Spaß geben. So erzählt Blüm voller Freude, wie er es einst schaffte, einen parlamentarischen Staatssekretär dazu zu bringen, in seiner Rede vor dem Bundestag, die Geburt von Blüms Enkelin zu verkünden. So verhalf dieser der Enkelin zu einer besonderen Ehre: Sie ist der einzige Mensch auf der Welt, dessen Geburt im Protokoll des Deutschen Bundestages vermerkt ist. Trotz des einen oder anderen Skandals und so man-



„Nobbys“ Plauderstunde: Mit Gesten und seiner unnachahmlichen Art zu sprechen unterhält Norbert Blüm vor dem ehemaligen Plenarsaal auch Uli Kelber und Stephan Eisel (mit Megaphon).

FOTO: VOLKER LANNERT

chen Ärgers, hat Blüm im Großen und Ganzen an die Bonner Zeit gute Erinnerungen. „Mit der Bonner Republik ist einer der glücklichsten Abschnitte, in der Wiedervereinigung mündend, unserer Geschichte verbunden“, sagte Blüm. „Bonn hat Deutschland gut getan.“

General-Anzeiger 24./25.05.2008

Ein weißes Leinentuch wirbt für ein freies Tibet

PROTEST Fackellauf unter der Schirmherrschaft der Bonner Bundstagsabgeordneten führte vom Rathaus ans Stresemannufer. Lambsdorff: Wir müssen den öffentlichen Druck aufrechterhalten

Von **Phillip Weistrich**

BONN. Aus der Ferne war es schon zu sehen: Direkt vor dem Alten Rathaus schwebte über den Köpfen der Menschen ein großes weißes Leinentuch. Darauf verkündeten klar gezeichnete blaue Lettern die Botschaft des gestrigen Nachmittags: „Kein Olympia-Fackellauf durch Tibet.“ Stattdessen ein tibetischer Fackellauf durch Bonn – für Demokratie und Menschenrechte.

„Vor genau 59 Jahren wurde hier in Bonn das Grundgesetz unterzeichnet“, sagte Bürgermeister Helmut Joisten in seiner Ansprache. „Und mit diesem historischen Datum will die Stadt heute ein Zeichen für einen Wert wie das Menschenrecht in Tibet setzen.“

Drei Tibet-Gruppen hatten gemeinsam mit der Stadt – unter der Schirmherrschaft der Bonner Bundstagsabgeordneten Stephan Eisel, Ulrich Kelber und Guido Westerwelle – den symbolischen Fackellauf ins Leben gerufen. Vom Alten Rathaus über den Hofgarten und die Adenauerallee ging es zum Ziel ans Stresemannufer.

Dort warteten über 200 Tibet-Anhänger, sie applaudierten und schwenkten Fahnen für die rund 30 Fackelläufer. Unter ihnen ein prominenter Politiker: Ex-Wirt-



Für Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte in Tibet werben die Teilnehmer des Fackellaufs durch die Innenstadt zum Rheinufer. Drei Tibet-Gruppen und die Stadt Bonn haben den Lauf organisiert.

schaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP). Er kritisierte die Politik Chinas heftig. „Wir dürfen uns keine Illusionen machen. China zerstört Klöster und unterdrückt die Religionsausübung der Tibeter.“ Es sei falsch gewesen, dass sich Außenminister Stein-

meier weigerte, den Dalai Lama zu empfangen. Lambsdorff blickte jedoch optimistisch nach vorne: „Die letzten Gespräche zwischen China und Tibet waren besser. Wir müssen den öffentlichen Druck aufrecht erhalten.“

Stephan Eisel (CDU) forderte

die Sportfunktionäre des Internationalen Olympischen Komitees dazu auf, Verantwortung zu übernehmen.

Es könne nicht sein, dass Vizepräsident Thomas Bach beim Fackellauf durch Tibet mitlaufe und sich zum Bestandteil der chines-

sehen Propaganda mache.

Zum Abschluss des tibetischen Fackellaufs schickten die Demonstranten Luftballons in den Farben Tibets gen Himmel – um ihren sehlichsten Wunsch in alle Windrichtungen zu streuen: „Free Tibet.“

Foto: Volker Lannert

Express 27.05.2008

Artenvielfalt und Demokratie

Bonn – Sie sind hier, um dem Artensterben den Kampf anzusagen: Bürgermeister und Vertreter aus Städten rund um den ganzen Globus sind nach Bonn gekommen, um „konkrete Schritte“ zu vereinbaren.

OB Bärbel Dieckmann begrüßte dazu unter anderem den Bürgermeister aus Durban (Südafrika), Obed Mlaba, und den obersten Artenschutz der UN, Dr. Ahmed Djoghlaif. Die Aufgabe für die Städte des Nordens sei es, so Dieckmann, fair gehandelte Produkte einzukaufen, um Landflucht und



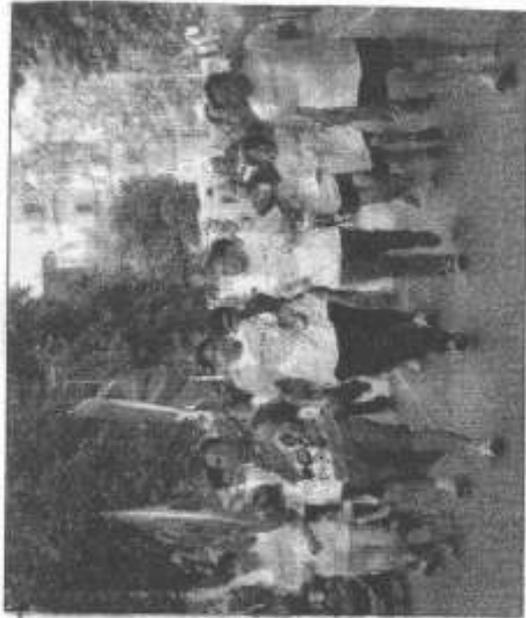
Bürgermeister Obed Mlaba und Dr. Ahmed Djoghlaif von den UN neben Bärbel Dieckmann (v.l.).

Fotos: WHS

Armut in den Metropolen des Südens zu mildern.

Auch das bewegt zurzeit die Gemüter der Bonner: Am Wochenende versammelten sich viele Tibeter und deren Unterstützer zu einem Fackellauf für Demokratie. Die Teilnehmer joggten entlang des „Weges der Demokratie“ vom Alten Rathaus bis zum World Conference Center.

Dabei war Generalintendant Klaus Weise. Seine Motivation: „Ich wünsche mir im öffentlichen Leben mehr Persönlichkeiten wie den Dalai Lama.“



Mit Tibet-Flaggen ging es auf den „Weg der Demokratie“. Mit dabei war Generalintendant Klaus Weise (r.).

General-Anzeiger
03.06.2008

Deutschlands Rolle in Afghanistan

Zum Gespräch „Deutschlands Rolle in Afghanistan“ lädt das Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie für Montag, 9. Juni, ab 18.15 Uhr in den Hörsaal I des Universitätshauptgebäudes ein. Es diskutieren MdB Stephan Eisel (CDU), Dirk Brengelmann vom Auswärtigen Amt, Brigadegeneral Bühler und Knut Kirste von der Nato. Wolfram Hilz moderiert. ga

Schaufenster 04.06.2008

100 Jahre Stadtsportbund Bonn

„Tag des Sports“ auf dem Münsterplatz war fast ein „Tag des Wassersports“



■ Wahren Sportsgeist zeigten diese vier Kicker: Sie ließen sich auch vom strömenden Regen nicht abhalten und lieferten sich ein spannendes Spiel.
Fotos: Telis Koukoullis

BONN. (kou) Bis zum Nachmittag meinte es das Wetter am Samstag gar nicht gut mit dem Stadtsportbund Bonn (SSB) und seinem „Tag des Sports“ auf dem Münsterplatz und dabei gab es immerhin das 100-jährige Jubiläum der Organisation zu feiern. Auch wenn es sich mehr wie ein „Tag des Wassersports“ anfühlte, ließen sich die teilnehmenden Vereine und Institutionen trotz des Dauerregens nicht beirren und präsentierten auf ansprechende Weise mit viel Sportsgeist an ihren Infoständen, in den Themenzelten so-



■ Heinz-Helmich van Schewick (links) nahm die Gratulationen von Dieter Steffens, Dr. Johannes Vöcking, Sandra Minnert, Helmut Joisten, Stephan Eisel und Andreas Stommel vom Bonner Zentrum für ambulante Rehabilitation (2. bis 7. von links) entgegen.

wie auf den Aktionsflächen verschiedene Sportarten und Themen rund um den Sport.

„Es ist eine Bewegung, die insgesamt 78.000 Bonnerinnen und Bonner in rund 280 Vereinen und 111 Betriebs-sportgemeinschaften vertritt. Der Stadtsportbund ist das Bindeglied zwischen Stadt, Vereinen und Sport“, würdigte Bürgermeister Helmut Joisten das langjährige Engagement des SSB.

„100 Jahre Stadtsportbund ist das Ergebnis von viel ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit“, resümierte SSB-Vorsitzender Heinz-Helmich van Schewick, und bedankte sich bei den zahlreichen Sponsoren und den vielen großen Sportlern, die den Stadtsportbund immer wieder unterstützen. Ebenso präsentierte van Schewick die jetzt erschienene Festschrift des Stadtsportbundes mit seiner ausführlichen Geschichte.

Bei der Eröffnung zum „Tag des Sports“ gratulierten außerdem der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel, der Vorsitzende des Sportausschusses Dieter Steffens, BARMER-Vorstand Dr. Johannes Vöcking und die 147-fache Fußball-Nationalspielerin Sandra Minnert vom SC 07 Bad Neuenahr. Die Weltmeisterin von 2003 und 2007 gab nach der Eröffnung außerdem noch fleißig Autogramme.

Am Sonntag gratulierte auch Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann den Verantwortlichen des Stadtsportbundes bei einem Empfang im Gobelisaal des Alten Rathauses.

Schau fenster 04.06.2008

Impressionen vom Promenadenfest

35 Beueler Vereine präsentierten sich mit Infoständen und einem tollen Unterhaltungsprogramm



■ Mit Kuchen vom Alten Beueler Damenkomitee verwöhnte Obermöhne Evi Zwiebler den Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, Bezirksbürgermeister Wolfgang Hürter und den Stadtverordneten Guido Déus.

General-Anzeiger

06.06.2008

„Bruch des Gesetzes“

BONN/BERLIN Eisel und Kelber kritisieren den Bund wegen Schäuble-Neubau

BONN/BERLIN. Als „klaren Bruch des Berlin/Bonn-Gesetzes durch das Innenministerium mit Duldung der gesamten Bundesregierung und unter Mithilfe des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages“ haben die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) den Umfang des Neubaus des Bundesinnenministeriums (BMI) in Berlin kritisiert. In dem 197 Millionen Euro teuren Bau sollen außer den Büros für die 1 125 Berliner auch gleich die Räume für die 266 in Bonn tätigen Schäuble-Mitarbeiter errichtet werden; einen entsprechenden Beschluss fasste der Haushaltsausschuss auf Antrag von Union und SPD. Die Regierung kaschiere jetzt zwar die Nutzung der Büros durch die Bonner, indem man andere Behörden als möglich Mieter benenne, teilten die Abgeordneten dem GA mit; der „Geist des Verstoßes ändert sich dadurch aber nicht“. Eisel und Kelber werfen den Berlin-Fans vor, entgegen dem Berlin/Bonn-Gesetz und allen Beteuerungen, die Ministeriums-Arbeitsplätze in Bonn zu belassen, „jeden einzelnen Bonner Beschäftigten der Ministerien zum Umzug zwingen zu wollen“. Sie fordern Parlament und Regierung auf, sich an das Berlin/Bonn-Gesetz zu halten. ly

Bonner Rundschau 09.06.2008

TIPP DES TAGES

„Ist ihr MdB sein Geld wert?“ Obwohl die umstrittene Diätenerhöhung vom Tisch ist, stellt sich der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel am heutigen Montag um 20 Uhr im Weinhaus Daufenbach, Brüdergasse 6, dieser Frage. Eisel hat selbst zu dieser Bürgerversammlung eingeladen.



General-Anzeiger
09.06.2008

Abgeordnetenbezüge

BONN. Zu einer Bürgerversammlung zum Thema Abgeordnetenbezüge lädt der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel ein für heute, 20 Uhr, ins Weinhaus Daufenbach, Brüdergasse 6. Eisel wird Fragen zu seinen Einnahmen und Ausgaben und zu seinem Arbeitsaufwand als Abgeordneter beantworten. Weitere Infos unter www.stephaneisel.de. fuc

General-Anzeiger
11.06.2008

TIPPS UND TERMINE

Ein europäischer Ausflug

BONN. Die Deutsch-Italienische Gesellschaft „Società Dante Alighieri“ lädt für heute ab 20 Uhr in das Haus am Redoutenpark, Kurfürstenallee 10, in Bonn Bad-Godesberg, zu einem Abend mit dem Thema Europa ein. Sowohl Musikalisch als auch rednerisch wird der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel diesen Abend gestalten. see

Kölner-Stadt-Anzeiger 11.06.2008

Ideenschmiede für das Grundgesetz

Der Parlamentarische Rat kam erstmals am 1. September 1948 im Museum Koenig zusammen

Eine Feier anlässlich dieses wichtigen Ereignisses findet jetzt auch in Bonn statt.

Bonn - Die erste Veranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages des Grundgesetzes findet in Bonn statt. Konkret am 6. September dieses Jahres im Museum Koenig. Dort war am 1. September 1948 zum ersten Mal der Parlamentarische Rat zusammengekommen, der das Grundgesetz ausgearbeitet hatte.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel, der sich ebenso wie sein SPD-Kollege Ulrich Kelber und Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann in Berlin für die Einbeziehung der früheren Bundeshauptstadt in die Jubiläums-Feierlichkeiten eingesetzt hatte, sagte jetzt nach einem Gespräch mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, dass dieser die Veranstaltung am 6. September eröffnet wird. Nach der Festrede des Pu-

blizisten Alfred Grosser findet ein Podiumsgespräch mit dem derzeitigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans Jürgen Papier, sowie den ehemaligen Präsidenten Jutta Limbach und Ernst Benda über den Parlamentarischen Rat und die Verfassungsentwicklung statt. Eingeladen werden laut Eisel rund 250 Gäste: Bundes-, Europa- und Landtagsabgeordnete sowie Minister. Ob auch "normale" Bürger an der Veranstaltung teilnehmen (dürfen), ist noch offen.

Nachdem eine Arbeitsgruppe des Bundestages und des Bundesinnenministeriums bei der Vorbereitung der 60-Jahr-Feiern Bonn zunächst schlichtweg vergessen hatte, schalteten sich die OB und die beiden Bonner MdBs ein. "Bei der Vorbereitung... ist die Stadt Bonn als Veranstaltungsort ohne Zweifel einzubeziehen", teilte schließlich Kanzleramtsminister Thomas de Maiziere der OB mit und wies zugleich auf die "historische Bedeutung der Stadt Bonn für die Bundesrepublik Deutschland" hin.

Dieckmann hatte im vergangenen Dezember Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben: "Trotz des Umzugs (von Parlament und Teilen der Regierung) bleibt Bonn Verfassungsstadt der Bundesrepublik Deutschland und ist 50 Jahre lang ein guter Name für eine erfolgreiche freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Politik gewesen und bis heute auch als deutsche UN-Stadt geblieben."

Im September kommenden Jahres könnte nach den Vorstellungen von Eisel in Bonn erneut eine Jubiläumsfeier stattfinden - im Plenarsaal, mit früheren und jetzigen Bundestagsabgeordneten. Denn an jenem Tag vor 60 Jahren kam das Parlament in der Pädagogischen Akademie zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. (ly)

Hier schlug die Geburtsstunde des Grundgesetzes - im Museum Koenig in der Adenauerallee.

BILD: DPA

Bürgerfest zum Staatsgeburtstag Merkel steht zu Bonn

In intensiven Gesprächen mit der Bundesregierung setzt sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel für ein Bürgerfest in Bonn anlässlich des 60-Jahres-Jubiläums des Grundgesetzes im nächsten Jahr ein. „Es geht um das Bonner Grundgesetz und da kann es nicht nur in Berlin ein Bürgerfest geben. Hier steht der Bund auch in der Verantwortung gegenüber den Bonnerinnen und Bonnern. Das sieht auch Angela Merkel so und deshalb bin ich zuversichtlich, dass der Bund auch in der Bundesstadt Bonn ein Bürgerfest ausrichten wird.“

Am Samstag, 23. Mai 2009, wird in Berlin die Bundespräsidentenwahl stattfinden. Daran soll sich ein Staatsakt und am Tag darauf ein Bürgerfest auf der Fanmeile vor dem Brandenburger Tor anschließen. Eisel, der

schon Veranstaltungen des Bundestages zum Verfassungsjubiläum in Bonn durchgesetzt hat, hält das nicht für ausreichend: „Das Verfassungsjubiläum muss auch in Bonn gefeiert werden - und zwar nicht nur in geschlossenen Festakten, sondern auch in einem Fest für die Bürger. Es trifft sich gut, dass der Grundgesetz-Geburtstag auf ein Wochenende fällt und ein solches Bürgerfest könnte z. B. mit einem Tag der Offenen Tür in Palais Schaumburg, Villa Hammerschmidt und den Bonner Bundesministerien verbunden werden. Dafür setze ich mich in Berlin nachdrücklich ein.“

Nach Eisels Angaben verlaufen die Gespräche mit den beteiligten Stellen über die Einbeziehung Bonns „außerordentlich konstruktiv“. Ursache dafür sei sicherlich auch die



Ein Herz für Bonn: Angela Merkel

„Rückendeckung von höchster Stelle“: „Auf Frau Merkel ist Verlass - auch wenn es um Bonn geht!“

EB

UN-Stadt Bonn wächst

Zufrieden mit der Entwicklung von Bonn als UN-Standort zeigt sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel. Und sieht hier gute Perspektiven: „Bonn profitiert als Heimat des Weltklima-Sekretariats von der weltweiten Debatte um den Klimawandel und den daraus folgenden zunehmenden internationalen Aktivitäten.“

Wie Eisel mitteilte, sind beim UN-Klimasekretariat in Bonn z. Zt. fast 50 neue Expertenstellen ausgeschrieben, die im üblichen UN-Auswahlverfahren weltweit besetzt werden. „Dieser Stellenzuwachs um über 20 Prozent zeigt, welche Perspektiven die UN-Stadt Bonn alleine durch das Klimasekretariat hat.“ Zur Zeit arbeiten im Welt-Klimasekretariat rund 200 Mitarbeiter. EB

Bund würdigt die historische Bedeutung Bonns

JUBILÄUM Am 1. September 1948 konstituierte sich im Museum Koenig der Parlamentarische Rat. 60 Jahre später wird in der Bundesstadt die Geburtsstunde des Grundgesetzes gefeiert

Von **Bernd Leyendecker**

BONN. Die erste Veranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages des Grundgesetzes findet in Bonn statt. Konkret am 6. September dieses Jahres im Museum Koenig. Dort war am 1. September 1948 zum ersten Mal der Parlamentarische Rat zusammengelassen, der das Grundgesetz ausgearbeitet hatte.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel, der sich ebenso wie sein SPD-Kollege Ulrich Kelber und Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann in Berlin für die Einbeziehung der früheren Bundeshauptstadt in die Jubiläumsfeierlichkeiten eingesetzt hatte, sagte dem GA nach einem Gespräch mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, dass dieser die Veranstaltung am 6. September eröffnet wird.

Nach der Festrede des Publizisten Alfred Grosser findet ein Podiumsgespräch mit dem derzeitigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans Jürgen Papier, sowie den ehemaligen Präsidenten Jutta Limbach und Ernst Benda über den Parlamentarischen Rat und die Verfassungsentwicklung statt. Eingeladen werden laut Eisel rund 250 Gäste: Bundes-, Europa- und Landtagsabgeordnete sowie Minister. Ob auch „normale“ Bürger an der Veranstaltung teilnehmen (dürfen), ist noch offen.

Nachdem eine Arbeitsgruppe des Bundestages und des Bundesinnenministeriums bei der Vorbereitung der 60-Jahr-Feiern Bonn zunächst schlichtweg vergessen hatte, schalteten sich die OB und die beiden Bonner MdBs ein. „Bei der Vorbereitung... ist die Stadt Bonn als Veranstaltungsort ohne Zweifel einzubeziehen“, teilte schließlich Kanzleramtsminister Thomas de Maiziere der OB mit und wies zugleich auf die „historische Bedeutung der Stadt Bonn für die Bundesrepublik Deutschland“ hin. Dieckmann hatte im vergangenen Dezember Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben: „Trotz des Umzugs (von Parlament und Teilen der Regierung) bleibt Bonn Verfassungsstadt der Bundesrepublik Deutschland und ist 50 Jahre lang ein guter Name für eine



Hier schlug die Geburtsstunde des Grundgesetzes – im Museum Koenig in der Adenauerallee. FOTO: DPA

erfolgreiche freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Politik gewesen und bis heute auch als deutsche UN-Stadt geblieben.“

Im September kommenden Jahres könnte nach den Vorstellungen von Eisel in Bonn erneut eine

Jubiläumsfeier stattfinden – im Plenarsaal, mit früheren und jetzigen Bundestagsabgeordneten. Denn an jenem Tag vor 60 Jahren kam das Parlament in der Pädagogischen Akademie zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

PARLAMENTARISCHER RAT

Die Militärgouverneure der drei Westzonen übergaben am 1. Juli 1948 den westdeutschen Ministerpräsidenten die „Frankfurter Dokumente“, in denen sie ermächtigt wurden, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Am 17. August entschieden sich die Länderchefs für Bonn als Tagungsort der Versammlung, dem „Parlamentarischen Rat“, in den die Landtage Abgeordnete gemäß der Stärke ihrer Fraktionen entsandten. Auf Annaten von Hermann Wandersleb, dem Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei, hatte NRW-Ministerpräsident Karl Arnold seinen Amtskollegen Bonn als Tagungsort empfohlen. Er stellte als Vorzüge Bonns heraus, dass die Stadt über geeignete Räumlichkeiten verfüge. Die Stadt selbst und die Nachbarorte böten gute Unterkünfte, und die Universität

mit ihren wissenschaftlichen Einrichtungen sei für die Arbeit der Ratsmitglieder von Nutzen.

Am 1. September 1948 um 13 Uhr trat der Rat zu seiner festlichen Eröffnungssitzung im Museum Koenig zusammen. Anschließend wählte das Gremium in der Pädagogischen Akademie den CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer zu seinem Präsidenten.

In seinen Erinnerungen schrieb Wandersleb, der ob seiner Verdienste für die Stadt den Spitznamen „Bonifatius“ erhielt: „Bei dem Beethovenfest im Frühjahr 1947 hatte sich die Aula der Pädagogischen Akademie in Bonn, in der die Klavierkonzerte Beethovens den andächtigen Besuchern zu Gehör gebracht wurden, als ein für wichtige Veranstaltungen gut geeigneter Tagungsraum erwiesen.“ ly

Mit der „Salamitaktik“ nach Berlin?

Von Jan Kahlmann

**Der jüngste Knatsch in der Großen Koalition geht quer durch die beiden Regierun-
gungsfractionen:** In seiner letzten Sitzung hat der Haushaltsausschuss dem Neubau des Bundesinnenministeriums zugestimmt. Brisanz steckt im Ja zum geplanten Gebäudeteil B: Er wird für die Berliner Mitarbeiter gar nicht gebraucht, ist aber für deren Bonner Kollegen gedacht. Laut Ministerium soll so für den Fall Vorsorge getroffen werden, dass die Regierung eines Tages doch noch komplett vom Rhein an die Spree zieht. Bei den beiden Bonner Abgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) schrillen deswegen die Alarmglocken. Sie befürchten, dass die Regierung Hand in Hand mit Berlinanhängern im Parlament den Umzug vorantreiben will. „Da sind einige im Hintergrund am Werkeln“, vermutet Eisel und verweist auf das 1994 verabschiedete Bonn-Berlin-Gesetz. Es schreibt die Zweiteilung des Regierungssitzes vor. „Das Gesetz darf nicht geändert werden oder gar gekippt werden“, meint Eisel. „Das wäre sonst ein glatter Wortbuch.“ Auch Kelber ist sau-

er: „Die 226 Mitarbeiter und ihre Familien in Bonn werden hochgradig verunsichert.“ Der SPD-Abgeordnete erwartet weitere Vorstöße der Berlinfans „nach der Salamitaktik“. Das Innenministerium argumentiert dagegen, es sei fünf bis sechs Millionen Euro günstiger, die beiden Gebäudeteile gleichzeitig statt nacheinander zu errichten. In Abschnitt B könnten vorerst andere Behörden unterkommen.

Für viele Touristen gehören die zahlreichen neu errichteten Botschaften in Berlin zum Pflichtteil ihres Besuchsprogramms. Zu einem echten Geheimtipp hat sich die Apostolische Nuntiat in Kreuzberg/Neukölln entwickelt. Rund 3000 Besucher führt Prälat Ewald Nacke jedes Jahr durch das 2001 eröffnete Gebäude, darunter viele Gäste, die auf Einladung von Abgeordneten in die Hauptstadt gereist sind. Der Bau des Heiligen Stuhls zeichnet sich nicht nur durch seine elegant-nüchterne Kubusform aus, sondern auch durch die 18 bunten Glasfenster der Kapelle. Auch den „Großen Salon“, Empfangsraum und „gute Stube“ des Hauses, bekommen die Besucher zu sehen – jedoch nur,

wenn Nuntius Jean-Claude Pèrisset gerade außer Haus weilt.

Zum zehnten Jahrestag des Mauerfalls 1999 sollten bei der Gedenkfeier im Bundestag zunächst nur Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Kanzler Gerhard Schröder sowie Helmut Kohl, George Bush und Michail Gorbatschow zu Wort kommen. Ein Vertreter der DDR-Bürgerrechtsbewegung fehlte. Erst auf Druck aus dem Parlament wurde der Leiter der Stasiunterlagenbehörde, Joachim Gauck, als Redner eingeladen. Ein solcher Fauxpas soll zum 20. Jahrestag im nächsten Jahr nicht wieder passieren. An den Mauerfall müsse genauso gesamtdeutsch erinnert werden wie an die Verabschiedung des Grundgesetzes 1949, sagte der Leiter der Stiftung Anarbeitung des SED-Unrechts, Rainer Eppelmann, am Rande einer Diskussion früherer DDR-Bürgerrechtler im Schloss Bellevue. Der SPD-Abgeordnete Markus Meckel, Mitbegründer der ostdeutschen SDP, will den Jahrestag nicht nur national, sondern gemeinsam mit den osteuropäischen Staaten feiern. Der Mauerfall sei schließlich eng mit ihnen verbunden.

Express
12.06.2008

Demo gegen Berlin-Umzug

Bonn – Ja zu Bonn, nein zu Berlin. „Umzug – Unfug!“ Rund 120 Mitarbeiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) kämpfen für ihren Verbleib in der Bundesstadt. Denn der Plan des EED-Aufsichtsrates sieht vor: Fusion mit dem Diakonischen Werk, Umzug aller EED-Mitarbeiter nach Berlin.

Gestern machten die Mitarbeiter ihrem Ärger Luft. Hier in Bonn fühlen die Mitarbeiter sich wohl, hier wollen sie bleiben. Um 9.30 Uhr fand eine Mitarbeiterversammlung statt. Im Anschluss zogen die Demonstranten zu einem benachbarten Gebäude in der Josef-Wirmer-Straße. Dort tagte



Die Mitarbeiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes machen ihrem Ärger Luft.
Foto: Paul

der EED-Aufsichtsrat.

Acht der demonstrierenden Mitarbeiter wurden in die Aufsichtsrats-Sitzung gelassen. Unterstützung erhielten die EED-Mitarbeiter unter

anderem von den beiden Bonner Bundestags-Abgeordneten Dr. Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD), die beide im Rahmen der Kundgebung sprachen.

General-Anzeiger

12.06.2008

Aufsichtsrat beschließt: EED zieht nach Berlin

NORD-SÜD Gestern Morgen noch protestierten rund 150 Mitarbeiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes gegen die Umzugspläne. Doch die Verantwortlichen wollen einer Fusion wegen Bonn verlassen

Von Frank Vallender

BONN. Den Mitarbeitern des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) wird die Nachricht nach Wochen des Protestes, des Hoffens und Bangens bitter aufstoßen: Der Aufsichtsrat hat heute den Umzug des EED von Bonn nach Berlin beschlossen", sagte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, gestern Abend dem General-Anzeiger. Grund für den 2012 geplanten Umzug ist die angestrebte Fusion des rund 200 Mitarbeiter starken EED mit der Hilfsaktion „Brot für die Welt“ und der Diakonie-Katastrophenhilfe. Für den Verhandlungspartner des EED, das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), sei die Fusion unabdingbar mit einem Umzug verknüpft, sagte Schneider. „Für mich aber ist klar, dass eine Fusion an der Umzugsfrage nicht scheitern würde.“

Der EED ist ein Zusammenschluss von Entwicklungshil-



Umzug ist Unfug: Dieser Meinung ist die große Mehrheit der EED-Mitarbeiter, die gestern Morgen bei einer Kundgebung ihren Unmut lautstark kundtaten.
FOTO: FROMMANN

dem Gebäude des EED auf dem Hardtberg demonstrierten, kritisierte Lührs, dass der Entscheidungsprozess ohne die Mitarbeiter gelautet sei. Diese übervehlten anschließend dem Aufsichtsrat eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: „Wir fordern, die Umzugspläne fallen zu lassen.“ Diese seien entwicklungspolitisch nicht nachvollziehbar und führten bei den Mitarbeitern zu nicht hinnehmbaren wirtschaftlichen und sozialen Härten. Für den Fall, dass der Umzug doch beschlossen werden sollte, fordern die Mitarbeiter unter anderem die Beibehaltung der Standorte Stuttgart und Bonn.

Unterstützung bekamen die Demonstranten gestern noch einmal von den Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU). Beide nannten den Umzug unsinnig und sozial nicht akzeptabel. Es sei Unfug, wenn der EED mit einem Umzug das Konzept Bonns als Zentrum für internationale Zusammenarbeit infrage stelle, so Kelber. Eisel versprach den Mitarbeitern paritätübergreifende Unterstützung.

geschlossenen sind. Sie waren die letzten beiden größeren Einrichtungen, die noch nicht unter dem Dach des EED saßen.

Sollte der Beschluss pro Berlin in Stuttgart sitzen und beide dem Diakonischen Werk der EKD an-

tergehen“, hatte bereits vormittags Hermann Lührs von der Mitarbeiterversammlung angekündigt. Begleitet von Bührten und Pfiffen der rund 150 in Schwarz gekleideten Mitarbeiter, die vor

Kölner Stadt-Anzeiger
12.06.2008

EVANGELISCHER ENTWICKLUNGSDIENST

Demo gegen Umzugspläne

ERSTELLT 12.06.08, 09:08h, AKTUALISIERT 13.06.08, 11:46h

Gegen den Berlin-Umzug des Evangelischen Entwicklungsdienstes haben über 100 Angestellte in der Innenstadt demonstriert. Bis 2013 will sich das Hilfswerk mit der Diakonie zusammenschließen und in der Hauptstadt ein gemeinsames Haus beziehen. Die Beschäftigten fürchten wirtschaftliche und soziale Härten.



Mit Transparenten und Trillerpfeifen wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats empfangen. BILD: FROMMANN

BONN - Mehr als hundert Mitarbeiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) haben am Mittwoch in Bonn gegen den geplanten Umzug nach Berlin demonstriert. Mit Transparenten und Trillerpfeifen wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats empfangen, denen die Umzugspläne zur Beschlussfassung vorlagen. Auch die Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) setzten sich für den Erhalt des EED-Standortes Bonn ein.

Der EED will sich bis 2013 mit dem Diakonischen Werk zusammenschließen, in dem die Hilfswerke „Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe angesiedelt sind. In Berlin soll ein neues gemeinsames Werk entstehen. Das Diakonische Werk will seinen Standort Stuttgart aufgeben.

Resolution

In Reden und in einer Resolution forderten EED-Beschäftigte, die Umzugspläne fallenzulassen. Sie führten zu nicht hinnehmbaren wirtschaftlichen und sozialen Härten. „Wir befürchten, dass wir mehr als 60 Prozent der Mitarbeiter verlieren würden“, sagte Hermann Lührs, Mitglied der neu gewählten Mitarbeitervertretung. Da gehe viel Kompetenz und Erfahrung verloren.

Für eine Zusammenlegung in Berlin gebe es keinen entwicklungspolitischen Grund. Vielmehr habe das Diakonische Werk erklärt, dass eine Fusion von EED und „Brot für die Welt“ nur in Berlin möglich sei. Eine Organisation könne aber durchaus mehrere Standorte haben, sagte Lührs: „Wir brauchen einen relevanten Betriebsteil hier in Bonn.“ Die Partnerorganisationen von EED und „Brot für die Welt“ in Entwicklungsländern seien sehr unterschiedlich. Eine Harmonisierung der Arbeit lasse sich durch gemeinsame Entscheidungsgremien und Strategiepapiere erreichen, sagte Lührs. (epd)

Westdeutsche Allgemeine

Umzug nach Berlin mit 210 Mitarbeitern

Entwicklungsdienst verlässt Bonn

Evangelische Einrichtungen wollen fusionieren. Mitarbeiter und Politiker protestieren.

Bonn - Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) gibt seinen Standort Bonn auf und zieht nach Berlin. Dort wird er sich mit dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum „Evangelischen Zentrum für Entwicklung und Diakonie“ zusammenschließen. Einen entsprechenden Beschluss habe der Aufsichtsrat des EED gefasst, teilte der Vorstandsvorsitzende Konrad von Bonin am Donnerstag in Bonn mit. Zu den Kosten des Umzugs machte er keine Angaben. Die Arbeit in Berlin soll das neue Zentrum im Jahr 2012 oder 2013 aufnehmen. Von dem Umzugsbeschluss sind in Bonn 210 Mitarbeiter betroffen.

In Bonn, das sich zu einem Kompetenzzentrum für Nord-Süd-Fragen entwickelt hat, haben die EED-Mitarbeiter bereits gegen den Berlin-Umzug demonstriert. Als ärgerlich und falsch bezeichnete der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel den Beschluss. Es schade der entwicklungspolitischen Arbeit der Evangelischen Kirche, dass sie sich in Berlin von allen entwicklungspolitischen Organisationen isoliere, die ihren Sitz in Bonn hätten. Als falsch und verhängnisvoll für die evangelische Entwicklungshilfepolitik wertete auch der nordrhein-westfälische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten,

Andreas Krautscheid (CDU), den Umzugsbeschluss. Er forderte die Führungsgremien der evangelischen Kirche auf, „diesen unsinnigen Beschluss aufzuheben und der Verunft eine Chance zu geben“. In einer Erklärung der Vorsitzenden der NRW-SPD, Hannelore Kraft, hieß es, für die Arbeit des EED ergäben sich Nachteile, da in Bonn die bestmöglichen Rahmenbedingungen für dessen Arbeit herrschten.

Das Leitungsgremium des Diakonischen Werkes, der Diakonische Rat, wird Bonn zufolge am 25. Juni einen entsprechenden Beschluss fassen. Damit entstehe ein neues Kompetenzzentrum der evangelischen Kirchen für Entwicklung und Diakonie. Das Zentrum werde getragen von den beiden Säulen „Brot für die Welt. Der Evangelische Entwicklungsdienst“ und dem Bundesverband „Diakonie Deutschland“.

Auch Stuttgart betroffen

Beide sollten einen hohen Grad an Selbstständigkeit haben, sagte Bonin. Besonders wichtig für den EED sei dabei der Zusammenschluss mit dem evangelischen Spendenwerk „Brot für die Welt“ und der „Diakonie Katastrophenhilfe“. Beide haben ihren Sitz in Stuttgart und sollen ebenfalls nach Berlin umziehen. Auch hier sind etwa 210 Mitarbeiter betroffen. Das Diakonische Werk ist bereits mit 110 Beschäftigten in Berlin vertreten. Eine Überprüfung der Strukturen habe ergeben, dass die erwünschte Fusion nur in Berlin möglich sei. (dpa)

Express

13.06.2008

Schock über EED-Umzug

Bonn - Der Aufsichtsrat des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) hat den Umzug nach Berlin nun endgültig beschlossen. Diesen Standortwechsel kritisiert Dr. Stephan Eisel. Er hofft, dass die EED-Mitgliederversammlung im Herbst, an der auch Bischof Huber teilnehmen wird, den Beschluss zu Gunsten Bonns umkehren wird.

Protest gegen Umzugspläne des EED

Verlagerung nach Berlin - Bonner Politiker und Land halten Beschluss für falsch

Bonn. In Bonn und auf Landesebene hagelt es Protest gegen einen Umzug des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) mit seinen 210 Mitarbeitern von Bonn nach Berlin 2012 oder 2013. Einen entsprechenden Beschluss fasste der EED-Aufsichtsrat, teilte Vorstandsvorsitzender Konrad von Bonin mit. In Berlin will sich der EED mit dem Diakonischen Werk der Evangelischen

Kirche in Deutschland (EKD) zum „Evangelischen Zentrum für Entwicklung und Diakonie“ zusammenschließen.

Die Landesregierung forderte die Führungsgremien der EKD gestern auf, diesen „unsinnigen“ Umzugsbeschluss aufzuheben. Er sei „in der Sache falsch und für die evangelische Entwicklungspolitik verhängnisvoll“, sagte der Minister für Bundes- und Eu-

ropaangelegenheiten, Andreas Krautscheid (CDU). Verärgert zeigt sich auch SPD-Landeschefin Hannelore Kraft. Die Umzugspläne widersprechen dem Bonn/Berlin-Gesetz und wirkten sich für das Nord-Süd-Zentrum Bonn und die Arbeit des EED nachteilig aus. Ähnlich äußerte sich die Bonner SPD-Ratsfraktion.

Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Ei-

sel bezeichnete die Entscheidung als „enttäuschend und falsch“. Es schade der entwicklungspolitischen Arbeit der Kirche, wenn sie sich in Berlin von allen wichtigen entwicklungspolitischen Organisationen isoliere, die in Bonn ihren Sitz hätten. Der Bonner Superintendent Eckart Wüster ist „traurig“, dass die Fusion von EED und Diakonie „nicht in Bonn möglich ist“. (kri/dpa)

Bonner Rundschau

13.06.2008

General-Anzeiger 13.06.2008

Ein Standort Bonn ist nicht vorgesehen

KIRCHE Der Vorstand des Evangelischen Entwicklungsdienstes verkündet die Fusion mit dem Bundesverband der Diakonie und rechtfertigt den Umzug nach Berlin. Die Kosten beziffert er nicht

Von **Frank Vallender**

BONN. Es entstehe ein neuartiges, wirksameres Kompetenzzentrum der evangelischen Kirche für Entwicklung und Diakonie – so begründete der Vorstandsvorsitzende des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), Konrad von Bonin, die Fusion des EED mit dem Bundesverband des Diakonischen Werks, die er gestern offiziell bekannt gab. Wie berichtet, bedeutet diese Fusion für den EED auch den Zusammenschluss mit der Hilfsaktion „Brot für die Welt“ und der Diakonie-Katastrophenhilfe, die beide unter dem Dach der Diakonie sitzen. Die noch fehlenden Beschlüsse des Diakonie-Rates und der evangelischen Landeskirchen vorausgesetzt, wird das fusionierte Konstrukt dann „Evangelisches Zentrum für Entwicklung und Diakonie“ genannt und auf zwei Säulen basieren: „Brot für die Welt. Der Evangelische Entwicklungsdienst“ und „Diakonie Deutschland. Der Bundesverband“. Gemeinsamer Standort soll 2012/13 Berlin sein – trotz vehementer Pro-



Befürworter des Umzugs: Konrad von Bonin (Mitte) und Tilman Henke (rechts). Die Pressekonferenz leitete der Journalist Helmut Hofmann.

FOTO: KCH+S

Der Diakonie-Bundesverband hingegen hatte vor Tagen von einem Neubau am Berliner Hauptbahnhof gesprochen.

„Die Fusion ist richtig. Wir sind aber traurig, dass sie nicht in Bonn möglich ist“, sagte gestern der Bonner Superintendent Eckart Wüster. „Bonn wäre als Zentrum der Entwicklungspolitik ein sehr guter Standort gewesen. Wir gehen nun davon, dass die Belange der Mitarbeiter bis in den Einzelfall hinein berücksichtigt werden.“

Als falsch und verhängnisvoll für die evangelische Entwicklungspolitik wertete der nordrhein-westfälische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Andreas Krautscheld (CDU), den Umzugsbeschluss des EED-Aufsichtsrats. Er forderte die Führungsgremien der evangelischen Kirche auf, „diesen unsinnigen Beschluss aufzuheben und der Vernunft eine Chance zu geben“.

Die Vorsitzende der NRW-SPD, Hannelore Kraft, sagte, für die Arbeit des EED ergäben sich durch den Umzug Nachteile. Bonn hingegen sei der ideale Standort.

EED gestern nicht beziffern, man gehe aber auf jeden Fall davon aus, dass ein Umzug langfristig günstiger sei, als an mehreren Standorten zu arbeiten. Von daher komme ein Teilverbleib des EED in Bonn nicht infrage. Für die Mitarbeiter sollen die Veränderungen sozialvertraglich gestaltet werden. Ob in Berlin ein Gebäude gemietet oder gebaut wird, könne man noch nicht sagen.

„Die Fusion ist nur in Berlin möglich“, betonte von Bonin. Seit 2005 habe die Diakonie zwei Standorte, Stuttgart und Berlin, wo bereits 110 Mitarbeiter sitzen. Eine Untersuchung habe ergeben, dass eine effiziente Arbeit und Lobbyarbeit nur an einem zentralen Standort, sprich in Berlin erfolgen kann. Die Umzugskosten konnte Tilman Henke vom Vorstand des

teste der EED-Mitarbeiter, von denen 210 auf dem Hardtberg arbeiten. Betroffen von dem Umzug werden weitere 210 Mitarbeiter in Stuttgart sein; mehr als 100, die für „Brot für die Welt“ arbeiten, außerdem die Mitarbeiter der Katastrophenhilfe sowie die zweier kleiner Einrichtungen und einige wenige Mitarbeiter der Diakonie selbst.

FAZ 13.06.2008

General-Anzeiger
13.06.2008

Evangelische Hilfswerke ziehen um Protest gegen Bündelung der Entwicklungshilfe in Berlin

rsö/bin. STUTTGART/FRANKFURT, 12. Juni. Der Leiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), Konrad von Bonin, hat am Donnerstag in Bonn die Fusion mit der Diakonie als notwendigen Schritt bezeichnet. „Er sichert die Zukunft der evangelischen Entwicklungsarbeit, er stärkt die kirchliche Sozialarbeit“, sagte er am Donnerstag in Bonn. Der Schritt bündele die Entwicklungsarbeit der evangelischen Kirche. „Das zeigt die Reformfähigkeit von Kirche und Diakonie.“ Ein Umzug von Bonn nach Berlin sei trotz der Belastungen für die über 200 Mitarbeiter unausweichlich, sagte von Bonin weiter.

Der Aufsichtsrat des EED hatte am Mittwoch der Fusion der Hilfswerke zugestimmt. Bis 2013 sollen der EED mit Sitz in Bonn, das Spendenwerk „Brot für die Welt“ und die Diakonie-Katastrophenhilfe, beide mit Sitz in Stuttgart und zum Diakonischen Werk gehörend, in eine gemeinsame Zentrale nach Berlin umziehen. Der Zusammenschluss soll die Konkurrenzsituation zwischen den evangelischen Hilfswerken beenden und die Präsenz der evangelischen Entwicklungsarbeit in der Hauptstadt stärken. Obwohl

kein Stellenabbau geplant sei, rechnet Hermann Lührs, Vertreter der Mitarbeiter des EED, damit, dass die meisten Angestellten nicht mit nach Berlin umziehen werden. Die Verlegung des EED könne zudem eine Erosion Bonns als Standort für Entwicklungspolitik einleiten, der durch das Bonn/Berlin-Gesetz aus dem Jahr 1994 geschaffen worden war. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) sagte, bei der Entscheidung habe sich der „sachfremde kircheninterne Organisationsdruck gegen die Argumente der Entwicklungspolitik durchgesetzt“, der Arbeit des Evangelischen Entwicklungsdienstes schade ein Wegzug aus Bonn.

Die Mitarbeiter in Stuttgart befürchten, dass der Umzug einen negativen Einfluss auf das Spendenaufkommen haben könnte: Etwa 25 Prozent der Spendeneinnahmen kämen aus der badischen und württembergischen Landeskirche; die evangelische Kirche Berlin-Brandenburg trage höchstens fünf Prozent zum Spendenaufkommen bei. Vor einigen Jahren ist schon der Hauptsitz der Diakonie von Stuttgart nach Berlin verlegt worden, mit „Brot für die Welt“ würde eine weitere diakonische Einrichtung wegziehen.

KOMMENTAR

Kein faires Vorgehen

Es ist schon merkwürdig: Da wird die Fusion von Evangelischem Entwicklungsdienst (EED) und Bundesverband Diakonie gerade auch mit der Einsparung von Kosten begründet. Doch nichts Genaueres weiß man nicht, wie gestern der EED-Vorstand zugeben musste.

Kirchensteuerzahler und Spender müssen sich erst recht verwundert die Augen reiben, wenn sie Widersprüchliches zum neuen Standort hören: Während der EED noch nicht einmal sagen konnte (oder wollte?), ob man in Berlin zur Miete arbeiten will oder ein bestehendes Gebäude kauft und umbaut oder ganz neu baut, hatte der Chef der Diakonie bereits vor einigen Tagen öffentlich von einem Neubau in der Nähe des Berliner Hauptbahnhofs gesprochen.

Anscheinend muss man die naive Vorstellung aufgeben, dass Kirche eher mit offenen Karten spielt als rein private Wirtschaftsunternehmen. Im Sinne der Mitarbeiter, aber auch der Spender und Kirchensteuerzahler wäre ein faires Vorgehen jedoch angebracht.

Frank Vallender

Das Parlament 9./16.06.2008

»Ich war von der Transparenz überrascht«

ORTSTERMIN: STIPENDIATIN VIRGINIA DRONOVA MIT IPS-TEAM



Von der Kuppel des Berliner Reichstags den Blick schweifen lassen, kann jeder. Auch eine Plenardebatte live von der Besucherterrasse zu verfolgen, erfordert nur etwas Planung und Geduld. Doch wer hat schon die Chance, einen dauerhaften, umfassenden Eindruck von der Arbeit im Bundestag zu bekommen? Virginia Dronova beispielsweise – eine von 115 Hochschulabsolventen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Frankreich und den USA. Auf Einladung des Deutschen Bundestages und der drei großen Berliner Universitäten erleben jährlich gut hundert Internationale Parlaments-Stipendiaten fünf Monate lang parlamentarischen Alltag und politische Arbeit in Berlin.

Virginia Dronova hat das Auswahlgespräch in ihrer Heimatstadt Kiew erfolgreich gemeistert. Seit drei Monaten ist sie nun in Berlin. „Die Bewerbung war nicht ohne“, erzählt die 26-jährige. „zwanzig Minuten musste ich einer dreiköpfigen Kommission Rede und Antwort stehen. Die wollten genau wissen, warum ich nach Berlin möchte und ob ich mich mit dem politischen System dort befasst habe.“ Ihr Deutsch wie ihr Wissen waren überzeugend. Ihre Motivation steht ohnehin außer Frage: Seit 2006 arbeitet die diplomierte Philosophin bei der Partei „Unsere Ukraine“ unter dem „orangenen“ Präsidenten Viktor Juschtschenko. „In der Ukraine steht die Demokratie ganz am Anfang“, sagt sie, „es wird viel Energie und frischen Wind brauchen,

um sie richtig in Fahrt zu bringen. Dazu will ich mit den Erfahrungen hier etwas beitragen.“ Virginia Dronova nimmt teil an Fraktions-, Ausschuss- und Plenarsitzungen, besucht Vorlesungen an der Humboldt-Universität und Seminare der politischen Stiftungen. Sie ist dem CDU-Abgeordneten Stephan Eisel zugeordnet, in dessen Büro sie einen eigenen Arbeitsplatz hat. Eisel wird da sein, wenn am 5. Juni die Präsidenten des Bundestages und der Freien Universität Berlin zum Empfang im Rahmen des IPS einladen; er hat sie nicht nur zu Terminen in Berlin mitgenommen, sondern auch in seinen Bonner Wahlkreis. „Zu erleben, wie das, was die Wähler denken, nach Berlin getragen wird, war für mich faszinierend“, berichtet sie.

So soll es sein. „Wir wollen den jungen Leuten vermitteln, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert – von der Basis bis in den Plenarsaal“, sagt Inge Gerstberger (rechts im Bild), Leiterin des Referats Internationale Austauschprogramme. Das Lernen voneinander ist, so Gerstberger, keine Einbahnstraße: „Auch Abgeordnete und ihre Mitarbeiter profitieren davon, mehrere Monate jemanden mit einem ganz anderen Blick um sich zu haben.“

Angefangen hat das IPS 1986 mit Stipendien für junge US-Amerikaner. Seit 1990 richtet sich der Blick des Bundestages auf der Suche nach passenden Stipendiaten vornehmlich nach Osten und Südosten Europas, und zwar weit über die Grenzen der EU hinaus: Neben EU-Neuling Estland sind die Ukraine und Kasachstan dabei, ebenso Mazedonien und Albanien. Bewerben kann sich, wer der deutschen Sprache mächtig ist und ein Studium abgeschlossen hat. In jedem Land, aus dem Bewerbungen kommen, erfolgen Auswahlgespräche unter der Leitung eines Abgeordneten und mit Beteiligung der Universitäten und der Bundestagsverwaltung.

Für die Verbreitung des Programms sorgen die deutschen Botschaften vor Ort, professionell unterstützt vom IPS-Team. Mit eigener Website (www.bundestag.de/ips) und einem Film wirbt der Bundestag für das weltweit einzigartige Programm. Auch um die Gesamtorganisation des Deutschlandaufenthaltes kümmern sich Referentin Anne Hawewell (2. v. r.) und Sabine Hölthausen (links). Der Aufwand lohnt, bestätigen die Stipendiaten. Sie kommen voller Eindrücke wieder nach Haus, sie haben auch für ihr Leben Kontakte geknüpft, die sie fortan in Alumni-(Zöglings-)Netzwerken pflegen. Auch Virginia Dronova wird die Berliner Zeit wohl kaum vergessen. An ihren ersten Eindrücke erinnert sie sich jedenfalls nach drei Monaten noch höchst lebendig: „Dass jeder hier durchs Parlamentsviertel spazieren und den Abgeordneten durch die großen Fenster bei der Arbeit zusehen kann, diese Transparenz der politischen Arbeit hat mich wirklich überrascht.“ Jeannette Goddar 8

General-Anzeiger 14./15.06.2008

„Die Entscheidung ist falsch“

KIRCHE Politiker von CDU und SPD kritisieren Wegzug des EED

BONN. Weiterhin Kritik am Berlin-Umzugsbeschluss des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) kommt von dem Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und von der Landtagsabgeordneten der SPD, Renate Hendricks. „Die Entscheidung des EED-Aufsichtsrates ist falsch“, sagte Eisel. „Auch die entwicklungspolitischen Fachleute im Aufsichtsrat des EED haben mir gesagt, dass sie das Nord-Süd-Zentrum Bonn für den besseren Standort halten.“ Der Fusionspartner Diakonisches Werk, zu dem unter anderem die Hilfsaktion „Brot für die Welt“ gehört, hatte die Standortverlagerung aber zur Bedingung für den Zusammenschluss gemacht. Eisel: „Ich be-

dauere es sehr, dass sich im EED-Aufsichtsratsbeschluss dieser sachfremde kircheninterne Organisationsdruck gegen die Argumente der Entwicklungspolitik durchgesetzt hat. Es schadet der entwicklungspolitischen Arbeit der evangelischen Kirche, dass sie sich in Berlin von allen wichtigen entwicklungspolitischen Organisationen isoliert, die ja ihren Sitz in Bonn haben.“

Das Votum des EED-Aufsichtsrates sei aber noch nicht endgültig, so Eisel weiter. Wichtig sei jetzt vor allem die EED-Mitgliederversammlung im Herbst. „Wir werden weiter versuchen, sie von unseren Argumenten zu überzeugen und nicht aufgeben.“

Auch Renate Hendricks wandte sich

entschieden gegen den Umzug. „Dieser widerspricht den Regelungen des Bonn/Berlin-Gesetzes“, sagte sie.

Wie berichtet, hatte der Aufsichtsrat des EED am Mittwoch die Fusion mit dem Bundesverband des Diakonischen Werks beschlossen. Der neue Standort des gemeinsamen „Evangelischen Zentrums für Entwicklung und Diakonie“ soll von 2012 an Berlin sein. Der Vorstand des EED hatte die Fusion mit der Diakonie damit begründet, dass die Ursachen der Armut im Inland mit denen im Ausland vielfach zusammenhängen und Armutsbekämpfung deshalb aus einer Hand sinnvoll sei. Das neue Zentrum sei in Deutschland bislang einzigartig. val

„Falsche Entscheidung“

KIRCHE Politiker von CDU und SPD kritisieren Wegzug des EED

General-Anzeiger
14./15.06.2008

BONN. Weiterhin Kritik am Berlin-Umzugsbeschluss des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) kommt von dem Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und von der Landtagsabgeordneten der SPD, Renate Hendricks. „Die Entscheidung des EED-Aufsichtsrates ist falsch“, sagte Eisel. „Auch die entwicklungspolitischen Fachleute im Aufsichtsrat des EED haben mir gesagt, dass sie das Nord-Süd-Zentrum Bonn für den besseren Standort halten.“ Der Fusionspartner Diakonisches Werk, zu dem unter anderem die Hilfsaktion „Brot für die Welt“ gehört, hatte die Standortverlagerung aber zur Bedingung für den Zusammenschluss gemacht. Eisel: „Ich bedauere es sehr, dass sich im EED-Aufsichtsratsbeschluss die-

ser sachfremde kircheninterne Organisationsdruck gegen die Argumente der Entwicklungspolitik durchgesetzt hat. Es schadet der entwicklungspolitischen Arbeit der evangelischen Kirche, dass sie sich in Berlin von allen wichtigen entwicklungspolitischen Organisationen isoliert, die ja ihren Sitz in Bonn haben.“

Das Votum des EED-Aufsichtsrates sei aber noch nicht endgültig, so Eisel weiter. Wichtig sei jetzt vor allem die EED-Mitgliederversammlung im Herbst. „Wir werden weiter versuchen, sie von unseren Argumenten zu überzeugen und nicht aufgeben.“

Auch Renate Hendricks wandte sich entschieden gegen den Umzug. „Dieser widerspricht den Regelungen des Bonn/Berlin-Gesetzes“, sagte sie. val

General-Anzeiger
17.06.2008

Versammelte fachliche Kompetenz

LOBBYARBEIT Der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel wirbt für Bonner Verbände

Von **Isabel Klotz**

GRONAU. Fällt das Stichwort Lobbyarbeit, dann denken die meisten Menschen wohl sofort an Berlin. „Doch ich war wirklich überrascht; wie viele Verbände es immer noch in Bonn gibt“, sagte Stephan Eisel. Der CDU-Bundestagsabgeordneter hatte zum ersten Bonner Verbändeempfang eingeladen.

Mehr als 150 Vertreter der verschiedensten Verbände – angefangen von der Aktion Deutschland hilft e.V. bis zum Zoologischen Forschungsinstitut und Museum Alexander Koenig – waren im Pumpenhaus des World Conference Center Bonn (WCCB) gekommen. Fast 300 Verbände set-

zen sich in Bonn für ihre jeweiligen Anliegen an – zwar weniger als in Berlin, aber mit deutlichem Vorsprung vor Düsseldorf oder Frankfurt. „Nirgendwo ist so viel fachliche Kompetenz versammelt wie hier in Bonn“, sagte Eisel. Man müsse sich die Stärken der Stadt bewusst machen: „Keine Institution kommt aus Mittelfeld hierher – und keine bleibt aus diesem Grund“, sagte der Bonner Bundestagsabgeordnete.

Matthias Schultze, Vize-Präsident der SMI Hyundai Management GmbH, ist sicher, dass Bonn in Zukunft eine noch stärkere Rolle im internationalen Kongresswesen spielen wird. Er stellte den Verbandsvertretern im Detail die Pläne und Fortschritte beim World

Conference Center vor. „Für die kommenden drei Jahre planen wir, die Zahl der Kongressbesucher auf 200 000 und mehr zu steigern“, so Schultze. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass Deutschland nach den USA das Land mit den meisten Kongress-Teilnehmern pro Jahr sei – nämlich 90 Millionen.

Da das WCCB erst jüngst unter die Top 10 der besten Kongresszentren gewählt wurde, sehe er eine positive Zukunft in Bonn. „Wenn wir erstmal betriebsbereit sind, dann setze ich auch auf Sie, auf die gute Zusammenarbeit mit den Verbänden“, sagte Schultze. Das Kongresszentrum an der Hermann-Ehlers-Straße wird Ende 2009 eröffnet.



Empfang im WCC Bonn: (von links) Annette Schwoelen-Fümann, Matthias Schultze, Stephan Eisel und Petra Thorand. FOTO: ROLAND KOHLIS

General-Anzeiger
17.06.2008

Deutschlands Rolle in Afghanistan

POLITOLOGIE Experten diskutierten an der Uni

Von **Benjamin O'Daniel**

BONN. Sieben Jahre ist es her, dass die Talibanmilizen in Afghanistan gestürzt wurden. Aber wohin steuert das Land am Hindu-kusch? Experten aus Politik, Militär, Verwaltung und Wissenschaft diskutierten im Theatersaal der Universität über den Afghanistan-einsatz und die spezifische Rolle Deutschlands. Zum Expertengespräch hatten das Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie (IPWS) und die NATO Public Diplomacy Division eingeladen.

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) betonte die Erfolge des Afghanistan-Einsatzes. Deutlich mehr Menschen hätten heute Zugang zu medizinischer Versorgung gegenüber dem Taliban-Regime. Das Land befinde sich in einem wirtschaftlichen und politischen Aufschwung. Es seien 3500 Schulen gebaut worden. „Der Militäreinsatz ist notwendig, um diesen Aufbau zu sichern und fortzuführen.“

Ein gegensätzliches Urteil fällte Conrad Schetter, Afghanistan-Experte des Zentrums für Entwick-

lungsforschung in Bonn. Er bezweifelte die Zahlen, die Eisel nannte, und betonte die Gefahren für den zivilen Aufbau durch den militärischen Einsatz. Viele am Aufbau beteiligten Nichtregierungsorganisationen sähen sich durch das eigene Militär gefährdet, da diese Ziel von Anschlägen seien. Der wirtschaftliche Aufschwung sei künstlich geschaffen und beruhe zudem auf einer florierenden Drogenwirtschaft.

Auch Deutschlands Rolle stand zur Diskussion. Die deutschen Soldaten sind im vergleichsweise friedlichen Norden stationiert, während die USA im Süden weiterhin Krieg gegen die Taliban führen. „Ich glaube, dass sich Deutschland von diesem bequemen Zustand bald verabschieden muss“, schätzte Eisel die Lage ein.

Brigadegeneral Erhard Bühler sagte, dass der bisherige deutsche Einsatz nicht überdehnt werden dürfe: Deutschland stelle 3 500 Soldaten, im Süden würden 10 000 Soldaten unter amerikanischer Führung kämpfen, „in einem Land, das doppelt so groß ist wie Deutschland.“

General-Anzeiger
17.06.2008

Mit seinem Verdienst ist Stephan Eisel zufrieden

BÜRGERGESPRÄCH Der CDU-Bundestagsabgeordnete steht Rede und Antwort. Er glaubt nicht, dass jemand des Geldes wegen kandidiert. „Da gibt es Berufe, die viel besser bezahlt werden.“

Von **Judith Voss**

BONN-ZENTRUM. Wieso fährt der Herr Eisel so ein kleines Auto? „Das werde ich tatsächlich immer wieder gefragt. Anscheinend meinen die Leute, dass man als Politiker ein schickeres Fahrzeug braucht als einen Renault Clio“, sagte der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) bei einem Bürgergespräch. Am Hungerlohn eines Politikers kann es jedenfalls nicht liegen. Denn in dem Ge-

spräch im Weinhaus Daufenbach erführen die Bürger genau, was ihr Bundestagsabgeordneter im Monat verdient.

Derzeit seien das 7.318,89 Euro, die auch voll zu versteuern seien. Ein dreizehntes Monatsgehalt oder Urlaubsgeld gebe es nicht. Um sein Mandat auszuüben, stehe ihm außerdem eine steuerfreie Kostenpauschale von 3.782 Euro zu Verfügung. „Allein die fixen Kosten betragen in meinem Fall 2.500 Euro im Monat.

Darunter fallen die Miete für mein Wahlkreisbüro hier, die Miete für meine Wohnung in Berlin und die Kosten fürs Autofahren inklusive Parkgebühren“, so Eisel. Da bleiben nur noch 1.200 Euro für die restliche politische Arbeit. Bis zu 10.000 Euro im Jahr gibt es zudem als Bürokostenpauschale unter anderem für Telekommunikationskosten und Büromaterial. Eisons Dienstflüge werden bezahlt, und auch die Bahn ist für ihn wie für alle Abgeordneten kostenlos.

Mit seinem Verdienst ist Eisel durchaus zufrieden. „Wenn ich mich mit meinen vier Geschwistern vergleiche, bin ich derjenige, der am besten verdient. Darunter ist beispielsweise ein Landwirt und ein Lehrer“, sagte er. Jedoch sei zu bedenken, dass die Abgeordneten nicht zu niedrig ausfallen dürften, um die Unabhängigkeit der Mandate zu sichern. Er selbst übe keinerlei Nebentätigkeit aus. „Ich glaube nicht, dass jemand des Geldes we-

gen für den Bundestag kandidiert. Da gibt es Berufe, die viel besser bezahlt sind“, so der Politiker. Schließlich arbeite er 80 bis 100 Stunden pro Woche – und auch regelmäßig am Wochenende.

Eisels Fazit: „Ich mache meine Arbeit aber ja sehr gern, und kann mich deshalb nicht beschweren. Wenn Sie mal einen Bundestagsabgeordneten treffen, der jammert, erinnern Sie ihn doch daran, dass er sich das selbst ausgesucht hat.“